

Sand im Getriebe 144

PDF-Version: <http://www.attac.de/bildungsangebot/sig>

E-Mail: sig@attac.de

Es gibt keinen Weg zum Frieden, Frieden ist der Weg

IPPNW-Vorsitzender Dr. Lars Pohlmeier Waffenstillstand! Die Waffen nieder!	3	- Jürgen Wagner: Weshalb Waffenlieferungen ein falscher Weg sind	24
Ethecon: Dieser Krieg birgt die Gefahr, dass er zum Weltkrieg ausufert	4	- Aufruf vom Friedensratschlag	25
Peter Wahl, AG Globalisierung & Krieg: Der Ukraine-Krieg und seine geopolitischen Hintergründe	6	Offener Brief von Friedensnobelpreisträger*innen und Weltbürger*innen: Wir lehnen Krieg und Atomwaffen ab	26
Michael Tellmann: Wie Europa als Schlachtfeld globaler Großmacht Konkurrenz verhindern?	14	IPPNW: Ausweitung des Krieges bis hin zum Atomkrieg verhindern Atomwaffenverbotsvertrag ratifizieren!	
Norman Paech: Kiew - "Offene Stadt" - So können wir die Städte in der Ukraine retten	15	Ray McGovern: Soll die Menschheit eine Portion "Freiheits-Fritten" werden?	
Appell: Demokratie und Sozialstaat bewahren Keine Hochrüstung ins Grundgesetz!	16	Angelika Claußen: Frankreichs nukleare Aufrüstungsagenda	
Wissenschaftlicher Beirat von Attac Spanien: NEIN ZUM KRIEG / B. Piette, IAC (USA): Kein Fracking-Gas!	17	European Network Against the Arms Trade (ENAAAT) und Transnational Institute (TNI): Öl ins Feuer – Wie die Europäische Union ein neues Wettrüsten anheizt	29
Frankreich: Aufruf vieler Organisationen, u.a. Attac: JA ZU EINER POLITISCHEN VERHANDLUNGSLÖSUNG!	18	Jochen. Luhmann: EU-Beitritt der Ukraine wäre gleichbedeutend mit einer NATO-Mitgliedschaft	32
Koordinierungskreis von Attac Deutschland: Für eine Politik des Friedens	19	Bewegungen in Lateinamerika: "Für das Leben und den Frieden in der Welt"	33
Karl-Heinz Roth u .a. Manifest gegen den Krieg	20	German Foreign Policy: Russlands Überfall und die westlichen Sanktionen führen zu Zunahme von Hunger und Unterernährung weltweit	34
Gerald Oberansmayr: Ukraine: Ein verhinderbarer Krieg	21	Ilan Pappé: Die vier Lehren aus der Ukraine	36
Clemens Ronnefeldt: Zum Ukraine-Krieg – Drei Schlüsselemente für eine diplomatische Lösung	22	Österreich: 100 Organisationen (u. a. Attac) gegen ein „Zwei-Klassen-Asylsystem“	38
Vorstand des Internationalen Versöhnungsbunds, deutscher Zweig: Für Verständigung – Gegen die Kriegstreiberei	23	Schutz und Asyl für Deserteure und Kriegsdienstverweigerer aus Russland, Belarus und der Ukraine	39
Urs P. Gasche: Die Verteidiger der US-Vorherrschaft und die «Putin-Versteher»	23	EU-Türkei-Erklärung: Sechs Jahre Untergrabung des Flüchtlingsschutzes	40

Vorwort

„Unsere Solidarität und unsere Herzen gehen von hier zu den Menschen in der Ukraine, seien sie ukrainischer Nationalität oder russischer. Dieser Krieg [...] wird ausgetragen auf dem Rücken der Frauen, Kinder und Männer. Der Angriff auf die Ukraine ist unentschuldig.“

(IPPNW-Vorsitzender Dr. Lars Pohlmeier)

„Gerade wenn man Empathie mit den Opfern hat, sollte man nicht den Verstand ausschalten.

Moralisch ist bei unserem Thema, wer und was zur Erhaltung des Friedens beiträgt.

Und wenn dennoch Krieg ist, ist moralisch alles, was ihn so schnell wie möglich beendet.

Das ist die Moral, für die die Opfer – gegenwärtig die Menschen in der Ukraine – das entscheidende Kriterium für Friedenspolitik gerade auch in Kriegszeiten sind.“

Eine Friedensbewegung führt eine Analyse der Kriegsparteien, der geopolitischen Lage und der Vorgeschichte durch (*Peter Wahl: Der Ukraine-Krieg und seine geopolitischen Hintergründe*).

Ethecon schätzt, „dieser Krieg birgt die Gefahr, dass er zum Weltkrieg ausufert“.

Eine Friedensbewegung nennt die Nutznießer des Krieges.

Eine Friedensbewegung stellt Forderungen an die Regierung(en): zu allererst einen Waffenstillstand, einen Rückzug der Truppen, Verhandlungen (*Norman Paech: Kiew – "Offene Stadt"*; *Clemens Ronnefeldt: Drei Schlüsselemente für eine diplomatische Lösung*; *Gerald Oberansmayr: Ukraine: Ein verhinderbarer Krieg*).

Wir dokumentieren *mehrere Aufrufe*, auch aus Spanien und Frankreich.

Eine Friedensbewegung lehnt alles ab, was zur Eskalation führt: Aufrüstung (*Appell: Keine Hochrüstung ins Grundgesetz!*), Waffenlieferungen (*Jürgen Wagner*), neues Wettrüsten der EU (*ENAAAT und TNI*).

Eine Friedensbewegung lehnt Atomwaffen ab (*Offener Brief von Friedensnobelpreisträger*innen*), fordert die Ratifizierung des *Atomwaffenverbotsvertrags*, warnt auch vor einem Atomkrieg aus Versehen (*Ray McGovern: Soll die Menschheit eine Portion "Freiheits-Fritten" werden?*)

Eine Friedensbewegung *unterstützt Geflüchtete und Deserteure* – egal mit welchem Pass.

Eine Friedensbewegung duldet keine Doppelmoral (*Ilan Pappé: Die vier Lehren aus der Ukraine*).

Eine Friedensbewegung nimmt die Lage in anderen Ländern und Kontinenten wahr (*German Foreign Policy: Russlands Überfall und die westlichen Sanktionen führen zu Zunahme von Hunger und Unterernährung weltweit*).

Eine Friedensbewegung ist sich „sehr wohl darüber im Klaren, dass Forderungen so lange in der Luft hängen, wie sie nicht von den sozialen Bewegungen, den arbeitenden Klassen und den kritischen Intelligenzschichten in einer international koordinierten Kraftanstrengung erzwungen werden.“

(Manifest gegen den Krieg).

Eine Friedensbewegung muss dringend die Frage klären: „Wie kann die Kriegsbereitschaft in der Bevölkerung gesenkt werden?“ (*Michael Tellmann*), und dafür passende Handlungen überlegen und ausprobieren.

„Attac ist **Bestandteil der Antikriegs- und Friedensbewegung**,

denn eine gerechte Welt ist ohne Frieden nicht möglich.“ (Erklärung von 2002)

„**Es gibt keinen Weg zum Frieden, Frieden ist der Weg.**“ (Gandhi)

(mdv)

Hinweise: „Leben in Zeiten des Corona-Virus“ – Handeln im Zeichen von Solidarität und sozialer Gerechtigkeit

Das [SiG-Dossier](#) wird weiter geführt. **Werkstatt für SiG 144** mit weiteren Dokumenten zum Frieden

In **SiG 145** (erscheint Ende Mai): Afrika; WSF u. a. m. – **Werkstatt für SiG 145**



Der Rundbrief „Sand im Getriebe“ ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von Autorinnen und Autoren unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort. Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der Attac-Bewegung.

Wir bedanken uns für die Artikelvorschläge und für die Übersetzungen durch die ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen von Coordinatrad! Coordinatrad braucht noch Unterstützung! www.coordinatrad.attac.org

E-Mail: sig@attac.de – Der SiG-Newsletter kann abonniert werden: **Eintragung online:**

<http://www.attac.de/bildungsangebot/sig/startseite/> **Gedruckte Exemplare** von „Sand im Getriebe“ zum Selbstkostenpreis (2 €+ Porto).

Bestellung in Deutschland per E-Mail an sig-abo@gmx.de. Abonnement: 15 € für 5 Ausgaben.

An dieser Nummer haben mitgewirkt: Marie-D. Vernhes, Werner Horch (Attac Deutschland). Danke an alle, die uns gewollt oder ungewollt Hinweise und Anregungen gegeben haben. V. i. S. d. P.: Marie-D. Vernhes

Waffenstillstand! Die Waffen nieder!

Rede des [IPPNW](#)-Vorsitzenden Dr. Lars Pohlmeier am 6. März 2022

Unsere **Solidarität** und unsere Herzen gehen von hier zu den Menschen in der Ukraine, seien sie ukrainischer Nationalität oder russischer.

Dieser Krieg geht nicht um einzelne Bevölkerungsgruppen. Er wird ausgetragen auf dem Rücken der Frauen, Kinder und Männer. Dieses dunkle Kapitel im Buch der Geschichte Europas wird geschrieben mit ihrem Blut. Der Angriff auf die Ukraine ist unentschuldig. Und doch müssen wir überlegen, wie wir die Zukunft gestalten.

Wir sagen auch in diesen dramatischen Stunden:

Unsere Zukunft kann nicht in einer neuen Rüstungspirale liegen, die Kraft, Ressourcen und Intellekt abzieht von den globalen Herausforderungen wie Klimawandel und globaler Gerechtigkeit.

Krieg bringt Leid und Tränen von Eltern und Großeltern, die um ihre Söhne, Töchter und Enkel weinen. Krieg bedeutet vor allem auch die Zerstörung unserer Seelen. Es steht viel auf dem Spiel: Sollte einer der 15 ukrainischen Atomreaktoren zur Kernschmelze gebracht werden, würden die Folgen weit über die Ukraine hinaus reichen.

Als Internationale Ärzt*innen gegen den Atomkrieg **sorgen wir uns um eine weitere atomare Eskalation.** Präsident Putin hat bereits indirekt mit einem Einsatz von Atomwaffen gedroht. Auch aus der NATO sind Drohgebärden gekommen. Sollte es zu einem Einsatz von Atomwaffen kommen, und die größte Gefahr ist ein eigentlich ungewollter, unfallbedingter, durch menschliches Versagen ausgelöster Atomschlag, dann droht eine globale Katastrophe. Deshalb ist atomare Abschreckung kein Mittel der Kriegsverhütung.

Aber: Lasst Euch nicht entmutigen. Die Möglichkeit für Frieden in Freiheit ist nicht verloren.

Solidarisieren wir uns auch mit dem Widerstand in Russland selbst. Mehr als 6.000 russische Ärzt*innen und Health Worker haben einen Appell gegen den Krieg unterzeichnet. Sie sagen: „Wir, die russischen Ärzte, Krankenschwestern und Sanitäter, lehnen die Militäraktionen der russischen Streitkräfte auf dem Territorium der Ukraine entschieden ab.“

Es gibt so viel an diplomatischer und völkerrechtlichen Vereinbarungen, an die wir anknüpfen können. Schändlich, wie viel **Rüstungskontroll-Verträge** in den vergangenen 20 Jahren aufgekündigt wurden - allem voran durch die USA. **Eine neue europäische Friedensordnung muss die Sicherheitsinteressen aller anerkennen.** Und für eine solche Übereinkunft müssen die Parteien miteinander reden.

Als erstes aber brauchen wir einen Waffenstillstand zwischen Russland und der Ukraine.

Alle Truppen müssen zurück in ihre Heimatkasernen. Damit das umgesetzt wird, braucht es auch eine Bürger*innen-Bewegung, eine Friedensbewegung auf den Straßen, mehr denn je.

Es braucht dann alle Formen des kulturellen Austauschs und persönlicher Kontakte zwischen den Ukrainer*innen, Russ*innen und Deutschen, die in ihrer großen Mehrheit jeden Krieg in Europa ablehnen, sondern friedlich miteinander leben wollen.

So schwer das ist. Wir müssen den Frieden selbst in die Hand nehmen.

Am Ende wird nur Diplomatie, kontrollierte Abrüstung und gemeinsame Sicherheit der richtige Weg sein.

Deshalb muß jetzt heißen:

Waffenstillstand! Die Waffen nieder!

<https://www.ippnw.de/frieden/konflikte-kriege/ukraine/artikel/de/die-waffen-nieder.html>

29. April – 1. Mai 2022:
IPPNW-Jahreskongress und Mitgliederversammlung in Hamburg
[Infos und Programm](#)

15.–18. April 2022:
Ostermärsche – Ausführliche Terminliste:
<https://www.friedenskooperative.de/search/node/Ostermarsch%202022>

1.–6 Mai 2022: Weltsozialforum in Mexiko und online
<https://join.wsforum.net/>



17.–21. August 2022:

Europäische Sommeruniversität der sozialen Bewegungen

August 2022 • Mönchengladbach, Germany

<https://www.esu22.eu>

Ethecon

Dieser Krieg birgt die Gefahr, dass er zum Weltkrieg ausufert

Der Kurs der Aktien der deutschen Rüstungsschmiede RHEINMETALL stieg in den Tagen 25.02. bis 28.02.2022 um 50 Prozent (!!). 2017 hat ethecon Stiftung Ethik & Ökonomie die verantwortlichen Kriegsverbrecher des RHEINMETALL-Konzerns mit dem Internationalen ethecon Dead Planet Award geschmäht und an den Pranger gestellt. [Hier das Dossier von ethecon dazu](#). Die Aktien dieses Konzerns tiefen vor Blut!

Die Kurse explodieren nicht nur bei RHEINMETALL, sondern ebenso bei allen Rüstungskonzernen der Welt.

Der Totentanz des Kapitals feiert die Aussicht auf Rekord-Profite! Doch Tatsache ist:

Wir sind nicht ohnmächtig!

Wir schweigen nicht zu dieser Katastrophe!

Heraus zu den Anti-Kriegsdemonstrationen!

Ergreifen wir die Partei des Friedens!

Und vor allem: Entgegen der Meinung des vom BLACK-ROCK-Konzern zum CDU-Vorsitz gewechselten Friedrich Merz, der am 27.02.2022 im Bundestag eine Brandrede hielt, haben sich die Ostermärsche nicht „überholt“, sondern sind wichtiger denn je!

Angesichts des Einmarschs der Russischen Föderation in die Ukraine und der weltweiten Kriegshetze gegen Russland können wir nicht ruhig bleiben. **Wir fordern in Übereinstimmung mit der gesamten Friedensbewegung:**

Die Waffen nieder! Sofortige Einstellung aller Kampfhandlungen und Militäroperationen!

Rückzug der russischen Truppen von ukrainischem Staatsgebiet!

Schluss mit der NATO-Einkesselung Russlands!

Lösung der Konflikte auf dem Verhandlungsweg! Abrüstung weltweit! Keine Eskalation, egal von welcher Seite!

Bei Analyse und Beurteilung des Krieges gegen die Ukraine gelten dieselben Maßstäbe und Prinzipien des internationalen Rechts wie auch in Bezug auf die Kriege der USA, der NATO und anderer Mächte gegen Afghanistan, die Kurden, Jugoslawien, den Irak, den Iran, Libyen, Syrien usw. Und selbstredend gelten die universellen Menschenrechte.

Im seit mehreren Hundert Jahren andauernden **Kampf gegen verbrecherischen Kapitalismus und zerstörerischen Imperialismus** ging es immer darum, Hegemoniestreben und globalem Wettrüsten entgegen zu treten. Beides bringt Kriege und Kriegsgefahren mit sich. Und es vernichtet Ressourcen, die zur Bearbeitung der globalen Menschheitsfragen – Hunger, soziale Gerechtigkeit, Klimakatastrophe – dringend gebraucht werden.

Es ist nicht möglich, die derzeitige Situation in der Ukraine mit Sorgfalt und Ehrlichkeit zu untersuchen, ohne die berechtigten Ansprüche der Russischen Föderation gegenüber den Vereinigten Staaten und der NATO zu bewerten. Wir wissen, dass die westlichen Großmächte die mit Russland

im Rahmen des Anschlusses der ehemaligen DDR an die Bundesrepublik Deutschland getroffenen Vereinbarungen von 1991 seit 30 Jahren brechen. Sie sagten damals zu, die NATO „nicht über die Elbe hinaus“ nach Osten auszudehnen. Und praktizierten unverfroren das Gegenteil. 14 Länder östlich der Elbe bis an die Westgrenzen Russlands wurden in die NATO eingegliedert. 1999 führte die NATO (unter deutscher Beteiligung!) einen drei Monate währenden ebenso verheerenden wie illegalen Großkrieg mit Hunderttausenden Toten gegen Jugoslawien und zerschlug diesen Staat. Seit Jahren werden von der ukrainischen Regierung die Verhandlungen über friedliche Lösungen der Konflikte mit Russland verweigert. Stattdessen steht im Raum, die Osterweiterung der NATO auch auf die Ukraine auszudehnen.

All das ist Teil des aggressiven Anspruchs der USA, „die Welt zu führen“. Der US-Imperialismus zieht unter diesem Banner seit Anbeginn mit Dutzenden von Kriegen eine breite Blutspur durch die Geschichte des Planeten. Nachdem die USA nach dem Zweiten Weltkrieg die NATO als aggressives Militärbündnis gegen alle Widersacher gegründet haben, schlossen sich die europäischen Staaten mit Nuancierungen als Juniorpartner dem Feldzug für die Vorherrschaft der Vereinigten Staaten an.

Der Wechsel zu antirussischen bzw. pro-westlichen Regierungen in der Ukraine wurde seinerzeit bekanntermaßen von den USA orchestriert und finanziert. Das Minsker Friedensabkommen zum Ukraine-Konflikt war von den USA von Anfang an abgelehnt worden und wurde von den ukrainischen Nationalisten in Regierung, Militär und Gesellschaft boykottiert.

In allen NATO- und Nicht-NATO-Staaten entlang der russischen Grenze sind seit Jahren US-amerikanische Streitkräfte stationiert. In Deutschland wird seit 2021 wieder die Stationierung US-amerikanische Mittelstrecken-Raketen mit optional installierbaren Atomsprengköpfen vorbereitet. Auf der dänischen Insel Bornholm soll eine neue US-Militär-Basis errichtet werden, die den freien Zugang zu russischen Häfen kontrolliert. Die neutralen Länder Finnland und Schweden werden zum NATO-Beitritt gedrängt.

Frieden kann nicht erreicht werden, indem Staaten eingekreist und eingekesselt werden. Entsprechend ist eingetreten, wovor Friedenskräfte seit Jahrzehnten warnen. Der neue Kalte Krieg ist in einen heißen zwischen Russland und der Ukraine umgeschlagen.

Doch ist der russische Einmarsch in die Ukraine politisch, humanitär und militärisch zu verurteilen. Der von Russland begonnene Krieg ist ein Schlag ins Gesicht aller, die für Freundschaft der Völker eintreten, die für eine friedliche Lösung von Krisen, auch der Ukrainekrise, eintreten und sich für Frieden und Abrüstung einsetzen.

Wir erinnern an das Prinzip der ungeteilten und gemeinsamen Sicherheit, wie es bereits im Kalten Krieg

durch den Druck der Friedensbewegung anerkannt wurde. Im Atomzeitalter kann keine Seite ihre Sicherheit auf Kosten der anderen erhöhen. Sicherheit gibt es nur gemeinsam. Dauerhafter Frieden mit Russland erfordert eine gesamteuropäische Friedensordnung.

Die politischen Reaktionen des Westens auf den Beginn des Ukrainekriegs in der letzten Februar-Woche 2022 sind von **Eskalation** geprägt. Friedrich Merz, von BLACKROCK in die CDU-Parteiübernahme gewechselt, hielt am 27. Februar 2022 im Deutschen Bundestag eine Brandrede, die – unter Beifallsstürmen und stehenden Ovationen (!) – in übelster Propaganda-Machart auf Eskalation, Militär und Feindschaft setzte. In unvergleichlicher Weise hetzte er gegen Russland und feuerte die Kriegsbereitschaft des Westens, vornehmlich Deutschlands an.

Auch die Bundesregierung setzt auf Waffen, Aufrüstung und damit letztlich auf Krieg. 100 Milliarden Euro, das 37-fache des vor dem Hintergrund der Klimakatastrophe bedeutsamen Umweltaushalts, wird noch dieses Jahr in die Aufrüstung der Bundeswehr gesteckt. Das für Deutschland geltende Exportverbot wird gebrochen und deutsche Waffenlieferungen in die Ukraine werden im großen Stil freigegeben. Und selbst die Forderungen nach Atomwaffen für Deutschland wird wieder laut. Medienberichten zufolge plant Verteidigungsministerin Lambrecht die Anschaffung von Flugzeugen des Typs F-18 oder F-35 als künftige Atombomber für die Bundeswehr.

Auch die Chefin der EU-Kommission, Ursula von der Leyen (CDU), unlängst noch Kriegsministerin in Deutschland, eskaliert. Sie bietet der Ukraine die Aufnahme in die EU an und bringt ein EU-Waffenpaket für die Ukraine auf den Weg.

**Dem Wahnsinn eines Kriegs in Europa stellen wir uns entgegen. Die Gebote der Stunde lauten:
Rettung des Klimas statt Forcierung von Kriegen!
Beseitigung des Hungers statt Aufrüstung!
Sicherstellung sozialer Sicherheit statt Konfrontationspolitik!**

Dieser Krieg muss beendet werden, auch weil er die Gefahr eines Flächenbrandes beinhaltet. Aber auch der jahrelange Bürgerkrieg in der Ukraine selbst muss endlich beendet werden. Es sterben nicht nur Menschen in Kiew sondern auch in Luhansk und im Donbass.

Wir unterstützen die Forderung Frankreichs und anderer Staaten nach einem sofortigen Waffenstillstand. Wir fordern den Rückzug der russischen Truppen und ein Zurück an den Verhandlungstisch. Die Gespräche müssen wiederaufgenommen werden. Sanktionen, die die Bevölkerung Russlands treffen, lehnen wir ab. Eine militärische Antwort der NATO darf es nicht geben.

Es müssen konkrete Schritte zur Deeskalation gegangen werden. Es darf keine militärischen Lieferungen in das Krisen- bzw. Kriegsgebiet geben. Es muss Schluss sein mit Kriegsrhetorik, propagandistischer Hetze und Konfrontationspolitik.

Notwendig sind aktives Eintreten für die Umsetzung des völkerrechtlich verbindlichen Abkommens Minsk II durch

<https://www.ethecon.org/2022/03/02/erklaerung-zum-krieg-in-der-ukraine/>

Russland und die Ukraine sowie Verhandlungen mit Russland auf der Grundlage eines klaren Bekenntnisses zu Entspannung und dem Prinzip der gemeinsamen Sicherheit. Die US-amerikanische Aggression muss eingedämmt werden. **Es dürfen keine atomwaffenfähigen Mittelstrecken-Raketen in Deutschland stationiert werden.**

Wir müssen eintreten für neue Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen.

Entschieden treten wir allen entgegen, die nach noch mehr Waffen, noch mehr Militär und damit noch mehr Krieg schreien: Nicht mit uns! Das sind nicht unsere Kriege! Wir machen Euren Totentanz nicht mit!

Heraus zu den Friedensdemonstrationen und zu den Ostermärschen!

Beidseitiger Rückzug aller Truppen aus der Konfliktregion. Stopp der NATO-Osterweiterung! Keine Waffenlieferungen in die am Konflikt beteiligten Staaten! Keine weiteren Truppenverlegungen der NATO nach Osteuropa!

Verhandlungen mit Russland auf der Grundlage eines klaren Bekenntnisses zu Entspannung und dem Prinzip der gemeinsamen Sicherheit. Schluss mit den Großmanövern von NATO und Russland.

Weltweite Abrüstung und Rückführung der Überrüstung der NATO-Staaten.

Die NATO bedroht nicht nur die Staaten der Russischen Föderation, sondern auch die Volksrepublik China. Bereits jetzt bestreitet die NATO nach SIPRI-Angaben 56% der weltweiten Rüstungsausgaben, China und Russland kommen zusammen auf 16%. Jetzt sollen die europäischen Staaten noch mehr Geld für Rüstung ausgeben. Es soll also noch mehr Öl ins Feuer gegossen werden. Beenden wir endlich diesen Irrsinn, bevor ein Atomkrieg – unbeabsichtigt oder nicht – unseren Planeten zerstört.

Es muss Schluss gemacht werden, mit Krieg und Aufrüstung. Wir haben nur noch ein paar Jahre Zeit, um weltweit das Ruder herumzureißen, um die menscheitsbedrohenden Krisen Klimakatastrophe, Artensterben und Meeresvermüllung in den Griff zu bekommen. Dazu braucht es die weltweite Zusammenarbeit und entsprechende Ressourcen.

Wir brauchen schnellst möglich einen internationalen Prozess, der zu Deeskalation, Abrüstung und mehr Kooperation führt. Diesen Prozess müssen UNO und OSZE vorantreiben. Vorbild könnte der KSZE-Helsinki-Prozess sein.

Deshalb: Kämpfen wir gemeinsam gegen die Scharfmacher und Kriegstreiber. Lassen wir uns nicht den Mund verbieten, wenn wir uns gegen Aufrüstung und den Ausbau der Bundeswehr wehren.

Wir streben eine Gesellschaft an, in der die Interessen der Menschen und der Natur im Mittelpunkt stehen und nicht Wachstumszwang und Profit. Die Zeit ist reif für radikales Umsteuern und neue, nachhaltige Perspektiven für unsere Sicherheit und die Erhaltung unseres Planeten.

Eine andere Welt ist nötig und möglich! Nein zum Krieg! Nein zur Aufrüstung!

Für eine Welt ohne Ausbeutung und ohne Unterdrückung.

Peter Wahl, AG Globalisierung & Krieg

Der Ukraine-Krieg

und seine geopolitischen Hintergründe

Das Thema Krieg und Frieden ist wieder an die Spitze der politischen Agenda in Europa gerückt. Das wird auf längere Zeit so bleiben. Auch aus friedenspolitischer Sicht stellen sich zahlreiche neue Fragen. Die Attac-AG Globalisierung & Krieg will mit einer Reihe von Papieren zur Klärung beitragen. Die Texte werden in der AG diskutiert. Die letzte Verantwortung für den Inhalt liegt jedoch bei den Autoren.

1. Einleitung

Der vorliegende Text ist ein Hintergrundpapier. Wie der Name sagt, geht es darum, Hintergründe und Zusammenhänge in den Blick zu nehmen, Ursachen zu analysieren, das Einzelne in seinen strukturellen und historischen Kontext des Ganzen zu stellen. Dieser methodische Ansatz entspricht dem Verfahren, das emanzipatorische Gesellschaftsanalyse schon immer verfolgt.

So beruht z.B. deren Kapitalismuskritik auf einem **systemischen Verständnis** von Kapitalismus, aus dem heraus die Einzelphänomene (dialektisch) interpretiert werden und verbindet das mit ihrer historischen Entwicklung. Nicht nur linke Gesellschaftskritik denkt so. Auch die Klimafor-

schung, um nur ein Beispiel herauszugreifen, tut das. Wenn es in Norddeutschland einen verregneten Sommer gibt, ist das keine Bestätigung zur Leugnung des Klimawandels. Einzelne Wetterereignisse stehen in einem klimatischen Gesamtzusammenhang und dessen Evolution. Zwar verschwindet das Einzelphänomen nicht, aber es wird in eine Relation zum Ganzen gesetzt. Eigentlich sind das Basics für jedes aufgeklärte Denken. Aber in der gegenwärtigen¹ Debattenlage um den Ukraine-Krieg ist eines der markantesten Phänomene, dass bis in Teile der gesellschaftlichen Linken hinein das einzelne Ereignis von seinem historischen und strukturellen Kontext abgetrennt und zum singulären Ereignis und moralischen Absolutum gemacht wird, das nicht mehr diskutiert werden darf.

Das singularisierte Ereignis, um das es hier geht, ist der russische Angriff auf die Ukraine. Er ist ein gravierender Bruch des Völkerrechts und eine neue Qualität von Gewaltanwendung in einer seit langem sich drehenden Konfliktspirale. Er nimmt humanitäre Katastrophen und das Risiko eines Kontrollverlusts mit unabsehbaren Folgen in Kauf. Global wird er, wie immer der Krieg ausgeht, die geopolitische² Konfrontation und damit die Unsicherheit in der Welt verschärfen.

Dennoch läuft die Ausblendung der historischen und strukturellen Zusammenhänge des Krieges auf eine intellektuelle Kapitulation hinaus und nimmt sich selbst die Möglichkeit, eine autonome, an Friedenssicherung orientierte dritte Position jenseits der Kriegsparteien einzunehmen.³ Sicher ist es

nicht einfach, sich der totalen Emotionalisierung des politischen Klimas zu entziehen. Ressentiments und Feindbilder werden von der Kette gelassen und wachsen ins Monströse, sodass viele sich dem so entstandenen Konformitätsdruck nicht mehr entziehen können.

Doch dieser Krieg fällt nicht vom Himmel. Er ist nicht singulär und auch keine Zeitenwende. Russland übernimmt jetzt Praktiken, wie sie in dieser Radikalität seit Ende des Kalten Krieges 1.0 bereits von den USA und der NATO eingeführt wurden, so z.B. im Jugoslawienkrieg 1999: „*Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, heute Abend hat die Nato mit Luftschlägen gegen militärische Ziele in Jugoslawien begonnen. Damit will das Bündnis weitere schwere und systematische Verletzungen der Menschenrechte unterbinden und eine humanitäre Katastrophe im Kosovo verhindern.*“

So am 24. März 1999 der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder.⁴ Es war der erste große Krieg, mit aktiver Beteiligung der Bundeswehr, und die erste gewaltsame Grenzveränderung in der europäischen Nachkriegsgeschichte.

In Libyen missbrauchten Frankreich und Großbritannien 2011 einen UN-Sicherheitsratsbeschluss für eine Flugverbotszone, um einen Angriffskrieg zwecks Regime-Change zu beginnen.

Der in humanitärer Perspektive schwerwiegendste Krieg mit zivilen Opfern in der Größenordnung von 100.000 war der Angriffskrieg gegen den Irak 2003. Gerechtfertigt mit der bald als Lüge entlarvten Behauptung, Saddam Hussein besäße Massenvernichtungswaffen, griff eine „Koalition der Willigen“ unter Führung der USA den Irak an. Beteiligt waren nicht nur sämtliche östlichen Mitgliedsländer der EU, sowie Mazedonien und Georgien, sondern [mit 1.650 Soldaten auch die Ukraine](#). Das war das sechstgrößte Kontingent unter den 36 Angreiferstaaten.

„**Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln**“ wie der vielzitierte Militärtheoretiker Clausewitz schrieb, ist also auch in der Ära nach dem Kalten Krieg 1.0 leider wieder etabliert worden. Und zwar von den USA und in deren Gefolge Großbritannien, Frankreich, Deutschland u.a. All das sind Fakten, die damals wie heute im Gegensatz zu den Idealen und Interessen emanzipatorischer Friedenpolitik stehen. Aber sie sind die geopolitische Realität. Die maßgeblichen Politiker in den maßgeblichen Ländern den-

wie u.a. in dem berühmten Bibelzitat aus Matthäus 7-39 zum Ausdruck kommt: „*Warum siehst du den Splitter im Auge deines Bruders, aber den Balken in deinem Auge bemerkst du nicht?*“

4 Der Kosovo war bis 1999 eine serbische Provinz mit mehrheitlich albanisch sprechender Bevölkerung. Nach der militärischen Niederlage Belgrads und der Besetzung des Kosovo durch die NATO, erklärte die Region 2008 ihre Unabhängigkeit, die von den meisten westlichen Ländern auch sofort anerkannt wurde.

1 Redaktionsschluss dieses Texts war der 18. März 2022.

2 Der Begriff Geopolitik kommt von einer veralteten Theorie internationaler Beziehungen, die das außenpolitische Verhalten von Staaten aus ihrer geographischen Lage ableitet. Heute ist er allgemein zur Bezeichnung internationaler Machtpolitik gebräuchlich.

3 Im Schlagwort vom sog. „whataboutism“ wird diese Selbstbescheidung des Denkens sogar zur Tugend verklärt. Das Messen mit zweierlei Maß, also Doppelmoral, wird jedoch schon immer für unmoralisch gehalten,

ken und handeln in machtpolitischen Kategorien und nicht nach den Leitbildern der Friedensbewegung. Wenn man diese traurige Realität verändern will, muss man wissen wie sie funktioniert. Dafür sind Analyse und normative Orientierung, Sachliches und Emotion auseinanderzuhalten. Schon die Anfänge wissenschaftlichen Denkens in der Antike hatten die Devise: *sine ira et studio – ohne Zorn und Eifer!*

Gerade wenn man Empathie mit den Opfern hat, sollte man nicht den Verstand ausschalten. Moralisch ist bei unserem Thema, wer und was zur Erhaltung des Friedens beiträgt. Und wenn dennoch Krieg ist, ist moralisch alles, was ihn so schnell wie möglich beendet. Das ist die Moral, für die die Opfer – gegenwärtig die Menschen in der Ukraine – das entscheidende Kriterium für Friedenspolitik gerade auch in Kriegszeiten sind.

Begeben wir uns dennoch jetzt in die Welt der Geopolitik, auch wenn sie für viele fremd oder gar verabscheuungswürdig ist.

2. Struktur und Dynamik des internationalen Systems⁵

Es war eingangs die Rede vom systemischen Charakter kritischer Gesellschaftstheorie. Für die internationalen Beziehungen heißt das, dass auch sie als System begriffen werden. Das ist für linke Theorie-Traditionen, die auch die internationalen Beziehungen, Konflikt und Krieg systemisch auffassen, eigentlich nicht neu. Es gilt für die Imperialismustheorien aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg, aber auch für Ansätze aus neuerer Zeit. So die *Weltsystemtheorie* Immanuel Wallersteins oder die neo-gramscianisch geprägte *Politische Ökonomie der internationalen Beziehungen*.⁶ Allerdings wurden sie in der gesellschaftlichen Linken kaum rezipiert, so wie die Friedensthematik generell seit geraumer Zeit ein Schattendasein auf deren Agenda fristete.

Hier nun - in Telegrammstil - wesentliche Eckpunkte des systemischen Blicks auf die Weltordnung:

Erstens: Ausgangspunkt ist die Tatsache, dass kein Staat für sich allein existiert, sondern immer nur in Wechselbeziehung zu anderen, zu Nachbarn, Rivalen, Gleichgesinnten usw. Dementsprechend entsteht sein außenpolitisches Verhalten nicht nur aus seinen inneren Verhältnissen, sondern auch aus der Dynamik des Systems, in dem er ein Element ist. Es gibt eine systemische Logik, die Pfadabhängigkeiten konstituiert. Das heißt nicht, dass dieses System ein mechanisch ablaufendes Uhrwerk wäre. Als von Menschen gemacht, erlaubt es immer verschiedene Handlungsmöglichkeiten. Zum Beispiel indem man machtpolitische Konfrontation durch friedensorientierte Kooperation ersetzt.

5 Der Territorialstaat ist nach wie vor der zentrale Akteur des internationalen Systems. Andere Akteure, wie Transnationale Konzerne, sind letztlich ihren Herkunftsstaaten untergeordnet, wie sich gerade am Ukraine-Krieg zeigt, wo die Profitinteressen der Konzerne aus dem Westen hinter geopolitischen Interessen zurückstehen müssen.

6 Wallerstein, Immanuel (2004): *World Systems Analysis. An Introduction*. Durham
Cox, Robert (1998): *Weltordnung und Hegemonie – Grundlagen der Internationalen Politischen Ökonomie*. Marburg
Gill, Stephen (2008): *Power and Resistance in the New World Order*. London

Zweitens: Es gibt keinen Weltstaat. Das unterscheidet das internationale System grundlegend vom Binnensystem der Staaten. Moderne Staatlichkeit weist durch Verfassungen, Rechtssystem, politisches System etc. eine hohe Regeldichte auf, die die Machtverhältnisse und Konflikte der Gesellschaft in geordneten Bahnen halten und moderieren sollen. Demgegenüber ähneln die zwischenstaatlichen Beziehungen eher dem, was die politische Theorie als „*gesellschaftlichen Naturzustand*“ beschreibt, der weitaus weniger geordnete, sondern tendenziell anarchische Züge aufweist. Regulierende Staatlichkeit existiert hier nur in Ansätzen als Völkerrecht, zwischenstaatliche Verträge und internationale Institutionen. Vor allem existiert keine legitimierte oberste Instanz, wie ein Verfassungsgericht und eine Exekutive, die dessen Entscheidungen umsetzt. Der UN-Sicherheitsrat, der das tendenziell können soll, ist durch das Veto-System blockiert, wenn Veto-Mächte an Konflikten beteiligt sind.

Drittens: Auch wenn völkerrechtlich alle den gleichen Status, haben und nominal über völkerrechtliche Souveränität verfügen, sind die Elemente des Systems nicht gleich. Das System ist hierarchisch. Wer an der Spitze steht, hat prägenden Einfluss. Je weiter es nach unten geht, umso geringer sind Handlungsspielräume und Einfluss.

Viertens: Die Position in der Hierarchie hängt von den Machtressourcen ab, über die ein Land verfügt: Militär, Ökonomie, Technologie, politische Netzwerke und Soft Power.⁷ Die Durchsetzungsfähigkeit und Handlungsoptionen für eigene nationale Interessen ergeben sich daraus.

Fünftens: Aufgrund all dieser Faktoren sind das zentrale Regulationsprinzip im internationalen System die machtpolitischen Kräfteverhältnisse. Normen, Völkerrecht und institutionelle Arrangements werden von den großen Akteuren nur solange akzeptiert, wie sie ihre vitalen Interessen nicht in Frage stellen. Eine Großmacht will möglichst keine normativen Bindungen eingehen, die ihre machtpolitischen Handlungsspielräume einengen könnten. Die USA sind auch hier globale Führungsmacht.⁸

3. Im Epizentrum: unipolare versus multipolare Weltordnung

Aus den machtpolitischen Kräfteverhältnissen entsteht eine systemische Dynamik. Für etwa anderthalb Jahrzehnte nach Ende der UdSSR war das System unipolar, d.h. die USA waren unangefochten einzige Supermacht. Es war die Ära des *American Empire*. Inzwischen geht die unipolare Weltordnung zu Ende. An ihre Stelle tritt ein multipolares System. In dessen Zentrum steht die Rivalität zwischen den USA und China. Gleichzeitig gibt es ein Comeback von Russland als Großmacht. Auch Indien strebt einen Aufstieg zur Supermacht an.

Der Konflikt zwischen unipolarer und multipolarer Weltordnung steht seit etwa einem Jahrzehnt mit wachsender Bedeutung im Zentrum des internationalen Systems. Er bildet quasi sein Betriebssystem, das nicht nur das Verhalten der Großmächter prägt, sondern auch alle wichtigen regionalen Probleme beeinflusst. Der Umbruch bedeutet eine Entwestlichung der Welt und das Ende der 500-jährigen eu-

7 Soft-Power = kulturelle Ausstrahlung

8 So sind sie z.B. nicht der Seerechtskonvention beigetreten, und US-Behörden ist es sogar ausdrücklich verboten, mit dem Internationalen Strafgerichtshof zu kooperieren.

ro-atlantischen Überlegenheit. Barack [Obama hat die US-Sicht dazu prägnant formuliert](#): „Jene die meinen, dass Amerika sich im Niedergang befindet oder seine weltweite Führungsrolle verlieren würde, irren sich. ... Amerika muss auf der Weltbühne immer führen. ... Ich glaube mit jeder Faser meines Wesens an den amerikanischen Exzeptionalismus.“ Joe Biden steht ungebrochen in der gleichen Tradition: „Ich will dafür sorgen, dass Amerika wieder die Welt führt,“ weil „keine andere Nation die Fähigkeit dazu hat.“ Auch wenn dies von der gesellschaftlichen Linken in Westeuropa kaum zur Kenntnis genommen wird, für die US-Machteliten steht es mit Abstand an der Spitze ihrer Agenda.

Demgegenüber ist das strategische Ziel der chinesischen und russischen Außenpolitik ausdrücklich eine multipolare Weltordnung, wie bereits 2009 beim [BRICS-Gipfel in Jekaterinburg](#) formuliert: „Wir wollen eine demokratischere und gerechte multipolare Welt auf der Grundlage des Völkerrechts, der Gleichheit, des gegenseitigen Respekts, der Zusammenarbeit, des gemeinsamen Handelns und kollektiver Entscheidungen aller Staaten.“⁹ Oder [in Worten des chinesischen Staats- und Parteichefs](#): „Wir dürfen die Regeln nicht durch ein oder einige wenige Länder festlegen lassen, die sie den anderen aufzwingen oder Unilateralismus von gewissen Ländern zulassen, die der ganzen Welt die Richtung vorgeben wollen.“

Allerdings sind Umbrüche in der Hegemonialordnung der Welt immer auch gefährlich. Eine Harvard-Forschungsgruppe spricht von der *Thukydides-Falle*. Die Metapher bezieht sich auf den Peloponnesischen Krieg als Modellfall (431-404 v. Chr.), den der antike Historiker Thukydides aus eigener Anschauung beschrieben hat. Mit dem Krieg ging die Vorherrschaft über Griechenland von Athen auf Sparta über. Die Harvard-Studie hat zwanzig solcher Fälle durch die Geschichte der letzten 2000 Jahre hindurch untersucht. In sechzehn kam es demnach zum Krieg.¹⁰ Die etablierten Mächte wollen den status quo erhalten, die aufsteigenden wollen ihn verändern. Das führt zu einem enormen Anstieg von Rivalität und Konflikt. Unter kapitalistischen Verhältnissen kommt die ökonomische Konkurrenz der einzelnen Kapitalinteressen und deren staatlicher Standort hinzu. Ein Beispiel, das uns noch relativ nahe ist, ist der Erste Weltkrieg, der ebenfalls aus einem Thukydides-Moment entstand - was übrigens auch linke Imperialismustheorien jener Zeit ähnlich sahen.

4. Machtressourcen und Kräfteverhältnisse

Im Folgenden skizzieren wir die Kräfte- und Interessenskonstellation an der Spitze des internationalen Systems, in deren Kontext auch der Ukraine-Krieg einzuordnen ist. Wie in Kapitel 2. dargelegt, spielen die **Machtressourcen** eines Landes eine zentrale Rolle für das außenpolitische Verhalten eines Landes. Aus ihnen ergeben sich die **Kräfteverhältnisse** zwischen den Mächten. Denn welche Position ein Akteur in der Hierarchie der Weltordnung einnimmt, ergibt

9 BRICS = Kooperationsprojekt von Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika.

10 Allison, Graham (2017): *Destined for War: Can America and China Escape Thukydides's Trap?* Boston/New York.

sich nicht aus Wollen und Wünschen, sondern aus seinem Machtpotential. Zur Erinnerung: dessen wichtigste Komponenten sind Militär, Wirtschaft und Technologie, politischer Einfluss und Soft-Power.

4.1. Die USA und ihre Machtressourcen

Die USA wollen erklärtermaßen ihre Vormachtstellung um jeden Preis erhalten. Dazu unternehmen sie alles, um den weiteren Aufstieg Chinas zu stoppen und Russland in Schach zu halten. Letzteres begann schon sehr früh. So äußerte Ende Februar 1990 der damalige Präsident Bush (Senior): „Wir haben gesiegt und sie nicht. [...] Wir werden das Spiel gewinnen, aber wir müssen uns clever anstellen.“¹¹ In den Verteidigungsrichtlinien des Pentagons (*Defense Planning Guidance*) von 1992 heißt es: „Jede in Frage kommende feindliche Macht (ist) daran zu hindern, in einer Region dominant zu werden, die für unsere Interessen von ausschlaggebender Bedeutung ist. [...] Potenzielle Rivalen (sollen) erst gar nicht auf die Idee kommen, regional oder global eine größere Rolle spielen zu wollen.“¹²

Die Strategie fand ihre praktische Umsetzung in der NATO-Osterweiterung. Das sukzessive Heranrücken der Militäralianz der USA an die russischen Grenzen ist der harte Kern des geopolitischen Konflikts zwischen Russland und dem Westen. Das sah schon so 1995 der damalige russische Präsident [Jelzin, als er bei einem Gipfel mit Bill Clinton seine strikte Ablehnung erklärte](#). Das Thema ist also [keineswegs erst durch Putin auf die Tagesordnung](#) gekommen.

Die USA haben von Anfang an die Eindämmung Russlands kompromisslos durchgezogen. Sie glauben sich in der Lage dazu, weil sie quer durch alle Kategorien von Machtressourcen über Supermachtpotential verfügen:

- das mit Abstand stärkste **Militär** (s. Tabelle 2 im Anhang). Dazu ca. 120 Militärstützpunkte auf allen Kontinenten, sowie mit der NATO die Verfügung über ein Militärbündnis auf das 55% der globalen Rüstungsausgaben entfallen. Im pazifischen Raum sind sie dabei, anti-chinesische Allianzen – militärisch und ökonomisch zu etablieren. Hinzu kommen die globalen Überwachungs- und Beeinflussungsmöglichkeiten im Cyberspace.¹³ Hinzu kommt eine geographische Lage als Kontinent quasi in Insellage, die eine strategische Asymmetrie gegenüber allen anderen Großmächten konstituiert. Wenn sie ihre Kriege im Irak, in Afghanistan oder in Jugoslawien führen, ist das immer Tausende von Kilometern entfernt.
- das größte **ökonomische Potential** (s. Tabelle 1 im Anhang). Mit ihren transnationalen Konzernen im Finanzsektor und der digitalen Industrie, die die Avantgarde des zeitgenössischen Kapitalismus bilden, verfügen sie über globale Präsenz. Hinzu kommt die Rolle des Dollars als Weltwährung und der Zugriff auf die globale Finanzinfrastruktur, wie SWIFT oder das Kreditkartensystem. Durch ihr ökonomisches Potential verfügen sie auch über enormen extraterritorialen Ein-

11 Greiner, Bernd (2021): *Made in Washington. Was die USA seit 1945 in der Welt angerichtet haben.* München. S. 168

12 Greiner 2021, S. 164

13 So betrug z.B. das Budget der US-Geheimdienste 2013 schon 52,6 Milliarden Dollar, wie [die Veröffentlichungen Edward Snowdens](#) enthüllten. Im gleichen Jahr betragen [die russischen Militärausgaben 63,8 Milliarden US-Dollar](#).

fluss, weil sie ausländischen Unternehmen den Zugang zu ihrem Markt, zur Weltwährung und zur globalen Finanzinfrastruktur verwehren können. Unternehmen reagieren darauf meist mit vorauseilendem Gehorsam;

- **Technologieführerschaft** in vielen Bereichen, u.a. in strategisch wichtigen wie Mikrochips, Quantencomputing, Bio-Engineering etc.;
- **politische Vernetzung** durch den global größten diplomatischen Apparat, Einfluss in allen multilateralen Institutionen, sei es durch ihren Status als Vetomacht in der UNO oder die rechtlich abgesicherte Sperrminorität in IWF und Weltbank;
- **Soft-Power**, intellektueller Einfluss auf gesellschaftspolitische und kulturelle Narrative, Einfluss der Kulturindustrie (Popkultur, Hollywood, etc. incl. der kommerziellen Infrastruktur);

Damit verfügen sie über eine Bandbreite an Handlungsoptionen, wie sonst kein Land auf der Welt. Das ist verbunden mit einer strategischen Kultur, die diese Möglichkeiten auch rigoros nutzt. Wenn es im US-Interesse liegt, jederzeit auch ohne Rücksicht auf Völkerrecht und Menschenrechte, wie die lange Geschichte von Angriffskriegen, Regime-Changes und Unterstützung von Putschismus und Bürgerkriegen bis zum immer noch andauernden Drohnenkrieg gegen angebliche oder tatsächliche Terroristen belegt. Im Konflikt mit Russland wird das Machtpotential seit Jahren in voller Breite genutzt, allerdings unterhalb der Schwelle der offen militärischen Konfrontation. Unter dem etwas verharmlosenden Begriff „Sanktionen“ führt Washington einen Wirtschaftskrieg, der über die Jahre immer weiter eskaliert wurde. Regeln, wie das friedenspolitisch zentrale Prinzip der ungeteilten Sicherheit, also die Einsicht, dass Sicherheit nur gemeinsam nicht aber auf Kosten der anderen Seite erreicht werden kann, werden ignoriert. Seit Obamas Hinwendung nach Asien eskaliert auch der Einsatz der US-Machtmittel gegenüber China. Allerdings haben die schweren Verwerfungen in der Gesellschaft und im politischen System des Landes, die in der Ära Trump zu Tage traten - aber nicht vorbei sind - zu einer gewissen Erosion von politischem Einfluss und von Soft-Power geführt.

4.2. China und seine Machtressourcen

Der Aufstieg Chinas vom Entwicklungsland zur Supermacht ist nicht nur einmalig in der Menschheitsgeschichte, sondern auch ein Schock für die USA. Hier ist nicht der Raum, Chinas Gesellschaftsmodell – Staatskapitalismus, Sozialistische Marktwirtschaft etc. - zu erörtern. Festzuhalten sind aber zwei grundlegende Tatsachen, die auch geopolitisch höchst relevant sind:

- die Überwindung der absoluten Armut und zunehmender Massenwohlstand sind, vor allem im Vergleich mit Indien, das ähnliche Ausgangsbedingungen hatte, Ausdruck eines am gesellschaftlichen Gemeinwohl orientierten Entwicklungsmodells. Das Ende der Armut eröffnet durch die Teilnahme an Bildungs-, Gesundheitssystem und Kultur individuelle Selbstverwirklichungschancen und materialisiert so soziale Menschenrechte für Hunderte von Millionen. Das sichert eine breite

und seit Jahren wachsende Zustimmung der Bevölkerung, wie auch von westlicher Seite durchgeführte Umfragen bestätigen.¹⁴ Das gesellschaftliche Klima unterscheidet sich sehr von der Krisen- und Katastrophenstimmung in den westlichen Gesellschaften;

- **Conditio sine qua non** des Aufstiegs war die Rolle der KP. Wie immer man ansonsten das politische System des Landes beurteilt, fügt dies der üblichen geopolitischen Rivalität zu den USA eine zusätzliche Dimension hinzu, quasi einen ideologischen Systemkonflikt.¹⁵

Militärisch liegt China, gemessen an den Militärausgaben, an zweiter Stelle (s. Tabelle 2). Die chinesische Nukleardoktrin schließt einen atomaren Erstschlag aus. Die Zweitschlagskapazität ist derzeit nicht so groß wie die der USA und Russlands, aber so ausgelegt, dass sie bisher als ausreichend angesehen wurde. Anders als die USA, aber ähnlich wie Russland hat China das Problem der militärstrategischen Einschnürung. Bei einem Blick auf die Landkarte wird deutlich, dass sich das Land an seiner Seegrenze einer Kette aus US-Verbündeten und US-Militärstützpunkten gegenüber sieht. Die Kette beginnt im Norden mit Japan, geht über Südkorea, Taiwan, Guam, Australien, die pazifischen Stützpunkte des NATO-Partners Frankreich bis nach Singapur.

Hinzu kommen die schwimmenden Stützpunkte der USA in Gestalt der US-Flotte und ihrer Flugzeugträger, die regelmäßig im chinesischen Meer kreuzen. Hier liegt der harte Kern des Konflikts um Inseln und Atolle im südchinesischen Meer.

Ökonomisch ist China, was die absolute Größe seines BIP angeht, den USA dicht auf den Fersen. In Kaufkraftparitäten gerechnet wurden die USA sogar bereits deutlich überholt (s. Tabelle 1). Von besonderer Bedeutung ist dabei, dass China in den Avantgarde-Sektoren des zeitgenössischen Kapitalismus, wie der digitalen Industrie, mit den USA allmählich gleichzieht und in einigen Bereichen wie Künstliche Intelligenz oder Quantencomputing möglicherweise sogar schon vorne liegt. Auch in der Weltraumtechnologie gehört China neben den USA und Russland inzwischen zu den großen Drei. Hinzu kommt, dass China in Asien, im pazifischen Raum, Afrika und Lateinamerika ökonomisch immer stärker vernetzt ist, und mit dem Seidenstraßenprojekt eine ökonomisch-infrastrukturelle Verbindung zu Europa entsteht. Die ökonomischen Gewichte der Weltwirtschaft verschiebt sich deutlich nach Asien und China ist dessen Gravitationszentrum.

Allerdings ist zu berücksichtigen, dass der allgemeine Lebensstandard, gemessen am BIP pro Kopf, noch weit hinter dem der USA liegt (s. Tabelle 1). Hier liegt das Land auf einem Niveau wie Bulgarien.

Politisch: China ist ständiges UN-Sicherheitsratsmitglied. Über seinen langjährigen Status als Entwicklungsland in der sog. *Gruppe der 77*, ist es außerhalb der transatlantischen Zone bestens vernetzt.

¹⁴ So z.B. eine Umfrage der kanadischen Universität York (Le Monde, 19/20.7.2020. S. 2)

¹⁵ Damit wird China nicht zur Verwirklichung von Gesellschaftsutopien der europäischen Linken.

Kulturell ist die Ausstrahlung Chinas aufgrund der großen kulturellen Unterschiede im Westen gering. In Asien ist das jedoch anders. Darüber hinaus ist der Erfolg seines Entwicklungsmodells vielen Entwicklungs- und Schwellenländern China eine beträchtliche Soft-Power-Ressource. Chinas Rolle als Gegengewicht zu den USA ermöglicht es Ländern, sich von einer einseitigen Abhängigkeit der USA oder den alten Kolonialherren in Europa zu lösen. Das ist eine Konstellation, die bereits im Kalten Krieg 1.0 die Blockfreien-Bewegung ermöglichte.

4.3. Russland und seine Machtressourcen

Russland ist ein kapitalistisches Land, das mit dem Zerfall der Sowjetunion 1992 zur kapitalistischen Peripherie wurde. Der russische Kapitalismus leidet durch seine chaotische Entstehung unter einigen Deformationen, von denen das Oligarchenwesen und das Gewicht des Rohstoffsektors zu den wichtigsten gehören. In der Ära Jelzin war das Land kurz davor, ein *failed state* zu werden.

Deshalb konnte der kraftlose Protest Jelzins gegen die NATO-Osterweiterung oder den NATO-Krieg gegen Jugoslawien 1999 im Westen einfach ignoriert werden. Mit dem Amtsantritt Putins begann eine ökonomische und politische Konsolidierung, die auch mit einer Modernisierung der militärischen Fähigkeiten einher ging.

Anfängliche Versuche eine Partnerschaft mit den USA und EU auf Augenhöhe einzugehen, die sich z.B. nach dem 11. September 2001 in logistischer Unterstützung der USA im Krieg gegen den Terror zeigten, scheiterten an mangelnder Bereitschaft der USA.

Militärisch ist Russland eine Supermacht. Seine Nuklearstreitkräfte erreichen annähernd Parität mit den USA. Durch neue Technologien wie lenkbare Hyperschallgleiter, die die Raketenabwehr der USA durchdringen können, wird die atomare Zweitschlagskapazität gehärtet. Bei der konventionellen Rüstung ist Russland Großmacht, aber der NATO gegenüber deutlich unterlegen.

Unter diesen Bedingungen ist das große Sicherheitsproblem Moskaus die direkte Grenze mit der NATO in Estland und Lettland, sowie durch die Exklave Kaliningrad mit Polen und Litauen sowie etwa 200 km mit Norwegen in der Nordpolarregion. Von Estland aus ist die 100 km entfernte Metropole St. Petersburg schon mit Raketenartillerie erreichbar. Mit einer NATO-Mitgliedschaft der Ukraine wäre die NATO noch einmal an eine um 2.000 Kilometer längere Grenze vorgerückt. Die Vorwarnzeit für einen Enthauptungsschlag gegen Moskau würde auf fünf Minuten schrumpfen, und ein enormes Erpressungspotential entstehen lassen. **Hier liegt der Kern der russischen Bedrohungswahrnehmung.**

Eine weiteres Sicherheitsprobleme, entstand durch den chaotischen Zerfall der Sowjetunion an der russischen Peripherie. Dor gibt es russische Minderheiten, die oft diskriminierenden Bedingungen ausgesetzt sind, darunter auch in den EU-Ländern Estland und Lettland.¹⁶ In einigen Fällen hat das zu separatistischen Bestrebungen und territorialen Abspaltungen geführt, wie in Süd-Ossetien und Abchasien

gegenüber Georgien, in Transistrien gegenüber Moldawien, und seit 2014 besonders dramatisch in der Ukraine. In einem Klima gutnachbarschaftlicher Beziehungen, Kooperation und internationaler Entspannung wären solche Probleme lösbar. Dass Straßburg einmal deutsch war, spielt heute keine Rolle mehr, weil es eingebettet ist in kooperative, friedliche Strukturen. In einem Klima der Konfrontation und des Kalten Krieges erstarrt so etwas jedoch zu eingefrorenen Konflikten die dann von der Gegenseite instrumentalisiert, und schnell wieder zum heißen Konflikt werden.

Ökonomie: Mit seinem sozio-ökonomischen System – ein Mix aus Neoliberalismus, Staatskapitalismus und Resten sowjetischer Strukturen – ist es den weitaus dynamischeren USA (und auch China) gegenüber weit unterlegen (s. Tabelle 1). In Kaufkraftparitäten gemessen liegt sein BIP hinter Deutschland und vor Frankreich und Großbritannien. In Wechselkursparitäten kommt es nicht einmal unter die ersten Zehn des globalen Rankings, was allerdings an der Schwäche des Rubels liegt. Vom enormen Rohstoffreichtum des Landes werden vor allem Öl und Gas sowie Metalle genutzt. Im Hinblick auf den globalen Trend zur Dekarbonisierung beginnt neuerdings auch eine Orientierung auf Rohstoffe, die für die ökologische Wende benötigt werden, darunter Kobalt, Kupfer und seltene Erden, von denen große Mengen in sibirischem Boden liegen. Zudem verfügt Russland mit [63,8 Petawattstunden p.a.¹⁷ über die mit Abstand weltweit größten nutzbaren Windkraftkapazitäten](#). Die russische Landwirtschaft entwickelt sich recht dynamisch. So ist das Land heute der weltweit größte Weizenexporteur. Im für Weltmachtstatus wichtigen Bereich Spitzentechnologien kann Russland nur bei der Raumfahrt und Rüstungsgütern mithalten. In der Breite der technologischen Entwicklung ist es nicht Großmacht.

Politisch beruht Russlands Großmachtstatus vor allem auf der ständigen Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat. Seit geraumer Zeit ist auch eine Annäherung zu China im Gange, die den Charakter einer strategischen Partnerschaft angenommen hat. Ein Ergebnis des Ukraine-Krieg könnte sein, dass zwischen beiden Ländern die Lagerbildung verstärkt wird, wobei Russland vor allem ökonomisch und technologisch in die Rolle eines Juniorpartners geriete.

Die russische **Soft-Power** im Westen ist sehr gering.¹⁸ Schon seit geraumer Zeit ist im Westen eine sich steigernde mediale Feindbildproduktion im Gang. In den USA nahm sie McCarthyhafte Züge an, nachdem Hilary Clinton die Schuld an ihrer Wahlniederlage gegen Trump dem Kreml in die Schuhe schob. Mit dem Ukraine-Krieg wird sich das Ansehen des Landes im Westen vollends ins Minus drehen. Allerdings sieht das in China, Indien und so manchen Ländern Afrikas und Lateinamerikas anders aus. So ist z.B. Indiens Neutralität in diesem Krieg bemerkenswert. Sie bestätigt, dass die Transformation der Weltordnung zum Polyzentrismus nicht nur von China und Russland getragen wird. Von daher ist es eine Illusion, man könne Russland international isolieren und zu einem großen Nord-Korea machen.

¹⁶Golbeck, Matthias (2013): Russland, die baltischen Staaten und ihre Minderheiten. Arbeitspapier der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP). Forschungsgruppe Osteuropa und Eurasien, Berlin

¹⁷ 1 Petawatt = 1.000 Terawatt

¹⁸ Ganz im Gegensatz zur Sowjetzeit, als es weltweit Kommunistische Parteien gab, die mit Moskau sympathisierten.

Dennoch lässt sich unterm Strich festhalten, dass in der globalen Auseinandersetzung um die Struktur des Internationalen Systems Moskau gegenüber den USA aus einer strategischen Defensive agiert.

4.4. Die EU und ihre Machtressourcen

Seit geraumer Zeit strebt die EU einen Platz im Club der Weltmächte an. Es gibt kaum mehr ein Statement aus Brüssel, in dem nicht die Sehnsucht zum Ausdruck kommt, in der geopolitischen Champions League mitzuspielen. Um den Aufbau der Hardpower, d.h. militärische Fähigkeiten, voranzutreiben, wurde dazu die sog. *Ständige Strukturierte Zusammenarbeit* (PESCO) intensiviert, gemeinsame Rüstungsprojekte vor allem der großen Mitgliedsstaaten darunter ein Kampfflugzeug der neuen Generation und ein Panzer in deutsch-französischer Kooperation.¹⁹

Aber *Wollen* ist eine Sache, *Können* eine andere. So gibt es gute Gründe daran zu zweifeln, dass die EU Weltmacht wird. Denn sie ist kein Staat wie die USA, China oder Russland, sondern ein Hybrid aus einer *Allianz von Nationalstaaten* und Elementen *supranationaler Staatlichkeit*. Das ist eine komplizierte Schönwetterkonstruktion, die nicht über die Handlungsfähigkeit eines großen Nationalstaates verfügt und zudem seit einem Jahrzehnt von multiplen Krisen überrollt wird - von der Finanz- und Eurokrise, über die Flüchtlingskrise, den Brexit bis zu Corona.

Eine wirkliche strategische Autonomie, die der französische Präsident Macron in seiner Sorbonne-Rede 2017 proklamierte, wurde schon mit Bidens Amtsantritt unwahrscheinlich. Erst recht jetzt mit dem Ukraine-Krieg. Der transatlantische „Schulterschluss,“ auf den ersten Blick Wohlfühlxempel für Völkerfreundschaft, ist nüchtern betrachtet die Eingliederung der EU als subalterner Juniorpartner in das Lager der USA.

Washington ist es damit einmal mehr gelungen, eines seiner ältesten außenpolitischen Prinzipien Geltung zu verschaffen: **Kooperation zwischen Westeuropa und Russland unbedingt zu blockieren.** Diese Doktrin war bereits die Grundlage der US-Eindämmungsstrategie im Kalten Krieg 1.0 wie sie von dem damaligen Außenminister Dean Acheson (1949 -1953) prominent vertreten wurde, später von Henry Kissinger (Außenminister im Vietnam-Krieg) und danach dem einflussreichsten Vordenker der US-Geopolitik, Zbigniew Brzezinski.²⁰ Das wurde nach dem Ende der Sowjetunion fortgesetzt. In den o.g. zitierten US-Verteidigungsrichtlinien heißt es dazu: „Wir müssen darauf achten, dass es keine auf Europa zentrierten Sicherheitsvereinbarungen gibt, welche die NATO untergraben könnten.“²¹ Das richtete sich gegen das Konzept Gorbatschows vom *Gemeinsamen Haus Europa*, und das auch in Westeuropa durchaus Anklang gefunden hatte. So heißt es noch in der Präambel des Minsk II-Abkommens: „Die Staats- und Regierungschefs bekennen sich unverändert zur Vision eines gemeinsamen humanitären und wirtschaftlichen Raums vom Atlantik bis zum Pazifik,“ wie Hollande, Merkel, Poroschenko und Putin unterschrieben.

19 S. ausführlicher dazu: Wahl, Peter (2022): Die Illusion von der europäischen Armee. In: [Jacobin, 1.1.2022](#).

20 Brzezinski, Zbigniew (2016): *The Grand Chessboard. American Primacy and Its Geostrategic Imperatives*. New York

21 Greiner 2021, S. 164

5. Die ukrainische Eskalationsgeschichte²²

Die ukrainische Eskalationsgeschichte ist zum einen Teil der weltpolitischen Konstellation, wie sie hier skizziert wurde. Die Ukraine soll seit langem zum Außenposten in der Globalstrategie der USA ausgebaut werden. Zum anderen hat sie auch ihre eigene Dynamik. Der für die Konfliktgeschichte entscheidende Ausgangspunkt ist das in 4.3. erwähnte Problem, dass es nach dem Ende der UdSSR an der Peripherie Russlands in den 14 neu entstandenen Staaten²³ russische Minderheiten mit entsprechendem Konfliktpotential gab,²⁴ sowie in Kombination damit die US-Strategie der Eindämmung Russlands.

In jungen Staaten gibt es zudem die generelle Tendenz zu starkem Nationalismus. In der Ukraine ist er besonders aggressiv, und erhielt nach dem Maidan-Umsturz offiziellen Status. Russisch wurde als Amtssprache verboten, auch andere Minderheiten, wie die ungarische kamen unter Druck einer rigorosen Ukrainisierung. Die geschichtsrevisionistische Erzählung vom sog. *Holodorm*,²⁵ sowie die Heroisierung von Nazi-Kollaborateuren und Verantwortlichen für Judenpogrome wurden zum Nationalmythos.

Der Maidan, anfangs als Protest gegen Korruption und Oligarchen durchaus nicht ohne Legitimität, geriet bald unter rechtsextreme Hegemonie und wurde rasch geopolitisch instrumentalisiert. Der damalige deutsche Außenminister Westerwelle und die EU-Außenbeauftragte Ashton traten auf dem Maidan auf. Am stärksten involviert waren die USA mit der damaligen Botschafterin *Nuland*, berühmt geworden durch ihre Verachtung gegenüber Versuchen der EU („Fuck the EU“), eigenständige Interessen in der Krise 2014 zu verfolgen. Eine vernünftige politische Lösung, unter Beteiligung der französischen und deutschen Außenminister, nämlich Neuwahlen binnen einiger Monate später, wurde durch den Umsturz zunichte gemacht. Dennoch erkannte der Westen das neue Regime in Kiew sofort an. Anlass dieser Konflikttapete war der EU-Assoziierungsvertrag. Das Land war jahrhundertlang Teil des russischen Reiches. Der Vertrag erzwingt aber eine scharfe Kappung unzähliger historisch gewachsener Verbindungen. Ein legitimes Interesse Russland, in einem dreiseitigen Verständigungsprozess auch seine Interessen eine gewisse Berücksichtigung zu gewähren, wie das das z.B. bei der Trennung Großbritanniens von der EU der Fall war, wurde von Brüssel ignoriert.

Der Gegenschlag folgte dann mit dem Unabhängigkeitsreferendum auf der Krim, rechtlich mit dem Selbstbestimmungsrecht gerechtfertigt,²⁶ und die anschließende Integration der Halbinsel in die russische Föderation. Die Regie

22 Wir beschränken uns hier auf die Grundzüge und wichtigsten Stationen der Vorgeschichte des Krieges. Eine detaillierte Darstellung findet sich auf der [Homepage der Informationsstelle Militarismus \(IMI\)](#).

23 Estland, Lettland, Litauen, Belarus, Moldawien, Ukraine, Georgien, Armenien, Aserbeidschan, Kasachstan, Usbekistan, Turkmenistan, Tadschikistan, Kirgistan.

24 In einigen Fällen gibt es aus ähnlichen Gründen auch Konflikte zwischen den postsowjetischen Staaten, wie der Krieg zwischen Armenien und Aserbeidschan.

25 In Anspielung auf den Begriff Holocaust wird eine Hungersnot in den 1930er Jahren, die durch die stalinistische Landwirtschaftspolitik in vielen den Agrarregionen der Sowjetunion ausbrach, zu einem absichtsvoll auf die Ukraine gezielten Völkermord umgedeutet.

dafür wurde in Moskau geführt. In Zentrum stand dabei das russische Interesse, den Flottenstützpunkt in Sewastopol nicht in die Hände der NATO fallen zu lassen. Ein Blick auf die Landkarte zeigt auch ohne Studium an der Bundeswehrakademie, dass der Hafen der Schlüssel zur militärischen Kontrolle des nördlichen Schwarzen Meeres ist.

In einem informellen Referendum im Donbass, vergleichbar etwa der Abstimmung, wie sie Katalonien durchgeführt wurde, erklärten sich Donezk und Luhansk für unabhängig. Die Regierung Poroschenko erklärte die Separatisten zu Terroristen und schickte Armee und rechtsextreme Freischärler. Russland unterstützte die Separatisten mit Waffen und Beratern, was mit einer militärischen Niederlage Kiews endete.

Die damaligen Kräfteverhältnisse wurden dann in dem Minsker Abkommen (Minsk II) festgeschrieben. Kiew blockierte von Anfang an die Umsetzung von Minsk II, und von seinen westlichen Garantiemächten Frankreich und Deutschland kam außer Worten keine praktische Initiative. Stattdessen gab es im Donbass einen **Krieg niedriger Intensität**, dem 14.000 Menschen zum Opfer fielen. In der Ukraine wird also nicht erst seit dem 24. Februar geschossen.

Die Haltung des Westens zu Minsk II ermutigte Kiew eine ihm genehme Lösung der Probleme vorzubereiten. [Im Dekret Nr. 117 des ukrainischen Präsidenten vom 24.3.2021](#) wird die Vorbereitung von Maßnahmen angekündigt, um ‚die vorübergehende Besetzung‘ der Krim und des Donbass zu beenden. Die Regierung wurde beauftragt, einen entsprechenden ‚Aktionsplan‘ zu entwickeln.“

Die Reaktion Moskaus war jene Doppelstrategie, die der Westen schon länger für sich reklamiert: *Dialog und Stärke*. So forderte Putin einerseits den Stopp der NATO-Ausdehnung, keine Stationierung von Angriffswaffensystemen an den russischen Grenzen und eine Rückführung der NATO-Infrastruktur auf den Stand von 1997, als die NATO-Russland Akte vereinbart wurde. Zum anderen ließ er Truppen an der ukrainischen Grenze aufmarschieren.

Die USA beharrten kompromisslos auf der Verweigerung von Sicherheitsgarantien für Moskau und demonstrierten so einmal mehr, dass sie nicht bereit sind, das Prinzip der gleichen und ungeteilten Sicherheit zu akzeptieren.

Darauf folgte dann als Eskalationsstufe neuer Qualität der russische Angriff.

Putin rechtfertigt ihn mit seiner Bedrohungswahrnehmung: *„Das nennt man, das Messer an der Kehle zu haben.“* Es kann sein, dass er das tatsächlich so sieht, es kann auch sein, dass es nur vorgeschoben ist, so wie Tony Blair vor dem Angriff der *Koalition der Willigen* auf den Irak behauptete, [Saddam Hussein könne innerhalb 45 Minuten Mittelstreckenraketen mit biologischen oder chemischen Sprengköpfen abschießen](#).

Wie auch immer, hier stellt sich ein Grundproblem internationaler Beziehungen unter den gegenwärtigen Umständen: **die Rolle von Bedrohungswahrnehmungen und Feind-**

²⁶Nicht nur das Referendum brachte eine deutliche Mehrheit, auch westliche Meinungsumfragen kamen zum Ergebnis, dass die große Mehrheit der Bevölkerung zu Russland gehören will: Pew Research Center (2014): *Despite Concerns about Governance, Ukrainians Want to Remain One Country*. Washington. S. 6

bildern. Polen und Balten fühlen sich von Russland bedroht. Israel fühlt sich vom Iran bedroht. China fühlt sich von den USA bedroht. Der Iran fühlt sich von den USA bedroht. Taiwan fühlt sich von Peking bedroht. Armenien fühlt sich von Aserbeidschan bedroht. Man kann diese Liste noch lange fortsetzen. In allen Fällen kann es sein, dass etwas dran ist, ebenso wie es möglicherweise Propaganda sein kann - oft wohl auch eine Mischung aus beidem.

Die in Abschnitt 2. und 3. skizzierten Verhältnisse führen also generell zu einem Klima des Misstrauens in den internationalen Beziehungen.²⁷ Das kann man nicht mit Worten abbauen nach dem Motto *Aber-wir-wollen-euch-doch-gar-nichts-tun*, oder *ist-doch-in-Wirklichkeit-nicht-so-schlimm*, sondern geht nur durch Taten. D.h. hier wird die Bedeutung einer Politik **vertrauensbildender Maßnahmen** deutlich, die Schärfe und Spannungen aus dem System herausnehmen. Wenn Russland meint, die NATO an ihren Grenzen sei eine Bedrohung, was spricht dann eigentlich dagegen, dass die NATO sich den Grenzen fernhält? Überhaupt nichts, es sei denn die NATO verfolgt tatsächlich die Absicht, Spannungen zu erzeugen und Russland unter Druck zu setzen.

Kompromissfrieden statt Sieg und Rache

Zu jedem Zeitpunkt in einer Eskalationsspirale gibt es Alternativen. Die gab es zwischen Dezember 2021 und dem 24. Februar, als die Situation sich zuspitzte. Und es gibt sie auch, nachdem der Krieg begonnen hat, vorausgesetzt die entscheidenden Akteure haben den politischen Willen dazu. Gegenwärtig fordern Teile der Friedensbewegung von ihren Regierungen Waffenlieferungen an die Ukraine und/oder scharfe Sanktionen u.ä. Schritte gegen Russland, die von den NATO-Regierungen aber ohnehin schon längst unternommen werden. Sie begeben sich damit ins Schlepptau der NATO.

Gefragt ist dagegen eine Friedenspolitik, die *„vom systemischen Charakter der internationalen Beziehungen und damit einem dritten Standpunkt ausgeht.“*²⁸ Entscheidendes Kriterium für eine dritte, autonome Position jenseits von NATO und Russland muss sein, was das Beste für die Menschen in der Ukraine ist. Und das sind Maßnahmen, die so schnell wie möglich zum Ende des Krieges führen. Gefragt ist eine Paketlösung, deren Kern darin bestünde, die Kampfhandlungen zu beenden und die russischen Truppen zurückzuziehen, und die Russland Sicherheitsgarantien gibt und Verhandlungen zur Lösung der übrigen strittigen Fragen, wie Status des Donbass etc. beginnt.

Und es gilt, die Zeit nach dem Ende des Krieges in den Blick zu nehmen. Mit der Klimakatastrophe steht die Menschheit vor einer historisch einmaligen Herausforderung. Sie ist nur zu meistern, wenn an die Stelle von Machtpolitik, Rüstungswettlauf und Kriegen, eben Entspannung, Koexistenz und Kooperation treten.

²⁷ Daher denken Militärs ja auch immer in worst-case-Szenarien.

²⁸Wahl, Peter: *Krieg und Frieden in der multipolaren Welt-Unordnung*. In: Demirović, Alex et al. (2021): *Das Chaos verstehen. Welche Zukunft in Zeiten von Zivilisationskrise und Corona?* Hamburg. S. 97

Anhang

**Tabelle 1. BIP ausgewählter Länder im Vergleich.
Absolut/Pro Kopf & in Kaufkraft- und Wechselkursparitäten²⁹**

		BIP absolut		BIP pro Kopf	
		in Kaufkraft parität	In Wechselkurs parität	in Kaufkraft parität	in Wechselkurs parität
		Billionen USD		Tausend USD	
laufende Preise					
1.	China	29,38	18,46	20.670	12.990
2.	USA	24,80	24,80	74.730	74.730
3.	Indien	11,35	3,25	8.080	2.310
4.	Japan	5,97	5,38	47.840	43.120
5.	Deutschland	5,20	4,50	62.400	54.650
6.	Russland	4,70	1,70	32.210	11.660
7.	Frankreich	3,55	3,14	54.180	47.950
8.	UK	3,54	3,44	52.250	50.880
9.	Italien	2,80	2,27	48.520	38.170

Quelle: IWF, World Economic Outlook 2021 (October), datamapper:

<https://www.imf.org/external/datamapper/datasets/WEO>

Aufgerufen 12.3.2022

Tabelle 2: Rüstungsausgaben – Die Spitzenreiter Mrd. USD, in konstanten Preisen (2019)³⁰

	2000	2010	2020
USA	475,2	865,3	778,2
China	41,2	129,4	252,3
Indien	30,3	50,0	72,9
Russland	23,6	49,8	61,7
UK	48,7	63,2	59,2
Saudi Arabien	30,8	53,6	57,5
Deutschland	42,4	41,0	52,8
Frankreich	45,0	48,4	52,7

Quelle: SIPRI Database, sipri.org , Aufgerufen: 12.3.2022

Wir werden uns in weiteren Hintergrundpapieren mit Themen beschäftigen, die im Rahmen des vorliegenden Textes nicht oder nur andeutungsweise behandelt werden konnten. So z.B. mit den Zusammenhängen zwischen Binnenverfasstheit von Staaten und deren Außenpolitik, darunter die Imperialismusfrage, der Sicht des Globalen Südens und die Auswirkungen der Großmachtpolitik und des Ukraine-Krieges auf ihn, sowie der Rolle Chinas.

https://www.attac-netzwerk.de/fileadmin/user_upload/AGs/Globalisierung_und_Krieg/reader/20220318_AG_GuK_Ukraine.pdf

²⁹ Meist wird das Bruttoinlandsprodukt in Wechselkursparität angegeben. Nachteil ist, dass eine Auf- oder Abwertung der nationalen Währung eine Volkswirtschaft über Nacht stärker oder schwächer aussehen lässt. KKP legt dagegen einen Warenkorb zugrunde der die inländische Kaufkraft wiedergibt. Eine volkstümliche Erklärung liefert der sog. *Bic Mac Index*. Die Fast-Food-Frikadelle, überall auf der Welt gleich, kostet in New York 4,50 \$ in Oslo jedoch 8,50 \$, in Peking 2,50\$ und in Neu Dehli 1,20\$ (jeweils in Landeswährung). Die Preisunterschiede entstehen durch die unterschiedlichen Herstellungskosten. Was für den Big Mac gilt, gilt für alle inländischen Produkte und Dienstleistungen, bis hin zum Kampfflugzeug.

³⁰ Auch hier gilt das in der vorigen Fußnote genannte Problem: für Länder mit einem hohen Anteil inländischer Rüstungsproduktion (vor allem China und Russland) dürften die Zahlen bei einer Erfassung in Kaufkraftparitäten deutlich höher liegen.

Michael Tellmann

Wie Europa als Schlachtfeld globaler Großmachtkonkurrenz verhindern?

18. März 2022

Ganz Europa, nicht nur die Ukraine durch den Völkerrechtsbruch Russlands, läuft Gefahr zum Kriegsgebiet zu werden. Das wäre dann auch das Ende jeglicher Diskussion.

Ähnlich wie Ende der Achtzigerjahre mit den Mittelstreckenraketen, diesmal zugespitzt durch den russischen Krieg, tragen der US-amerikanisch dominierte Machtbereich und der Staat mit der größten Landmasse ihren Vorherrschaftskonflikt aus. Russland verfolgt dabei ähnliche Ziele wie die USA und einige NATO Staaten kontinuierlich in den letzten dreißig Jahren: militärisch und politisch organisierter Regimewechsel zur Sicherung und Ausweitung seines Einflusses.

Dabei tragen diesmal die europäischen Staaten wieder das Vernichtungsrisiko, während die Hauptmacht im westlichen Lager meint, im Konfliktfall schadlos davon zu kommen. In Falle einer Ausweitung des Krieges wird das nicht zuerst die USA treffen, sondern deren Stützpunkte z. B. in Ramstein und Büchel und andere wichtige Ziele. Das Schlachtfeld liegt dann zum dritten Mal in Europa.

Die Interessengegensätze zwischen der US-amerikanischen und der europäischen Wirtschaft, die in der Trump-Zeit deutlich wurden, bestehen weiter. Durch den russischen Krieg wird Europa abhängiger von amerikanischen Rohstoffen. Ein längerer Krieg in Europa schafft zusätzliche Absatzmöglichkeiten.

Geopolitisch haben die US-geführten Staaten China auch militärisch zum Gegner erklärt. Ein ihnen nächstliegendes oder in der Wahrnehmung seiner eigenen Interessen geschwächtes Russland ist eine wesentliche Voraussetzung für die Wirksamkeit der militärischen Drohung gegen China. Diese wiederum erhöht die Wahrscheinlichkeit kriegerischer Interessendurchsetzung.

Im aktuellen Konflikt tragen die europäischen Staaten das ganz überwiegende Schadensrisiko. Bereits jetzt durch die Sanktionspolitik. Es ist m. E. eine europäische Illusion, dies durch eine Beteiligung an der militärischen Konkurrenzstrategie unter US-amerikanischer Vorherrschaft begrenzen zu können. Das Interesse an der Kriegsvermeidung in Europa liegt aufgrund deren geringerer Betroffenheit nicht in den USA. Ein Schwächung gegenüber der US-Wirtschaft sehr wohl.

Risiko erhöhend kommt hinzu, dass kein Verlass auf halbwegs "vernünftiges Verhalten" der Entscheiderinnen* ist: Für die NATO-Seite durch die katastrophalen Ergebnisse der angezettelten Kriege belegt, auf russischer Seite durch die aktuelle Aggression.

Ich wiederhole daher meine Frage:

Wäre eine entmilitarisierte und bündnisfreie Zone – UNO-garantiert – von Finnland bis zu Schwarzen Meer eine Forderung, hinter der sich eine breite Mehrheit ähnlich dem « Krefelder Appell (1979) » versammeln ließe? Oder welche andere?

Veröffentlicht auf der [Seite der BAG Globalisierung und Krieg](#)

25. Februar 2022 – Wie kann die Kriegsbereitschaft in der Bevölkerung durch die sozialen Bewegungen gesenkt werden?

Welche der politischen Fakten, welche Argumentationen und welche Gefühle sind dazu am besten geeignet? Was heißt das z. B. für die Ostermärsche und den ersten Mai?

Warum halte ich diese Fragen für wichtiger als andere?

Der von Russland begonnene Krieg in der Ukraine birgt zusammen mit dem seit Jahren maßgeblich seitens der NATO-Staaten aufgebauten Spannung ein Risiko für einen weitaus größeren Krieg in Europa. Dieser muss verhindert werden.

Diese Risikoszenarien, verursacht durch Provokationen oder andere Auslöser, haben als einen wesentlichen, nicht alleinigen, Faktor immer die psychologische Kriegsbereitschaft der Bevölkerungen zur Bedingung. Sie wird von den politischen und militärischen Entscheiderinnen* tatsächlich mitgedacht und beeinflusst daher den Rahmen für riskante Szenarien.

Um die verschiedenen Analysen und Einschätzungen der Bewegungen scheren sich die Herrschenden dagegen nicht; die Bevölkerung sehr wenig. Sie dienen im wesentlichen der Selbstvergewisserung der Aktiven als Basis ihres politischen Wirkens. Einen Sinn haben sie nur insoweit sie tatsächlich der Senkung der Kriegsführungsfähigkeit dienen. Welche Stimmung in der Bevölkerung wollen wir im Frühjahr erreichen und wie soll sie unumgebar wirken?

Michael Lüders: Putin ist schuld! Aber auch der Westen trägt Verantwortung für die Dauerkrise um die Ukraine

<https://www.youtube.com/watch?v=-WAZ8UfGy3s>

Andreas Zumach zum Krieg in der Ukraine: <https://www.youtube.com/watch?v=k5S-Asfpnxc>

Viele Dokumente auf der Seite der Bundes-AG Globalisierung und Krieg:
<https://www.attac-netzwerk.de/ag-globalisierung-und-krieg/laender/ukraine/krieg#c130262>

Newsletter der [1/22](#) - [2/22](#)

Webseiten von Attac Deutschland: <https://www.attac.de/kampagnen/ukraine>
<https://www.attac.de/ziele/frieden-schaffen>

Norman Paech

Kiew - "Offene Stadt"

So können wir die Städte in der Ukraine retten

10. März 2022 - Niemand weiß, wie der Krieg weitergehen wird. Ob und wann er mit einem Friedensabkommen beendet werden kann, ist ebenso ungewiss. Bis dahin aber, und darüber gibt es keine Zweifel, werden die Kämpfe stärker, die Opfer an Menschen zahlreicher und die Zerstörungen immer furchtbarer. Es wird zwar über die Einrichtungen humanitärer Korridore aus den Städten gesprochen, aber sie schützen nicht vor der Zerstörung der Städte. Es wird auf oberer und oberster politischer Ebene untereinander und mit Vermittlern gesprochen, aber wir wissen nicht worüber. Nur eines ist sicher. Die ökonomische und politische Konfrontation soll mit noch härteren Sanktionen verschärft werden, und der Widerstand gegen die russische militärische Übermacht, d.h. der Krieg, soll mit der Lieferung neuer und wirksamerer Waffen gestärkt und verlängert werden. Die Voraussetzungen für einen strategischen Kompromiss zwischen USA/NATO und Russland sind offensichtlich noch nicht gegeben. Die Ukraine liefert in diesem, nach dem Untergang des Ostblocks 1989/1990 neuen kalten Krieg nur das bedauerliche heiße Schlachtfeld, welches allerdings im „Großen Schachbrett“ von Zbigniew Brzezinski schon vor 25 Jahren vorausgesagt worden war.

In der Friedensbewegung wird gefordert, die Kriegslogik durch eine Friedenslogik zu ersetzen: „Deeskalation, Diplomatie, sofortige Einstellung der Kriegshandlungen, Rückzug der Waffen, Verhandlung und Vermittlung zwischen den Konfliktparteien, Schutz und Stärkung des Völkerrechts, Schaffung einer europäischen und globalen Friedensarchitektur unter Einschluss Russlands und Chinas.“ Alles alte Mahnungen, ein Reden gegen die Wand.

Es fragt sich doch: Gibt es für die Menschen auf diesem Schlachtfeld keine andere Alternative, als in dem blutigen Kampf um die strategische Oberhoheit im mehr oder weniger heroischen Widerstand unterzugehen? Die Vorstellung vom möglichen Frieden ist offensichtlich immer noch so sehr militarisiert, dass in ihnen Überlegungen einer Kapitulation oder der Erklärung zu „unverteidigten Städten“ als blanker Defätismus undenkbar sind. Eine Kapitulation ist ein offensichtliches no go, auch weil der ehemalige ukrainische und moskaunahe Präsident Viktor Janukowitsch das vom gegenwärtigen Präsidenten Wolodomyr Selenski gefordert hat.

Wäre es aber nicht möglich, die Waffenstillstandsverhandlungen dadurch zu beschleunigen, dass die derzeit belagerten und am meisten gefährdeten Städte Kiew, Mariupol und Charkiw, aber auch Odessa und andere Orte sich zu „unverteidigten Stätten“ erklären? Die Haager Landkriegsordnung von 1907 hat diese Möglichkeit zum ersten Mal in Artikel 25 definiert: „Es ist untersagt, unverteidigte Städte, Dörfer, Wohnstätten oder Gebäude, mit welchen Mitteln es auch sei, anzugreifen oder zu beschießen.“ So allgemein und unscharf dieser Ausweg formuliert ist, er ist während des Zweiten Weltkriegs von zahlreichen Städten in der Angst

vor der brutalen Kriegsführung der Nazi gewählt worden: Rotterdam 1940, Paris, Brüssel, Belgrad 1941, Rom 1943, Orvieto, Florenz, Athen 1944 etc. Nicht immer hat diese Erklärung die Städte vor der brutalen Zerstörung durch die deutsche Armee bewahrt. So wurden Rotterdam und Belgrad von der deutschen Luftwaffe bombardiert. Noch kurz vor Kriegsende im April 1945 konnten sich zwei deutsche Städte, Ahlen und Gotha, erfolgreich vor den Angriffen der Alliierten durch ihre Erklärung zu „offenen Städten“ schützen. Magdeburg hingegen erklärte sich am 7. April 1945 nicht zur „offenen Stadt“ sondern zur Festung, die sich bis zum letzten Blutstropfen verteidigen würde. Nach einem schweren Luftangriff 12 Tage später wurde die Stadt nahezu dem Erdboden gleichgemacht und von den Amerikanern besetzt.

1977 wurde das Konzept vom 1. Zusatzprotokoll zu den Genfer Abkommen von 1949 in Art. 59 fast wortgleich übernommen. Es wurden nur einige Voraussetzungen für die Erklärung in Absatz zwei hinzugefügt: So müssen alle Kombattanten sowie die beweglichen Waffen und die bewegliche militärische Ausrüstung verlegt worden sein. Militärische Anlagen oder Einrichtungen dürfen nicht zu feindseligen Handlungen benutzt werden. Behörden und Bevölkerung dürfen keine feindseligen Handlungen begehen. Schließlich darf nichts zur Unterstützung von Kriegshandlungen unternommen werden.

In den Kriegen der Nachkriegszeit, vom Koreakrieg über den Vietnamkrieg bis zu den Kriegen gegen Jugoslawien, Afghanistan, Irak, Libyen und Syrien spielten „unverteidigte Städte“ als effektiver Schutz vor Zerstörung und Vernichtung faktisch keine Rolle. Das humanitäre Völkerrecht der Haager und Genfer Konventionen ging in den Kampfhandlungen regelmäßig unter. Die zahlreichen Kriegsverbrechen wurden nur im Jugoslawienkrieg und dort vorwiegend nur gegen Serben, Kroaten, Kosovo-Albaner und Bosnier verfolgt. Die Seite der Angreifer, der NATO, blieb ungeschooren. Es war schließlich ihr Gericht.

Das Konzept der „unverteidigten Orte“ ist aus dem humanitären Völkerrecht nicht getilgt worden. Es ist vergessen worden. Was spricht dagegen, es jetzt wieder hervorzuholen? Die Vereinbarung eines Waffenstillstandes ist ungewiss und mag noch lange auf sich warten lassen. Die Opfer und das Leiden, Flucht oder Tod sind das Einzige, was die Menschen in den belagerten Städten mit Sicherheit erreichen werden. Sie haben faktisch nur die Wahl zwischen einer russischen Besetzung in einer halbwegs noch intakten oder weitgehend zerstörten Stadt. In der Kriegslogik mag die Übergabe der „offenen Stadt“ als Feigheit vor dem Feind gelten, in der Friedenslogik ist es die Klugheit vor einem Gegner, mit dem man sich in einer verträglichen Form auch nach dem Krieg arrangieren muss – um der Menschen willen.

<http://www.norman-paech.de/>

Appell: Demokratie und Sozialstaat bewahren Keine Hochrüstung ins Grundgesetz!

22. März 2022 <https://derappell.de>

(Der Appell kann unterschrieben werden)

Am 24. Februar überfiel Russland unter Präsident Wladimir Putin die Ukraine. Schon jetzt hat dieser Krieg Tausende Opfer gefordert und Hunderttausende die Heimat gekostet.

Dieser Krieg ist durch nichts zu rechtfertigen. Putin trägt die volle Verantwortung für die Toten und die Menschen auf der Flucht. Putins Begründungen für den Krieg sind Lügen und Propaganda.

Wir machen uns große Sorgen über die Zukunft von Frieden und Sicherheit in Europa und der Welt. Diese Angst verbindet uns mit den Hunderttausenden Menschen, die nach Beginn des Krieges allein in Köln, Berlin, München, Frankfurt, Hamburg und Hunderten anderen Städten auf die Straße gingen und dort ihrer Empörung über Putins Krieg, ihre Solidarität mit der ukrainischen Bevölkerung, ihrer Angst vor einer weiteren Eskalation und ihrem Wunsch nach Frieden und Sicherheit Ausdruck verliehen. Mit ihnen gemeinsam haben wir gegen Putins Krieg und für Frieden demonstriert.

Diese Demonstrationen waren die größten Friedensdemonstrationen seit den Protesten gegen den Irakkrieg im Jahr 2003. Noch am selben Tag, an dem in Berlin die Menschen gegen den Krieg auf die Straße gingen, präsentierte die Bundesregierung mit Unterstützung der CDU/CSU ein Maßnahmenpaket, das die größte Aufrüstung Deutschlands seit Ende des Zweiten Weltkriegs vorsieht. Eine massive Hochrüstung der Bundeswehr hilft den Menschen in der Ukraine nicht. Die neu anzuschaffenden Waffen werden die Ukrainer:innen in ihrem Kampf und Recht auf Selbstverteidigung nicht unterstützen.

Schon jetzt übersteigen die »Verteidigungsausgaben« aller 30 NATO-Staaten die russischen um fast das Zwanzigfache. Die Anschaffung von konventionellen Waffen wie Kampfflugzeugen und bewaffnungsfähigen Drohnen als Abschreckung unter atomaren Militärblocken ist sinnlos.

Die NATO-Länder und auch Deutschland haben schon vor 2014, das heißt lange bevor es den Ukraine Konflikt gab, begonnen, ihre Rüstungsausgaben deutlich zu steigern. Teile der Hochrüstungspläne finden sich schon im Koalitionsvertrag, weit vor den ersten Warnungen vor einer bevorstehenden russischen Invasion. Dieser Krieg und die fürchterlichen Bilder der Toten und Zerstörungen in der Ukraine können jedoch eine radikale Kursänderung in der deutschen Außenpolitik und die höchste Steigerung der deutschen Rüstungsausgaben seit dem Zweiten Weltkrieg – gar durch eine Grundgesetzänderung – nicht rechtfertigen.

Eine solche Wende der deutschen Außenpolitik um 180 Grad, mit entsprechend dramatischen Folgen auch für die Innenpolitik – für den Sozialstaat, für Liberalität und Mitmenschlichkeit – ganz ohne breite gesellschaftliche Debatte, ohne parlamentarische, ja sogar ganz ohne innerparteiliche Debatte zu beschließen, wäre ein demokratiepolitischer Skandal.

Zusätzlich zu den bisherigen 49 Milliarden Rüstungsausgaben im Haushalt 2022 sollen noch in diesem Jahr 100 Milliarden als Sondervermögen eingestellt werden, das der Bundeswehr über mehrere Jahre zur Verfügung stehen soll. Diese Summe entspricht den Ausgaben mehrerer Bundesministerien, darunter so wichtige Ressorts wie Gesundheit (16,03 Mrd.), Bildung und Forschung (19,36 Mrd.), Innen, Bau und Heimat (18,52 Mrd.), Familie, Senioren, Frauen und Jugend (12,16 Mrd.), Wirtschaft und Energie (9,81 Mrd.), Umwelt (2,7 Mrd.), Zusammenarbeit und Entwicklung (10,8 Mrd.) sowie Ernährung und Landwirtschaft (6,98 Mrd.). Zukünftig sollen dann dauerhaft 2% des Bruttoinlandsprodukts für Rüstung ausgegeben werden.

Damit würden diese Ausgaben auf deutlich über 70 Milliarden Euro jährlich steigen. Gleichzeitig will die Bundesregierung an der »Schuldenbremse« festhalten, was langfristig die Frage unserer demokratischen Prioritäten aufwirft und die Gefahr massiver Kürzungen im sozialen, im kulturellen, im öffentlichen Bereich mit sich bringt. Diese politische Weichenstellung zusätzlich mit einer Grundgesetzverankerung auch für zukünftige Regierungen verpflichtend zu machen, lehnen wir im Namen der Demokratie ab. Nicht Hochrüstung, sondern Sicherheit und soziale Gerechtigkeit sind Auftrag des Grundgesetzes.

Die auf Jahrzehnte geplante Hochrüstung beendet das Sterben in der Ukraine nicht und macht unsere Welt nicht friedlicher und nicht sicherer.

Wir fordern statt Entscheidungen, die quasi über Nacht und im kleinsten Kreis getroffen werden, die **breite demokratische Diskussion über ein umfassendes Sicherheitskonzept**, das die Sicherheit vor militärischen Angriffen genauso einschließt wie pandemische und ökologische Aspekte und dem das Konzept der Einheit von Sicherheit und gemeinsamer Entwicklung zugrunde liegt.

Wir sind konfrontiert mit Krieg und unendlichem Leid, mit Flucht, mit Armut und sozialer Unsicherheit, mit einer globalen Pandemie, die aufgezeigt hat, wie unsere Gesundheitssysteme auf Kante genäht sind, mit einer öffentlichen Infrastruktur, deren jahrzehntelange Vernachlässigung uns heute teuer zu stehen kommt, einer Kulturszene, die auf dem Zahnfleisch geht, und mit einer Klimakatastrophe, die genauso wenig vor Staatsgrenzen Halt macht und immense Investitionen in Zukunftstechnologien und soziale Abfederung erforderlich macht. **Die auf Jahrzehnte geplante Hochrüstung beendet das Sterben in der Ukraine nicht, macht unsere Welt nicht friedlicher und nicht sicherer. Wir können sie uns im Namen der Zukunft nicht leisten.**

Kampagne Stopp Air Base Ramstein

<https://www.ramstein-kampagne.eu>



Wissenschaftlicher Beirat von Attac Spanien NEIN ZUM KRIEG



25. Februar 2022 - Die Situation extremer politischer und militärischer Spannungen, die sich in den letzten Monaten in Europa entwickelt hat, hat zu einer russischen Militärintervention in der Ukraine geführt, die den Frieden auf unserem Kontinent ernsthaft gefährdet.

Die von den streitenden Parteien, Russland und den NATO-Mitgliedstaaten, angeführten Gründe zur Verteidigung ihrer Positionen – Sicherheit, Souveränität, Freiheit usw. – sowie die Verfestigung und Unbeweglichkeit ihrer Positionen erinnern an historische Momente vor dem Ausbruch schwerer Konflikte mit schrecklichen wirtschaftlichen und menschlichen Folgen für Millionen von Menschen.

DAS KÖNNEN WIR NICHT HINNEHMEN.

Die europäische Bevölkerung wird in ein geopolitisches Spiel hineingezogen, bei dem sie nichts zu gewinnen hat. Es sind wie immer die großen Wirtschaftsmächte, die von der Konfrontation profitieren wollen.

Die Medien haben Falschmeldungen wie die über die Absichten des Gegners verbreitet und die Bevölkerung aufgewiegelt, um sie auf das vorzubereiten, was man für selbstverständlich hielt: die Unvermeidlichkeit eines gewaltsamen Krieges.

Ohne andere Ansätze zu unterschätzen, die dazu beitragen, den aktuellen Konflikt als einen weiteren derjenigen zu verstehen, die die Mächte aufgrund ihrer gegensätzlichen geopolitischen und wirtschaftlichen Interessen gegeneinander ausspielen, möchte Attac die Ernsthaftigkeit der direktesten und unmittelbarsten Folgen der militärischen Auseinandersetzung hervorheben. Einerseits die Vergrößerung der

Macht und der Profite der Rüstungs- und Energie-spekulationsindustrien, beides Synthesen des gegenwärtigen Faktotums der „Großinvestitionsfonds“. Andererseits das Leid und die Verarmung der Masse der betroffenen Bürger, die mit dem Ausbruch des Krieges zusätzlich zu den schweren menschlichen Verlusten, der Zerstörung von Wohnraum und einem drastischen Anstieg der Preise für alle von den Energiepreisen abhängigen Waren und Dienstleistungen leiden werden. Wir brauchen uns nur daran zu erinnern, wie es Ländern ergangen ist, die „befreienden“ Kriege erlebt haben.

In der gegenwärtigen Situation ist es dringend erforderlich, sich dieser militärischen Ausweitung des Konflikts, die schwerwiegende Folgen für das Weltsystem hat, in dem wir leben, so geschlossen und energisch wie möglich entgegenzustellen. Es wird Zeit sein, die Bedingungen für eine diplomatische und verhandelte Lösung des Konflikts vorzuschlagen.

Die Anwendung von Gewalt muss absolut und für immer aus den internationalen Beziehungen verbannt werden. Attac Spanien und sein wissenschaftlicher Rat rufen die spanischen und europäischen sozialen Bewegungen dazu auf, sich einer notwendigen und dringenden Mobilisierung der Bürger für ein NEIN ZUM KRIEG anzuschließen.

<https://attac.es/category/attaces/consejo-cientifico/>

S. auch: <https://attac.es/no-a-la-guerra/>

Betsey Piette, International Action Center (USA): Kein Fracking-Gas!

30. März 2022 – PR-Firmen der Energieindustrie hatten die Botschaft, dass die Menschen in den USA die Umweltrisiken, die sich aus Fracking ergeben, akzeptieren müssen, damit die USA "Energieunabhängigkeit" erreichen können. Doch im April 2014, nach dem Putsch in der Ukraine im Februar, wurden im US-Kongress zwei Gesetzesvorlagen eingebracht, die darauf abzielen, die US-amerikanischen LNG-Exporte nach Europa zu beschleunigen. Auf einem NATO-Sondergipfel in Brüssel am 25. März kündigte Präsident Joe Biden an, dass die USA die Exporte von flüssigem Erdgas (LNG) nach Europa beschleunigen und im Jahr 2022 zusätzlich zu den Exporten von 22 Milliarden Kubikmetern (bcm) zusätzliche 15 Milliarden Kubikmeter (bcm) LNG-Lieferungen auf Seetankern senden werden.

Fracking setzt giftige und krebserregende Chemikalien in die Umwelt frei, verschwendet Millionen von Gallonen lebenswichtiger Wasserressourcen und kontaminiert Luft und Wasser in Gemeinden, die an Fracking-Brunnen angrenzen. Im Vergleich zu erneuerbaren Energien emittiert die Produktion von LNG 14-mal so viel Kohlenstoff wie Solarenergie und 50-mal so viel Kohlenstoff wie Windkraft. "In jedem Schritt seines Lebenszyklus - von der Gewinnung

über die Verarbeitung bis hin zur Lagerung und zum Transport - emittiert LNG Methan", sagte Marisa Guerrero vom Natural Resources Defense Council (NRDC).

LNG muss auf Temperaturen von minus 259 ° F gekühlt und während des gesamten Transports - ob per Schiff, Bahn oder LKW - auf diese extreme Temperatur gehalten werden - ein sehr energieintensiver Prozess. Um es wieder auf normale Temperatur zu erwärmen, ist noch mehr Energie erforderlich. Insgesamt ist LNG für fast doppelt so hohe Treibhausgasemissionen verantwortlich wie gewöhnliches Erdgas.

Anlagen für fossile Brennstoffe, einschließlich solcher, die für die Verarbeitung und den Versand von LNG gebaut wurden, befinden sich überproportional in der Nähe von einkommensschwachen Vierteln und in farbigen Gemeinschaften.

Der LNG-Transport zu und von Exportterminals ist riskant. Die Trump-Regierung erlaubte, dass hochexplosives LNG auf der Schiene transportiert wurde.

Seit Jahrzehnten bringt Fracking US-Arbeiter und Gemeinden in Gefahr. Die Ausweitung der LNG-Exporte zusätzlich zum Krieg macht die Sache für alle noch schlimmer.

Auszüge aus: <https://www.attac-netzwerk.de/ag-globalisierung-und-krieg/appelle/2022/20220330-iac-bp-war-for-oil>

Frankreich: Aufruf vieler Organisationen, u.a. Attac NEIN ZUM KRIEG IN DER UKRAINE!

KRIEG IST NIEMALS DIE LÖSUNG - JA ZU EINER POLITISCHEN VERHANDLUNGSLÖSUNG!

12. Februar 2022

Die Spannungen zwischen den USA und Russland - zwei Atommächten - erreichen alarmierende Ausmaße mit massiven russischen Truppenbewegungen an den Grenzen der Ukraine einerseits und Waffenlieferungen und Truppenentsendungen durch die NATO in die Nachbarländer andererseits. Diese Politik der Konfrontation kann nur Verlierer hervorbringen.

Wir sind nicht vor Provokationen gefeit, die zu einem Krieg großen Ausmaßes führen würden.

Die Ukraine zahlt einen hohen wirtschaftlichen und menschlichen Preis für die nationalistischen Feindseligkeiten, die auf internationaler Ebene geschürt werden. Diese Spannungen können weit über das Konfliktgebiet hinaus sehr negative Folgen für alle Völker Europas haben, z. B. explodierende Gaspreise...

Wir entscheiden uns für den Weg des Dialogs und des Friedens. Es gibt diplomatische Lösungen für die Krise.

Wir verurteilen die geopolitischen Spiele, die sowohl seitens der Russischen Föderation, der Europäischen Union, der NATO und anderer am Werk sind...

Wir fordern alle Politiker auf, nicht länger der militärischen Logik zu folgen, sondern dem Streben der Völker nach Frieden Geltung zu verschaffen.

Alle Völker ohne Ausnahme - die mit einer globalen Krise (Klima, Gesundheit, Soziales ...) konfrontiert sind, die die Ärmsten und Schwächsten trifft - haben nichts von einem neuen Krieg zu gewinnen!

Die Prioritäten für die Völker und die Zukunft der Menschheit lauten: Frieden, Klima, soziale Gerechtigkeit, Verwirklichung der Menschenrechte, Abrüstung!

Wir fordern:

1. Sofortige Verhandlungen zur Deeskalation.
2. Ein Ende der Drohungen, der Truppenkonzentrationen der NATO und Russlands und der Waffenlieferungen an alle Parteien.
3. Ein Waffenstillstand in der Ukraine und die Umsetzung bestehender Vereinbarungen.
4. Dass die Vereinten Nationen der bevorzugte Rahmen für die Erarbeitung politischer und diplomatischer Lösungen zur Lösung der Ukraine-Frage sind.

Auf dieser Grundlage rufen wir zu möglichst breiten Mobilisierungen ab dem 12. Februar 2022 auf.

Original und Liste der unterzeichnenden Organisationen: mvpaix.org

**24. Februar 2022 - Nationales Bündnis der Friedensmärsche
MEHR DENN JE: NEIN ZUM
KRIEG IN DER UKRAINE!**

Verurteilung des militärischen Angriffs Russlands auf die Ukraine

Ab heute mobilisieren wir alle in ganz Frankreich für den Frieden mit drei Schwerpunkten am Samstag, den 26. Februar, Mittwoch, den 2. März 2022 und Samstag, den 5. März 2022.

france.attac.org

Paris, den 24. März 2022 -

**Mouvement de la paix
NATIONALER UND INTERNATIONALER AUFRUF
DER FRIEDENSBEWEGUNG**

Die Friedensbewegung ruft zu einer starken Mobilisierungszeit in ganz Frankreich auf.

Lassen Sie uns alle gemeinsam unsere Ablehnung von Krieg und unsere unwiderrufliche Verurteilung der militärischen Aggression Russlands gegen die Ukraine bekräftigen. **"Verflucht seien alle vergangenen und gegenwärtigen Kriege"**.

Krieg ist niemals eine Lösung und stellt sowohl in der Ukraine als auch anderswo eine Sackgasse dar!

Eine weltweite Mobilisierung der Friedenskräfte ist notwendig, um das Schlimmste zu verhindern und eine Verhandlungslösung für den Konflikt zu erreichen.

Die Friedensbewegung :

- Bekräftigt ihre Verurteilung der militärischen Aggression Russlands gegen die Ukraine.

- Fordert einen sofortigen Waffenstillstand ohne Vorbedingungen und den Rückzug der russischen Truppen.

- Bekräftigt seine Solidarität mit dem ukrainischen Volk und ruft zur Umsetzung einer humanitären Solidarität mit dem ukrainischen Volk und allen Völkern auf, die heute Opfer von Kriegen sind (Jemen, Palästina, Sudan und "Afrika", Syrien, Libyen, Burma...).

- ruft dazu auf, die Aktivitäten von Wohltätigkeitsorganisationen (Secours Populaire, Secours Catholique, Internationales Rotes Kreuz), aber auch des UN-HCR... zu unterstützen.

- Unterstützt die Friedensakteure, die sich in Russland diesem Krieg entgegenstellen.

Aber das reicht nicht mehr aus!

Wir fordern von Frankreich und allen führenden Politikern der Welt, dass sie ihre Anstrengungen bündeln, um sofort einen Waffenstillstand zu erreichen und die Elemente einer Verhandlungslösung zu schaffen, die der einzige Ausweg ist, um eine Spirale mit angekündigten, aber für alle Bevölkerungen unerträglichen Folgen zu verhindern. Sie dürfen nicht noch einmal die Folgen des Krieges tragen, und der absichtliche oder irrtümliche Einsatz von Massenvernichtungswaffen muss verhindert werden, insbesondere von Atomwaffen, die durch ihre Miniaturisierung noch gefährlicher und leichter einsetzbar sind.

Wir rufen dazu auf, den internationalen Aufruf "Verflucht sei der Krieg" weltweit erneut zu unterzeichnen:

www.change.org/p/maudite-soit-la-guerre-construisons-la-paix

Die Friedensbewegung ruft zu einem Aufstand des Gewissens aller Bürgerinnen und Bürger, aller repräsentativen Organisationen; Gewerkschaften, Politiker, Vereine, Wohltätigkeitsorganisationen, Humanisten usw., mit denen wir eine gemeinsame Ablehnung aller Kriege teilen, auf.[...] Angesichts des Ernstes der Lage ist Eile geboten, um das Schlimmste zu verhindern, aber auch, um den Herausforderungen der heutigen Welt (globale Erwärmung und eine immer weiter verbreitete soziale Krise, die durch den Krieg in der Ukraine noch verschärft wird) zu begegnen.

Die Friedensbewegung nimmt auf internationaler Ebene die breitesten Kontakte auf, um so schnell wie möglich einen weltweiten Aktionstag zu realisieren.

Realistisch sein bedeutet, überall in Frankreich und in der Welt zu bekräftigen, dass die Menschheit keinen anderen Weg zu einer menschlicheren Zukunft hat als den Frieden und die Entstehung einer Kultur des Friedens unter Einhaltung der Charta der Vereinten Nationen.

Mvpaix.org

Koordinierungskreis von Attac Deutschland Für eine Politik des Friedens

11. März 2022 -

Angesichts der andauernden Kriegshandlungen in der Ukraine fordert Attac Deutschland weiterhin einen **sofortigen Waffenstillstand und Verhandlungen zur Wiederherstellung geordneter Lebensbedingungen der Bevölkerung**. Die russische Führung muss umgehend mit dem Rückzug ihrer Truppen vom Territorium der Ukraine beginnen. Ihre militärische Invasion ist ein eklatanter Bruch des Völkerrechts, der durch nichts, auch nicht durch die Konfrontationspolitik der NATO und der USA, zu rechtfertigen ist.

Erfreulich ist, dass sich ein großer Teil der zivilgesellschaftlichen Kräfte in Deutschland, in Europa und weltweit zusammenschließt, um gemeinsam **mit Aktionen und Demonstrationen ein Zeichen für ein Ende des Krieges und eine friedliche Welt zu setzen**. Attac ist Teil dieser Bewegung; unsere Solidarität gilt außerdem allen zivilgesellschaftlichen, emanzipatorischen Kräften auf beiden Seiten des Krieges, die sich für ein Ende des Krieges einsetzen.

Erfreulich ist auch die große Welle der **Hilfsbereitschaft, die Flüchtenden aus der Ukraine entgegengebracht wird**. Attac verurteilt allerdings, dass in der Flüchtlingspolitik dabei doppelte Standards angelegt werden. Dies beginnt bei der Ungleichbehandlung von People of Colour, die aus der Ukraine flüchten, und betrifft ebenso Menschen, die aus Syrien, Afghanistan oder aus anderen Konfliktregionen fliehen: Alle, die vor Krieg und Vertreibung fliehen, müssen unabhängig von ihrer Hautfarbe und Herkunft aufgenommen, ebenso muss Deserteuren*innen Asyl gewährt werden. **Weder dürfen bei der Aufnahmepraxis rassistische Maßstäbe angesetzt werden, noch darf es zu rassistischen Übergriffen auf Russ*innen und Menschen russischer Herkunft kommen**, die in Deutschland leben.

Die zum Teil hastigen und reflexartigen Reaktionen von Politik und Medien auf diesen Krieg geben dagegen Anlass zur Sorge. Die Stimmen, die darauf drängen, friedliche Möglichkeiten zur Beilegung des Konflikts auszuloten, bekommen medial wenig Raum in einer Stimmung, in der nach Aufrüstung verlangt und fast nebenbei über den Haufen geworfen wird, was eigentlich längst Konsens war, wie die Abschaffung der Wehrpflicht oder der Atomausstieg. Dies gleicht einer **inneren Mobilmachung, mit der medial die Kriegsbereitschaft auch der deutschen Bevölkerung angefacht wird**. Wir brauchen deutlicher vernehmbare Stimmen, die sich für eine Politik des Friedens einsetzen; Attac bemüht sich, eine dieser Stimmen zu sein.

Die Wiederherstellung und Sicherung eines stabilen Friedens in Europa erfordern **Verhandlungen**, die sowohl den Sicherheitsinteressen aller Beteiligten Rechnung tragen als

auch dem Recht, selbst zu entscheiden, in welche politische Richtung sich ihre Gesellschaften verändern wollen.

Die Rückkehr zu den Gesprächen im Minsk II-Format, der Verzicht auf eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine und der gegenseitige Verzicht auf Offensivwaffen an den Grenzen von Nachbarländern zu stationieren, die sich dadurch bedroht fühlen, könnten den Weg zu einer erfolgreichen Verhandlungslösung markieren, der in einen Verhandlungsprozess für eine neue europäische Sicherheitsarchitektur mündet.

Attac lehnt den massiven Aufrüstungsschub der Bundesregierung ab, insbesondere den 100-Milliarden-Sonderfonds für die Bundeswehr. Mit dem jetzt geplanten Sondervermögen, das im Grundgesetz festgeschrieben werden soll, droht auch, dass die zusätzlichen Ausgaben für das Militär spätestens in der nächsten Legislaturperiode durch Kürzungen in anderen Ressorts wieder eingespart werden müssen. Deshalb muss dieses Vorhaben verhindert werden. Rüstungsausgaben würden so auf Kosten von Sozial- oder Bildungsausgaben oder dringend benötigter Mitteln für Klimaschutz gehen. Aufrüstung ist keine friedenschaffende oder -erhaltende Maßnahme; dauerhaften Frieden schafft die Beseitigung von Konfliktursachen wie Klimawandel und soziale Ungleichheit innerhalb und zwischen Gesellschaften.

Eine sozial-ökologische Transformation, zu der auch der schnellstmögliche Ausstieg aus fossilen Energien gehört, ist ein wichtiger Baustein für eine friedlichere Welt, und es braucht finanzielle Mittel, um sie zu finanzieren, die in Aufrüstung verschwendet werden.

Der Krieg in der Ukraine birgt die Gefahr eines globalen militärischen Konflikts zwischen Nuklearmächten. Attac lehnt deshalb kriegseskalierende Maßnahmen wie Waffenlieferungen an die Ukraine ab. Sanktionen sind ein wichtiges Werkzeug zur Beendigung des Krieges, doch müssen sie zwingend daraufhin überprüft werden, ob sie die verantwortlichen Personen und Institutionen treffen, oder ob sie stattdessen die russische Zivilgesellschaft oder gar den russischen Widerstand gegen den Krieg schwächen.

Ein wirksames Mittel ist es, **dem Krieg den Geldhahn abzudrehen**. Jahrelang hat die russische Oligarchie mit Putin Hand in Hand gearbeitet: Sie wurde zu einer zentralen Stütze seines Herrschaftssystems. Ein wirksames Mittel gegen die Anhäufung riesiger Vermögen, mit denen autoritäre Regime aufrechterhalten und Kriege finanziert werden, ist es, den wirtschaftlich Mächtigen den Geldhahn zuzudrehen, Steuerschlupflöcher und Schattenfinanzplätze zu schließen und Steuervermeidung einen Riegel vorzuschieben.

<https://www.attac.de/das-ist-attac/organisation/kokreis/stellungnahmen/11-maerz-2022-erklaerung-zum-ukraine-krieg>

Manifest gegen den Krieg

Aktivistinnen und Aktivisten der sozialen Bewegungen, Arbeiterinnen und Arbeiter, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Kulturschaffende aller Länder!

14.3.2022 – vollständiger Text in [Freitag](#)

[...] Wir verurteilen die russische Aggression aufs Schärfste. Wir lehnen aber auch die Machteliten des Westens mit aller Entschiedenheit ab. Statt sich das Scheitern ihrer maßlosen Expansionsziele einzugestehen, drehen sie jetzt an der Eskalationsschraube und machen sich für einen umfassenden Wirtschaftskrieg sowie für weit reichende militärische Hilfsaktionen und Waffenlieferungen stark.

Wir sind uns darüber im Klaren, dass wir mit dieser Positionierung gegen alle direkten wie indirekten Parteien und Akteure des Ukraine-Kriegs gegenwärtig nur eine verschwindende Minderheit darstellen. Aber wir dürfen unsere Identität, unsere Orientierung an den sozialen und emanzipatorischen Kämpfen für Gleichheit und Selbstbestimmung nicht an die Logik des imperialistischen Kriegs und den Zynismus der Kriegshetzer auf allen Seiten abtreten.

Wir sind dafür mitverantwortlich, dass das militärische Gemetzel, das Töten von Zivilisten, die Bombardierungen, die Aushungerung und die Massenvertreibung der ukrainischen Bevölkerung sofort aufhören und die Zerstörung der sozialen Infrastrukturen gestoppt wird.

Wir dürfen nicht zulassen, dass die NATO und der Westen die Ukraine bis zum letzten wehrfähigen Ukrainer verteidigen lassen und der russische Generalstab das Sterben zigtausender Soldaten – überwiegend Wehrpflichtige – in Kauf nimmt.

Wir wollen aber auch nicht später von unseren Kindern und Enkeln gefragt werden, warum wir nichts gegen die Ausweitung des Ukraine-Konflikts zu einem europäischen Großkrieg oder gar zu einem nuklearen Armageddon unternommen haben. Diese Gefahr ist aufgrund der massiven militärischen Unterstützung seitens der USA und der NATO sowie der umfassenden Wirtschaftssanktionen ständig gewachsen.

Wir sind keine passiven Zuschauer. Wenn noch weiter an der Eskalationsschraube gedreht wird, könnten wir in den nächsten Wochen genauso mit den Schrecken des Kriegs konfrontiert sein wie gegenwärtig die ukrainische Zivilbevölkerung. **Wir fordern:**

- (1) Einen sofortigen Waffenstillstand und den Abzug aller Kampftruppen aus allen städtischen Agglomerationen
- (2) Den Rückzug der russischen Truppen aus der Ukraine. Die Entwaffnung und Auflösung aller paramilitärischen Verbände auf dem Staatsgebiet der Ukraine
- (3) Die sofortige Beendigung der Waffenlieferungen und der verdeckten Beteiligung der NATO am Krieg
- (4) Die sofortige Aufhebung der Sanktionen und die Beendigung des Wirtschaftskriegs
- (5) Die Aufnahme von Friedensverhandlungen zwischen Russland und der Ukraine unter der Aufsicht der OSZE. Zusage der unbefristeten Neutralität der Ukraine und Abbau der NATO-Infrastruktur in der Ukraine als Gegenleistung für umfassende und international abgesicherte russische Sicherheitsgarantien.

(6) Die Etablierung der Ukraine als unabhängiger Brückenstaat zwischen NATO/EU und Russland unter dem Dach der OSZE.

Bilaterale Wiederaufbau- und Wirtschaftsverträge der Ukraine mit der EU und der post-sowjetischen Zollunion.

Wir sind uns sehr wohl darüber im Klaren, dass diese Forderungen so lange in der Luft hängen, wie sie nicht von den sozialen Bewegungen, den arbeitenden Klassen und den kritischen Intelligenzschichten in einer international koordinierten Kraftanstrengung erzwungen werden.

Es ist deshalb höchste Zeit zur Mobilisierung eines breiten antimilitaristischen Widerstands, der umfassend und transnational in die sozialen Kämpfe integriert wird. Dieses Vorgehen ist keineswegs chancenlos, wie die Einbeziehung des Widerstands gegen den Vietnamkrieg in die globale Sozialrevolte der späten 1960er Jahre gezeigt hat.

Wir schlagen deshalb als erste Schritte zur Mobilisierung des Widerstands vor:

- (1) Den Stopp aller Waffenlieferungen in die Ukraine und die übrigen Kriegsgebiete der Welt durch Boykottaktionen
- (2) Den Start einer Kampagne zur Verweigerung des Militärdienstes in allen Armeen, die direkt oder indirekt am Ukraine-Krieg beteiligt sind: Missachtung der Einberufungsbefehle, Befehlsverweigerung, Desertion aus den Kampftruppen und Nachschubeinheiten Russlands, der Ukraine und der NATO. Aufbau einer breiten Solidaritätsbewegung für die Kriegsdienstverweigerer
- (3) Die Beteiligung an den Hilfsaktionen für unterschiedslos alle Geflüchteten aus der Ukraine und den anderen Kriegs- und Bürgerkriegsgebieten
- (4) Es ist höchste Zeit, gegen die Desorientierung der Friedens- und Protestbewegung Position zu beziehen. Die Massendemonstrationen auf der ganzen Welt und die Interessen der arbeitenden Klassen sind gegen alle imperialistischen Mächte gerichtet und dürfen nicht einseitig Partei ergreifen. Ihr Ziel war und ist die Überwindung von Ausbeutung, patriarchaler Unterdrückung, Rassismus, Nationalismus, Naturzerstörung und die Durchsetzung der individuellen und sozialen Menschenrechte. Nun ist der Kampf gegen die wieder aufgelebte Barbarei hinzugekommen.

Es ist höchste Zeit, dass sich die Kriegsgegner aller Länder zusammenschließen, bevor es zu spät ist. Die Gefahr des Einsatzes nuklearer Waffen ist real. Wir müssen alles unternehmen, um das zu verhindern. Dies ist unsere Verantwortung gegenüber unseren Kindern und Enkeln!

Erstunterzeichner:

Cesare Bermanni, Historiker, Orta San Giulio
Sergio Bologna, Historiker und Logistikberater, Milano
Helmut Dietrich, Forschungsgesellschaft Flucht und Migration e.V., Berlin / Rüdiger Hachtmann, Historiker, Berlin
Erik Merks, Gewerkschaftsfunktionär i.R., Hamburg
Karl Heinz Roth, Historiker und Mediziner, Bremen
Bernd Schrader, Soziologe, Hannover
Hans Schulz, Arzt, Hamburg-Harburg

Gerald Oberansmayr

Ukraine: Ein verhinderbarer Krieg

(Solidarwerkstatt, Österreich - März 2022)

[...] An 17. Dezember 2021 schlug die Russische Föderation sowohl den USA als auch der NATO [jeweils einen Entwurf für einen Vertrag](#) vor, um sich gegenseitige Sicherheitsgarantien zu geben. Die Kernpunkte der russischen Vorschläge:

- das Hoheitsgebiet anderer Staaten darf nicht zur Vorbereitung oder Durchführung eines bewaffneten Angriffs gegen die andere Vertragspartei oder für andere Handlungen, die grundlegende Sicherheitsinteressen der anderen Vertragspartei berühren, genutzt werden
- keine Stationierung von bodengestützten Mittelstrecken- und Kurzstreckenraketen außerhalb ihres Staatsgebiets sowie in den Gebieten ihres Staatsgebiets, von denen aus solche Waffen Ziele im Staatsgebiet der anderen Vertragspartei angreifen können
- keine Stationierung von Kernwaffen außerhalb des jeweiligen Staatsgebiets
- Keine weitere Osterweiterung der NATO auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion; keine NATO-Militärstützpunkte auf diesem Gebiet
- Rückzug der militärischen Infrastrukturen von NATO und Russland in anderen europäischen Ländern auf den Stand des Jahres 1997
- Einschränkung von Militärmanövern in den Grenzregionen auf beiden Seiten

In Hinblick auf die Ukraine laufen diese russischen Vorschläge auf eine militärische Neutralität zwischen Ost und West hinaus. Durch die Aufnahme von Verhandlungen hätten das Tor geöffnet werden können, die russischen Sicherheitsinteressen in eine nachhaltige europäische Friedensordnung einzubetten. Doch sowohl die US-Administration als auch der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell und die deutsche Regierung wiesen diese russischen Vorschläge umgehend zurück. Der Verzicht auf die Aufnahme der Ukraine bzw. Georgiens in die NATO komme nicht in Frage, ließ man Moskau wissen. Im Gegenteil: Unmittelbar nach den russischen Vorschlägen drangen Pläne an die Öffentlichkeit, in absehbarer Zeit NATO-Kampftropfen in Bulgarien und Rumänien bzw. im Schwarzen Meer in unmittelbarer Nähe zur Ukraine zu stationieren.

Das Fenster für einen Neuanlauf zur Entspannung in Europa schloss sich damit rasch wieder. Eine große Chance wurde verspielt, den russischen Angriff auf die Ukraine abzuwenden. Denn so sicher es ist, dass die Pläne für den russischen Angriff schon in der Schublade des Kremls lagen, so schwer ist es vorstellbar, dass die russische Führung diese umgesetzt hätte, wenn es ernsthafte Signale von USA und EU gegeben hätte, die NATO-Osterweiterung zu stoppen und über einen neutralen Status der Ukraine zu verhandeln. Nach der Zurückweisung der Verhandlungsvorschläge startete Russland im Februar 2022 die verhängnisvollen Militärmanöver an der Grenze zur Ukraine, die schließlich im Angriff ab dem 24. Februar mündeten.

Auch trotz dieser Vorgeschichte bleibt der Krieg Russlands gegen die Ukraine verbrecherisch, weil er entsetzliches Leid über die Menschen bringt, weil er kein Problem löst aber

viele neue schafft, weil er das Völkerrecht bricht, eines der kostbarsten Güter, um das Faustrecht in den internationalen Beziehungen zurückzudrängen. Aber: Die Eliten in den USA und EU hatten den Schlüssel in der Hand, um diesen Krieg zu verhindern. Sie haben ihn in hohem Bogen weggeschleudert. Ihr Kalkül: Entweder gibt die russische Führung (wieder einmal) nach, dann können in wenigen Jahren westliche Atomwaffen Moskau von der Ukraine aus bedrohen und gefügig machen. Oder Russland schlägt militärisch zu, dann wird Russland zum Paria-Staat, gegen den alle Mittel gerechtfertigt sind. Die Schleusen für Hochrüstung können sich dann völlig hemmungslos öffnen. Aus dem Blickwinkel von imperialen Großmachtseleiten – und der mit ihnen symbiotisch verbundenen Rüstungsindustrie – geradezu eine win-win-Situation, die sie nicht durch Friedensverhandlungen vermässeln wollten.

Internationale Friedensbewegung und neutrale Staaten ...

Es mag aussichtslos scheinen, diesen zynischen Großmächtskalkülen entgegenzutreten. Doch das ist es nicht. Die Geschichte wird nicht nur von den Großmächten geschrieben. Die internationale Friedensbewegung hat z.B. in den 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts gezeigt, dass sie mit ihrer Kraft die Hochrüstungspläne von Großmächten durchkreuzen und eine Abrüstungsdynamik in Gang bringen kann. Kleine neutrale Staaten haben immer wieder bewiesen – siehe die Kreiskysche Außenpolitik in den 70er Jahren – dass sie eine wichtige friedenspolitische Rolle als Vermittler und Dialogstifter zwischen verfeindeten Parteien spielen können.

Seit dem Beitritt zur EU hat Österreich diese Rolle eines neutralen Vermittlers zunehmend aufgegeben. Auch im sich über die Jahre aufschaukelnden Konflikt um die Ukraine hat die österreichische Außenpolitik völlig versagt. Das Kommando lautete: EU-Europa muss „mit einer Stimme sprechen“, sprich: Brüssel, Berlin und Paris geben die Marschroute vor. Aus dieser Unterordnung müssen wir uns befreien, wenn Österreich wieder eine aktive Friedenspolitik betreiben soll. Ein selbstbewusstes neutrales Österreich, das als Vermittler zwischen den Großmächten agiert, um internationale Brände zu löschen, statt beim Brandbeschleuniger EU mitzumarschieren, könnte – gemeinsam mit anderen neutralen Staaten - einen wesentlichen Beitrag leisten, um eine neue Friedensordnung in Europa unter Einschluss Russlands aufzubauen.

... sind jetzt wichtiger denn je! Um eine solche friedenspolitische Wende in der österreichischen Außenpolitik durchzusetzen, braucht es einen Neuanlauf der österreichischen Friedensbewegung. Wir dürfen uns nicht von den jetzt wieder besonders lauten Aufrüstungstrommlern einschüchtern lassen, die den Ukraine-Krieg instrumentalisieren wollen, um weitere Milliarden in die Aufrüstung zu pumpen und die österreichische Neutralität völlig zu entsorgen. Gerade dieser - verhinderbare - Krieg zeigt in jeder Hinsicht: **Neutralität verbindet – Militärblöcke spalten! Die Waffen nieder!**

Clemens Ronnefeldt Zum Ukraine-Krieg

Drei Schlüsselemente für eine diplomatische Lösung

Wenn dieser Artikel erscheint, könnte er inhaltlich bereits überholt sein von den Ereignissen in der Ukraine. Dennoch möchte ich den Versuch wagen, grundsätzliche Deeskalationsleitlinien zu skizzieren.

Der Grundkonflikt

Beim OSZE-Gipfeltreffen im November 1999 in Istanbul unterzeichneten u.a. auch die USA, die Russische Föderation, Belarus, Georgien, die Ukraine und Deutschland das Abschlussdokument. Darin heißt es: „Wir bekräftigen das jedem Teilnehmerstaat innewohnende Recht, seine Sicherheitsvereinbarungen einschließlich von Bündnisverträgen frei zu wählen oder diese im Laufe ihrer Entwicklung zu verändern.“ Diesen Punkt betont vor allem die NATO und die Ukraine.

Solange in Georgien und der Ukraine Gebietsteile von Russland annektiert sind, können diese beiden Staaten nach NATO-Statuten nicht in das westliche Militärbündnis aufgenommen werden.

Es heißt aber auch in diesem OSZE-Dokument:

„Jeder Teilnehmerstaat wird diesbezüglich die Rechte aller anderen achten. Sie werden ihre Sicherheit nicht auf Kosten der Sicherheit anderer Staaten festigen“.

Diesen Punkt betont vor allem Russland.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1990/91 kamen durch die NATO-Osterweiterung 14 weitere Nato-Mitgliedstaaten mit insgesamt 945 Millionen Menschen und 25 Millionen Quadratkilometern Fläche hinzu, wodurch z.B. im Baltikum die

NATO direkt an Russland grenzt.

Fazit: Es geht um sehr viel mehr als die Ukraine: Es geht um eine neue Sicherheitsarchitektur für Europa – mit Folgen weit darüber hinaus in einer zunehmend multipolaren Welt.

Drei Schlüsselemente für eine diplomatische Lösung

1. Ein Moratorium auf unbestimmter Zeit bezüglich der Aufnahme der Ukraine in die NATO.
2. Die Umsetzung des Minsk II-Abkommens vom 12.2.2015, überwacht vor Ort durch die OSZE.
3. Vertrauensbildende Maßnahmen wie z.B. die Rückkehr zum Open-Skies-Vertrag, neue Abrüstungsverhandlungen bezüglich verschiedener Raketensysteme – sowie eine Intensivierung der Kommunikationskanäle zwischen Nato und Russland. Die Aufnahme in die NATO ist in der Verfassung der Ukraine festgeschrieben worden. Die ukrainische Regierung kann schwerlich ohne Gesichtverlust oder der Gefahr, nicht mehr gewählt zu werden, Russland hier ein Mitspracherecht geben. Auch die NATO wird den Eindruck vermeiden, den russischen Forderungen nachgekommen zu sein. Es bräuchte daher eine NATO-Aufnahme-Moratoriums-Kompromissformel, die noch zu suchen ist – bei gleichzeitiger Bemühung um Sonderrechte der russischen Bevölkerung im Donbas.

Zentral erscheint mir für eine Deeskalation die Umsetzung des Abkommens Minsk II vom Februar 2015 auf der Grundlage eines sofortigen Waffenstillstandes:

Hier die Beschlüsse im Detail von 2015 – die nach wie vor aktuell sind: Schlüsselement ist der Abzug der schweren Waffen aus einer Pufferzone. Die Regierungstruppen müssen sich hinter die aktuelle Frontlinie zurückziehen, die Separatisten hinter die vereinbarte Demarkationslinie. Die OSZE überwacht die Waffenruhe und den Abzug der Waffen. Nach dem Abzug der Waffen sollen Gespräche über Wahlen in Donezk und Lugansk sowie den künftigen Status der beiden Regionen beginnen.

Grundlage ist ein Gesetz, mit dem Kiew den abtrünnigen Regionen vorübergehend mehr Selbstständigkeit zugestanden hatte. Die Regionen können darüber entscheiden, welche Sprache sie nutzen wollen.

Eine gesetzliche Amnestieregelung soll alle Konfliktbeteiligten vor Strafverfolgung schützen. Vereinbart wurde die Freilassung aller Gefangenen und die Sicherstellung humanitärer Hilfsleistungen, ebenso die Wiederherstellung der Sozial- und Wirtschaftsbeziehungen.

Die Ukraine soll die vollständige Kontrolle über die Grenze zu Russland übernehmen. Vereinbart wurde auch der Rückzug aller ausländischen Kämpfer, Söldner und Waffen unter Aufsicht der OSZE und die Entwaffnung aller illegalen Gruppen. Mit der Umsetzung dieses Planes könnte über die OSZE eine Deeskalation beginnen, die in eine neue Phase gemeinsamer Sicherheit auf dem eurasischen Kontinent münden könnte.

Alle diese Beschlüsse könnten in ein Abkommen Minsk III einfließen. Die Zeit drängt.

[Rundbrief 1/22](#) des Versöhnungsbunds

26.-29.05.2022: "REVOLUTION FÜR DAS LEBEN!" -
Jahrestagung des Versöhnungsbundes als Präsenztagung in Arendsee (Altmark) - [Infos](#)

Vorstand des Internationalen Versöhnungsbunds, deutscher Zweig Für Verständigung - Gegen die Kriegstreiberei

In diesen Zeiten, in denen sich die Erregungen überschlagen und wir emotional überflutet werden ist es wichtig, an einigen einfachen Wahrheiten festzuhalten:

1. Jeder Krieg ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Krieg traumatisiert Täter und Opfer. Aus eigener Erfahrung wissen wir, dass Kriege das Erleben einer oder sogar mehrerer Generationen schmerzlich verändern.
2. Ein Krieg endet immer mit Verhandlungen, mit Verständigung und mit Kompromissen. Daher ist es wichtig, mit allen im Gespräch zu bleiben, auch mit dem Feind, dem „Bruder Wolf“ (Franz v. Assisi). Eine Verteufelung des Gegners ist nicht hilfreich. Wir bestehen darauf, dass auch der Gegner ein Mensch ist und ein Mensch bleibt, mit dem Gespräch möglich ist.
3. Widerstand mit Waffen ist Gewalt: Er verlängert und verschlimmert den Krieg und kostet Menschenleben. Die Unterstützung von Dritten durch Waffen verleitet dazu, sich stark zu fühlen, nährt unrealistische Siegesphantasien, erhöht die Gewaltspirale und verhindert die Bereitschaft zum Gespräch und Kompromiss. Nicht um Sieg geht es, sondern um die Rettung möglichst vieler Menschenleben. Deshalb muss eine Situation angestrebt werden, in der alle Konfliktparteien unter Wahrung ihres Gesichts den Krieg beenden können. Vermittlung und Ausgleich von Interessen sind zentral, nicht weitere Aufrüstung. Im Zeitalter der Atomwaffen gibt es zu Verständigung und Ausgleich keine denkbaren Alternativen mehr. Wer eine atomare Macht militärisch besiegen will, provoziert den atomaren Einsatz.

4. Wir stehen auf der Seite aller Menschen, die ohne Waffen für ihre Rechte eintreten. Wir sehen uns daher in Solidarität mit den Gruppen in der Ukraine und in Russland, die dem Kriegstreiben gewaltfrei Widerstand leisten.

Was können wir tun, was ist jetzt wichtig?

1. Wir treten jeder Entmenschlichung, jeder Ausgrenzung entgegen und lehnen jedes pauschale Verurteilen („die Russen“) ab.
2. Wir fordern: Keinen Abbruch, sondern Fortführung und Intensivierung zivilgesellschaftlicher Kontakte- sowohl zu Russland als auch zur Ukraine.
3. Wir widersprechen jedem nationalistischen und imperialistischen Denken. Stattdessen halten wir Autonomie, Minderheitenrechte und das Recht auf Kriegsdienstverweigerung für unverzichtbare Bestandteile von Demokratien.
4. Wir wollen bei der Wahrheit bleiben: Die massive Aufrüstung der Bundeswehr ist eine unverantwortliche Geldverschwendung, die wir uns gesellschaftlich weder sozial noch klimapolitisch leisten können und nicht leisten dürfen.
5. Wir halten Sanktionen für eine mögliche Antwort auf staatliche Gewalt und Krieg. Diese sollten aber nicht die Menschen treffen, denen es sowieso schon schlecht geht.
6. Wir fordern: Jeder Mensch, der vor Krieg und Unrecht flieht oder den Kriegsdienst verweigert, soll uns willkommen sein.

10.03.2022 <https://www.versoenhungsbund.de/2022-03-10-fuer-verstaendigung-erklaerung>

Urs P. Gasche

Die Verteidiger der US-Vorherrschaft und die «Putin-Versteher»

Die zwei unversöhnlichen Positionen:

1. «Putin keinen Meter nachgeben!» –
2. «Nato weg von den Grenzen Russlands!»

Wie bei jedem Krieg stellt sich die Frage, wie es zum Krieg kommen konnte, und ob die russische Invasion der Ukraine nicht hätte verhindert werden können.

Putin hat von der Nato verlangt, die Ukraine nicht als Mitglied aufzunehmen und dort keine Raketen an der Grenze zu Russland aufzustellen, wie es die Nato bereits in den baltischen Ländern, Polen und Rumänien tat.

Im Vordergrund stehen zwei Fragen:

1. Haben «Putin-Versteher» den Krieg mitverschuldet, weil sie gegen eine stärkere Aufrüstung Westeuropas waren, und weil sie unterschätzten, wie gefährlich der russische Präsident ist?
2. Hätte ein Nachgeben der Nato und eine Ukraine ohne schwere Waffen Russland vom Krieg abhalten können? Der Angriffskrieg Russlands sei der Beweis dafür, dass all jene Russland-Kenner, Historiker und Politiker falsch lagen,

die davor warnten, dass die Osterweiterung der Nato den Frieden gefährde. Der Krieg entlarve sie jetzt als «naive Putin-Versteher», sagen die Nato, viele Militärs, Politiker und Medien.

Stimmen, welche die Osterweiterung der Nato als mitverantwortlich für den Krieg halten, kommen in grossen Medien kaum mehr zu Wort. «Die Osterweiterung war kein Fehler» titelte der Tages-Anzeiger am 25. März über fünf Spalten.

Im Folgenden stellen wir zuerst die Sichtweise jener vor, welche in der Nato-Osterweiterung keine Bedrohung Russlands und keinen möglichen Grund des Krieges sehen. Anschliessend fassen wir die Sichtweise derer zusammen, die überzeugt sind, dass es ohne Osterweiterung zu diesem fürchterlichen Krieg höchstwahrscheinlich nicht gekommen wäre.

Der Autor dieses Artikels neigt zur zweiten Sichtweise.

→ [ausführliche Zusammenstellung von Analysen und Stellungnahmen](#)

Weshalb Waffenlieferungen ein falscher Weg sind

7. März 2022 - Angesichts des russischen Angriffes auf die Ukraine nicht tatenlos zusehen zu wollen, ist sicher bis zu einem gewissen Grad nachvollziehbar. Westliche Waffenlieferungen sind aber ein grundfalscher Weg, der nur zu mehr Opfern und einer weiteren Eskalation führt, wofür im Folgenden einige Argumente zur Diskussion gestellt werden sollen.

Tabubruch Waffenlieferungen

Die deutschen wie auch die europäischen Rüstungsexportrichtlinien sind – eigentlich – völlig eindeutig: Sie untersagen Waffenexporte in Krisen- und Kriegsgebiete (siehe [IMI-Analyse](#) 2019/29). Natürlich wurde diese Regel immer wieder umgangen, sicher handelt es sich aber im Falle der Ukraine – wo dies nun in großem Umfang, offen und erklärtermaßen geschieht – um einen Präzedenzfall. Mit dem Tabu, keine Waffen in Kriegsgebiete zu schicken, wurde in Etappen gebrochen: Vergleichsweise harmlos war noch die Zusage für 5.000 Gefechtshelme, die bereits vor dem russischen Einmarsch gegeben wurde. Dann wurde den Niederländern die Zustimmung erteilt, 400 Panzerfäuste aus deutscher Produktion an die Ukraine zu liefern und parallel dazu 14 gepanzerte Fahrzeuge [genehmigt](#). Kurz darauf wurde die Lieferung von 1.000 Panzerabwehrwaffen sowie 500 Boden-Luft-Raketen des Typs „Stinger“ beschlossen. Zuletzt [genehmigte](#) das Wirtschaftsministerium dann die Abgabe von 2.700 Flugabwehrraketen (Typ ‚Strela‘) aus ehemaligen NVA-Beständen.

Auf EU-Ebene wurde bereits im März 2021 die Einrichtung einer Europäischen Friedensfazilität (EFF) beschlossen (siehe [IMI-Analyse](#) 2021/17). Sie wurde für 2021 bis 2027 ursprünglich mit 5,7 Mrd. Euro befüllt und dient der Finanzierung von EU-Militäreinsätzen sowie von Rüstungsgütern für verbündete Akteure (der sog. „Ertüchtigung“). Obwohl darüber im Vorfeld lange gestritten worden war, können über die Fazilität auch letale Waffen – oder Rüstungsgüter, die dazu konzipiert sind, tödliche Gewalt anzuwenden, wie es im [EU-EFF-Ratsbeschluss](#) heißt – finanziert werden. Die Friedensfazilität kommt nun in der Ukraine erstmals im großen Stil zum Einsatz – schon am 27. Februar 2022 wurde [gemeldet](#): „Die Ukraine soll nach einem Vorschlag des EU-Außenbeauftragten Josep Borrell für 500 Millionen Euro Waffen und Ausrüstung aus der Europäischen Union bekommen. [...] Das Geld soll aus der sogenannten „Europäischen Friedensfazilität“ kommen. [...] 450 Millionen Euro sind nach dem Vorschlag für Waffen vorgesehen, 50 Millionen Euro für andere Ausrüstung.“

Was genau geliefert werden soll, ist noch unklar. Klar ist aber bereits jetzt, dass damit eine zentrale Säule der deutschen und europäischen Rüstungsexportrichtlinien zum Einsturz gebracht wurde. Es ist fast unvermeidlich, dass künftig bei der Frage von Waffenlieferungen in Krisen- und Kriegsgebiete unter Verweis auf den Ukraine-Präzedenzfall eine Einzelfallprüfung die kategorische Ablehnung ersetzen und damit die Lieferung solcher Waffen vereinfachen wird. Doch auch abseits solcher eher grundsätzlichen Erwägungen ist die Lieferung von Waffen auch in diesem konkreten Fall falsch.

Beitrag zur Eskalation

Das gewöhnlich bestens informierte und eng mit dem EU-Apparat vernetzte Nachrichtenportal [Bruxelles2](#) analysierte Anfang März 2022 die Optionen angesichts des russischen Angriffes auf die Ukraine. Der Autor Nicolas Gros Verheyde argumentierte dabei, es stünden nur zwei Möglichkeiten zur Verfügung: Entweder die NATO werde direkt mit umfassenden Truppen in den Krieg eingreifen, ein Schritt, der sich aufgrund des immensen Eskalationspotenzials ausschließe (und auch ausgeschlossen wird). Oder es würden ernsthafte Verhandlungen mit dem Ausgangsangebot einer Neutralität der Ukraine aufgenommen – das sei zwar vor allem für die Ukraine eine schwer zu schluckende Pille, aber allemal besser als die Alternative: „Für die Ukrainer wäre es zweifellos bitter, aber viel weniger, als zu sehen, wie ihr Land von einer russischen Besatzungstruppe in Feuer und Blut verwandelt wird. Oder ständig unter der Bedrohung einer neuen Intervention leben zu müssen (vorausgesetzt, dass diese beendet wird). [...] An sich ist die Neutralität angesichts des Krieges das geringere Übel.“

Diese bedachte Bewertung völlig missachtend scheinen sich NATO und EU für eine dritte Option entschieden zu haben, nämlich mit umfassenden Waffenlieferungen die Kampfkraft der ukrainischen Armee stärken zu wollen. Allerdings geht trotz vereinzelter [Berichte](#) über Sabotageakte und schlechte Moral innerhalb der russischen Truppen kaum ein Beobachter davon aus, dass die Ukraine den Angreifer wird besiegen können. So äußerte sich etwa der ehemalige deutsche Spitzendiplomat Rüdiger Lüdeking im konservativen Magazin [Cicero](#): „Will man zynisch sein, so muss man feststellen, dass die Ukraine verloren ist. Eine solche Feststellung mag schmerzen, entspricht jedoch der Lage, wie sie sich aktuell darstellt. Dies gilt auch, als sich die Nato die realpolitische Einsicht zu eigen gemacht hat, dass mit einem eigenen militärischen Eingreifen das Risiko eines großen Kriegs in Europa und gar eines Nuklearkriegs verbunden ist.“

Was sollen die Waffenlieferungen dann also bezwecken?

Die hilflose Antwort wäre, damit man den Eindruck erwecken kann, man würde die Ukraine nicht alleinstehen lassen. Eine zynische Antwort lautet, dass man Russland schwächen und in ein zweites Afghanistan verwickeln will. Und die häufigste Antwort dürfte wohl sein, dass man den Blutzoll hochtreiben möchte, um eine möglichst günstige Verhandlungsposition zu bekommen.

Alle Antworten sind eigentlich indiskutabel, öffentlich dürfte lediglich die letzte Variante erwähnt werden. Ihr lässt sich entgegenhalten, dass der Blutzoll, um den es hier geht, nicht von denjenigen zu entrichten sein wird, die jetzt diese Waffen schicken, auch nicht primär von Russland, sondern vor allem von den Menschen in der Ukraine. Übereinstimmende Analysen aus dem Militär besagen, dass sich Russland für ein – überaus hartes – aber skaliertes Vorgehen entschieden hat. Je größer der Widerstand ist, desto weiter wird der Krieg in der Ukraine demzufolge eskalieren und die Opfer

zunehmen. Jakob Augstein etwa schreibt im [Freitag](#): „Der Westen verlängert mit seinen Waffenlieferungen den Krieg. Sobald unsere Waffen dort zum Einsatz kommen, sind es nicht mehr nur Putins Tote, es sind dann auch unsere.“ Ganz ähnlich [argumentiert](#) der Politikprofessor Johannes Varwick, der bis kürzlich eher für eine konfrontative Politik gegenüber Russland eingetreten war: „Wir müssen uns überlegen, ob wir weiter die Ukraine in ihrem heldenhaften aber aussichtslosen Kampf unterstützen wollen oder ob nicht jetzt die Stunde für Nüchternheit und Realpolitik ist. Konkret bedeutet das, wir müssen Putin Verhandlungen anbieten, damit er sein Ziel auch ohne einen Krieg erreichen kann. Die Entscheidung über die Zukunft der Ukraine müssen natürlich die Ukrainer selbst treffen. Aber der Westen hat einen maßgeblichen Einfluss, indem er die Waffenlieferungen einstellt. Das ist nicht kaltherzig, sondern vom Ende her gedacht.“

Alternativen zum Krieg

Auch wenn sich neuere Berichte ob eines raschen russischen Sieges deutlich skeptischer [zeigen](#) als zu Kriegsbeginn und sich [Einschätzungen](#) über schwere Fehlkalkulationen auf russischer Seite [häufen](#), dies erhöht nur die Wahrscheinlichkeit eines immer blutiger und länger andauernden Krieges. Zur für die Ukraine sicherlich bitteren Pille einer Aufnahme von Verhandlungen mit dem Ausgangspunkt einer Neutralität besteht keine sinnvolle Alternative. Gleichzeitig müssen diese Verhandlungen vom ernsthaften Bestreben geprägt sein, eine Sicherheitsarchitektur aufzubauen, die es verhindert, dass große Länder künftig nicht nach Gutdünken kleinere Staaten überfallen können – und das muss für alle gelten, für Russland, aber auch für die NATO-Länder.

Schenkt man westlichen Medienberichten Glauben, soll die Ukraine bei den jüngsten Verhandlungen am 10. März 2022 in einigen wesentlichen Punkten – unter anderem in der Frage einer möglichen Neutralität – zu Zugeständnissen [bereit gewesen sein](#), eine Kapitulation aber zum Beispiel abgelehnt haben. Was hinter den Kulissen tatsächlich angeboten und verhandelt wird, lässt sich kaum sagen. Doch selbst falls Russland auf Maximalforderungen bestehen sollte, gibt es zur Fortsetzung des Krieges dennoch eine Alternative. Letztlich kann und darf den Menschen in der Ukraine niemand vorschreiben, wie sie sich wehren sollen. Aber es gibt gleichzeitig auch keine Pflicht zu einer militärischen Unterstützung mit all ihren Folgen, auch deshalb nicht, weil sich große Teile der männlichen ukrainischen Bevölkerung dieser Entscheidung nicht einmal entziehen können.

Es ist somit durchaus fragwürdig, wenn aktuell die militärische Unterstützung der Ukraine zu einer moralischen Frage hochstilisiert wird, [schreibt](#) doch der Herausgeber der Zeitung gegen den Krieg, Winfried Wolf: „Es ist nach meinem politischen Verständnis in der heutigen Gesellschaft grundsätzlich fragwürdig, anderen Menschen zu empfehlen oder diese gar zu bedrängen, den Weg des Heldentods zu beschreiten. [...] Naheliegender wäre es, [...] auf einen weiteren militärischen Widerstand zu verzichten und zu einem landesweiten passiven Widerstand gegen die Besatzungsmacht mit dem Ziel der Zersetzung des Besatzungsregimes und einer demokratischen Wende in Russland selbst aufzufordern.“ <https://www.imi-online.de/2022/03/07/ukraine-krieg/>

- Folien eines [Vortrags](#) von Jürgen Wagner am 12.3.2022: Krieg gegen die Ukraine – Russlands Krieg, die westliche Rolle und die Sackgasse Aufrüstung
- J. Wagner: NATO-Aufmarsch gegen Russland (2016)

Aufruf des Bundesausschusses Friedensratschlag

Nutzen wir die Zeit der Haushaltsdebatte - Konfrontieren wir die Bundestagsabgeordneten mit unseren Forderungen in persönlichen Gesprächen und Briefen

Der deutsche Aufrüstungsplan ist nicht am 27. Februar 2022 geboren: Schon 2016 forderte Ursula von der Leyen als Verteidigungsministerin bis 2030 130 Milliarden Euro mehr für neue Waffen und Ausrüstungen. 2018 versprach sie der NATO, bis 2031 – übrigens ohne öffentliche Debatte - drei zu 100 % ausgerüstete Heeresdivisionen und ein massives Anwachsen von Marine und Luftwaffe erreichen zu wollen, was auf eine Verdoppelung der Feuerkraft der Bundeswehr hinausläuft.

Diese und die Aufrüstung der anderen NATO-Staaten richten sich gegen Russland, das sich dadurch bedroht fühlen muss. Die Friedensbewegung reagierte mit der Forderung an die Bundesregierung „Abrüsten statt Aufrüsten“ und forderte „Entspannung statt Konfrontation“. Leider erfolglos.

Der Bundesausschuss Friedensratschlag fordert eindringlich dazu auf, die Zeit der Haushaltsdebatten im Bundestag (bis zum Mai) intensiv dafür zu nutzen, die Bundestags-abgeordneten von SPD und Grünen, FDP und CDU/CSU im persönlichen Gespräch oder/und per Brief/E-Mail mit den Forderungen zu konfrontieren:

Weg mit dem „Zwei-Prozent-Ziel“!

Die 100 Milliarden „Sonderausgaben“ für eine nachhaltige Klimapolitik, gute Renten, ein leistungsfähiges Gesundheitssystem, bezahlbaren Wohnraum, ein gutes Bildungssystem!

Hände weg vom Grundgesetz!

Kein „Dark Eagle“ in Deutschland und auch nicht anderswo in Europa!

Stopp der EU-Militarisierung, keine EU-Armee, keine Atommacht EU!

Für ein sicheres Europa brauchen wir eine neue Sicherheitsarchitektur, die die Sicherheit aller Staaten, auch die Russlands, gewährleistet. Alles andere bringt die Menschheit an den Rand des Untergangs.

Die NATO macht mobil – Deutschland als Aufmarschgebiet: <https://www.imi-online.de/2022/03/01/die-nato-macht-mobil/>

Claus Schreer, isw – Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V.: **Das Assoziierungs-Abkommen mit der Ukraine – Instrument imperialer Machtpolitik** – Rede am 1. August 2014 in München [SiG 111](#)
Weitere Artikel (2014) über die Ukraine in [SiG 110](#) und [SiG 111](#)

Offener Brief von Friedensnobelpreisträger*innen und Weltbürger*innen **Wir lehnen Krieg und Atomwaffen ab**

Schließen Sie sich dem weltweiten Aufruf an!



31.03.2022 Wir lehnen Krieg und Atomwaffen ab.

Wir rufen unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger auf, sich uns anzuschließen, um unseren Planeten, unser aller Zuhause, vor denen zu schützen, die ihn zu zerstören drohen.

Der Einmarsch in die Ukraine hat eine humanitäre Katastrophe für die Menschen dort verursacht. Die ganze Welt steht vor der größten Bedrohung der Geschichte: einem weitflächigen Atomkrieg, der unsere Zivilisation zerstören und enorme ökologische Schäden auf der ganzen Erde anrichten könnte.

Wir fordern einen sofortigen Waffenstillstand und den Rückzug aller russischen Streitkräfte aus der Ukraine sowie das Ergreifen aller denkbaren Bemühungen um einen Dialog, damit diese ultimative Katastrophe verhindert wird.

Wir fordern Russland und die NATO auf, in diesem Konflikt ausdrücklich auf den Einsatz von Atomwaffen zu verzichten. Wir rufen alle Länder auf, den Vertrag über das Verbot von Atomwaffen zu unterstützen, um sicherzustellen, dass wir nie wieder mit einer ähnlichen atomaren Gefahr konfrontiert werden.

Die Zeit für das Verbot und die Abschaffung von Atomwaffen ist gekommen. Nur so kann gewährleistet werden, dass die Bewohner*innen unseres Planeten vor dieser existenziellen Bedrohung sicher sind.

Entweder gibt es ein Ende der Atomwaffen oder unser aller Ende. Wir lehnen es ab durch Zwang und Drohungen regiert zu werden und setzen uns für Dialog, Koexistenz und Gerechtigkeit ein.

Eine Welt ohne Atomwaffen ist nötig und möglich, und gemeinsam werden wir sie aufbauen. Es ist dringend erforderlich, dass wir dem Frieden eine Chance geben.

American Friends Service Committee (1947)
His Holiness The Dalai Lama (1989)
Leymah Gbowee (2011)
International Campaign to Abolish Nuclear Weapons (2017)
International Peace Bureau (1910)
International Physicians for the Prevention of Nuclear War (1985)
Tawakkul Karman (2011)
Pugwash Conference on Science and World Affairs (1995)
Kailash Satyarthi (2014) Lech Walesa (1983)
Jody Williams (1997) Muhammad Yunus (2006)

IPPNW: Ausweitung des Krieges bis hin zum Atomkrieg verhindern

24.03.2022 (...) Militärmanöver wie „Cold Response“ in Norwegen, erneute Waffenlieferungen sowie die dauerhafte Stationierung weiterer Kampfverbände in Osteuropa, die gegen die NATO-Russland-Grundakte verstoßen würden, bergen die Gefahr einer Ausweitung des Krieges. Die IPPNW hält es für dringend notwendig, dass die NATO-Mitglieder eine Flugverbotszone über der Ukraine weiterhin strikt ablehnen.

Bei einem Flugverbot für russische Kampfflugzeuge würde ein Krieg zwischen Atomwaffenstaaten drohen. [...] Die russische Bombardierung von Gesundheitseinrichtungen verurteilt die IPPNW als Kriegsverbrechen. Gemäß Verlautbarungen der UN sind seit Beginn des Angriffskrieges bis zum 18. März 2022 62 Krankenhäuser und Gesundheitseinrichtungen angegriffen worden. [...]

Atomwaffenverbotsvertrag ratifizieren!

Die Resolution zur Atomwaffenverbotsvertrag in der UN-Vollversammlung wurde am 7. Dezember 2020 von 130 Staaten unterstützt, 42 Staaten stimmten dagegen und 14 enthalten. Bis heute haben 86 Staaten den Verbotsvertrag unterzeichnet, 59 Staaten haben ratifiziert bzw. sind beigetreten. Der Verbotsvertrag ist am 22. Januar 2021 in Kraft getreten.

Deutschland hat bisher den Vertrag nicht ratifiziert. Schon über 40 Städte haben den ICAN-Cities Appeal unterzeichnet und rufen damit die Bundesregierung auf dem Atomwaffenverbotsvertrag beizutreten:

<https://www.icanw.de/ican-staedteappell/>

Büchel ist überall! Atombomber? - Nein Danke!

Die USA stationieren im Rahmen der nuklearen Teilhabe Atomwaffen in Büchel. Deutschland stellt die Trägersysteme – und die sollen modernisiert werden. Das wird nicht nur teuer, sondern rückt den Abzug der Waffen auch in weiter Ferne.

<https://atombomber-nein-danke.de/>
<https://www.atomwaffenfrei.de>

Ray McGovern

Soll die Menschheit eine Portion "Freiheits-Fritten" werden?

24. März 2022

US-amerikanische Experten und Strategen scheinen sich nicht bewusst zu sein, wie nah wir alle daran sind, bei einem Atomschlag Russlands gebraten zu werden. (Faire Warnung: Wenn Sie einfach nur einen weiteren Grund suchen, um Putin zu verteufeln, anstatt zu verstehen, woher er kommt, sparen Sie sich die Zeit und lesen Sie nicht weiter). Die Sache ist die: Die Russen haben guten Grund, in höchster Alarmbereitschaft zu sein. Ihr Frühwarnradarsystem ist so unzureichend, dass es Situationen gibt (auch solche, in denen es um unschuldige Raketenabschüsse geht), in denen der russische Präsident Putin nur wenige Minuten – *wenn überhaupt* – Zeit hätte, um zu entscheiden, ob er Atomraketen abschießt, um den Rest der Welt zu vernichten – wenn er den Verdacht hat, dass Russland nuklear angegriffen wird.

"Wenn das"? Ja, die Zeit zwischen Abschuss und Ziel ist heute so kurz, dass es sehr wahrscheinlich ist, dass die Befugnis zum Abschuss von Atomwaffen jetzt sozusagen "vor Ort" bei untergeordneten Befehlshabern liegt. Wer Daniel Ellsbergs Domsday Machine gelesen hat, weiß, wie die USA diese Befugnis in den Tagen des ersten Kalten Krieges tatsächlich übertragen haben. Ich für meinen Teil war schockiert, das zu erfahren. Schlimmer noch: Heute sind die untergeordneten Befehlshaber möglicherweise Computer ohne Auftrag.

Russland wird natürlich nicht zugeben, dass sein Frühwarnsystem dem weltweiten, satellitengestützten System der USA weit unterlegen ist. Aber das ist der Fall. Die Folgen könnten nicht gravierender sein.

Dies kam mir heute in den Sinn, als der ehemalige russische Präsident Dmitri Medwedew erklärte, der Kreml werde die Zerstörung Russlands niemals zulassen. Er warnte jedoch, dass die Welt vor einer dystopischen Krise stehen könnte, die in einer "großen nuklearen Explosion" enden würde, wenn Washington seine zerstörerischen Ziele erreichen würde, wie er es nannte.

Präsident Putin hat sich vor vier Jahren zu diesem Thema geäußert, kurz nachdem er das neue russische Atomwaffenarsenal, einschließlich Hyperschallraketen und anderer hochentwickelter Waffen, vorgestellt hatte. Zum Thema Atomkrieg sagte Putin in einem Interview: "Sicherlich wäre das eine globale Katastrophe für die Menschheit, eine Katastrophe für die ganze Welt." Er fügte hinzu, dass "ich mich als Bürger Russlands und als Oberhaupt des russischen Staates fragen muss: Warum sollten wir eine Welt ohne Russland wollen?"

Putin sagte weiter, dass Russland trotz der katastrophalen Folgen gezwungen sei, sich mit allen verfügbaren Mitteln zu verteidigen, wenn seine Existenz auf dem Spiel stehe: "Eine Entscheidung über den Einsatz von Atomwaffen kann nur dann getroffen werden, wenn unser Warnsystem für ballistische Raketen nicht nur einen Abschuss erkennt, sondern auch vorhersagt, dass die Sprengköpfe russisches Territorium treffen würden. Dies wird als Vergeltungsschlag bezeichnet."

Das ist der Knackpunkt. Wenn ein Radar "entdeckt" und "vorhersagt", sind wir alle erledigt – oder werden zu Pommes frites. Während Russland heute über hochentwickelte Waffen verfügt, die jede herkömmliche Anti-Ballistic Missile (ABM)-Abwehr ausschalten können, liegt es bei der Fähigkeit zur Frühwarnung hinter den USA zurück.

Denken Sie darüber nach. Wovor sollte man mehr Angst haben: absichtlich gebraten zu werden oder aus Versehen gebraten zu werden? Makaber. Sind diese Entscheidungen für rationale Menschen nicht unglaublich dumm? Wenn ich allerdings gezwungen wäre, mich zu entscheiden, würde ich mich viel mehr darüber ärgern, aus Versehen gebraten zu werden. Bitte lesen Sie das Folgende und fragen Sie sich, ob ein sofortiger Waffenstillstand in der Ukraine notwendig ist oder ob diejenigen, die einen Krieg mit Russland riskieren wollen, geköpft werden sollten.

Russland: Begrenzte Frühwarnabdeckung:

Mit ihrem satellitengestützten "Global Situational Awareness"-Warnsystem sind die USA in der Lage, den Start und den Standort einer ballistischen Rakete überall auf der Welt, auch auf dem Meer, sofort zu erkennen. Russland verfügt nicht über diese weltweite Fähigkeit. Wenn diese technische Unzulänglichkeit nicht berücksichtigt wird (und es gibt Anzeichen dafür, dass das Pentagon ihr keine Beachtung schenkt), könnten wir alle plötzlich sehr tot sein – oder "größtenteils tot" (um Billy Christal in *The Princess Bride* zu zitieren). Ted Postol hat dies bei einem virtuellen Salon des Komitees für die Republik am 17. März ausführlich dargestellt.

Postol, ein pensionierter MIT-Professor für Physik und leitender Pentagon-Berater, lieferte eine kurze Fallstudie, die ich im Folgenden zusammenfasse: *Am 25. Januar 1995 konzentrierten sich die russischen Generäle auf eine Rakete, die von Norwegen aus gestartet und von ihrem automatischen Alarmradar entdeckt wurde. Könnte dies die Eröffnungssalve eines groß angelegten nuklearen Angriffs sein, bei dem auch seegestützte ballistische Raketen zum Einsatz kommen? Da Russland nicht in der Lage ist, Raketenstarts*

von U-Booten auf See zu erkennen, konnten die Generäle nicht ausschließen, dass Russland bereits von atomar bewaffneten Trident-U-Booten angegriffen wurde.

Die Rettung im Jahr 1995 bestand darin, dass dieselben Generäle über verlässliche Informationen verfügten, dass die amerikanischen Interkontinentalraketen nicht kurz vor einem Angriff standen. Mindestens ebenso wichtig ist, dass 1995 die Beziehungen zwischen Russland und den USA relativ ausgeglichen waren. Und jetzt? Nicht mehr so sehr. Postol fügte Folgendes hinzu, um die verstärkte Besorgnis Russlands über sein Frühwarndefizit zu verdeutlichen: Die USA haben die Gesamtötungskraft ihrer ballistischen Raketenstreitkräfte inzwischen um den Faktor zwei bis drei erhöht. Dies ist genau die Art von Fähigkeit, die ein nuklear bewaffneter Staat aufbauen würde, wenn er die Fähigkeit haben wollte, einen Atomkrieg durch einen entwaffnenden Erstschlag zu führen und "zu gewinnen".

Die Rakete aus Norwegen? Wissenschaftler hatten sie gestartet, um das Nordlicht zu studieren, aber offenbar hatte niemand daran gedacht, die Russen zu informieren.

Was kann man noch tun, außer die Norweger aufzufordern, die Russen das nächste Mal vorzuwarnen? Washington kann aufhören, die Beziehungen wegen der Ukraine noch mehr zu belasten. Das Pentagon mag sich mit seinen beeindruckenden offensiven strategischen Fähigkeiten brüsten, aber es hat keine Möglichkeit, uns vor einem russischen Atomangriff zu schützen. Und wenn es zu einem Fehlalarm wie 1995 kommt, dieses Mal ohne die "rettende Gnade" einer vernünftigen bilateralen Beziehung zu Russland, könnten wir alle als menschliche Fritten enden. Es sollte uns kein Trost sein zu wissen, dass dies auch den meisten Russen geschehen wird.

<https://www.nachdenkseiten.de/?p=82252>

Angelika Claußen

Frankreich will, dass Atomenergie als nachhaltig klassifiziert wird. Hinter diesem Greenwashing verbirgt sich seine nukleare Aufrüstungsagenda.

[...] Zum 1. Januar 2022 hat ein Verordnungsentwurf der Europäischen Kommission Investitionen in Atomenergie und Erdgas als nachhaltig eingestuft. Bei der sogenannten EU-Taxonomie geht es um Milliarden-Fördertöpfe. Emmanuel Macron machte sich dafür stark, der Atomenergie ein „grünes Label“ zu verschaffen. Welche Interessen Frankreichs tatsächlich hinter der Atomenergie stehen, zeigt ein Zitat aus der [Rede Macrons](#) bei seinem Besuch in der Atomschmiede Le Creusot im Jahr 2020: „Ohne zivile Atomenergie gibt es keine militärische Nutzung der Technologie – und ohne die militärische Nutzung gibt es auch keine zivile Atomenergie.“ Im Klartext heißt das: Ohne eine Atomwirtschaft auf dem neuesten technischen Stand kann Frankreich sein Nuklearwaffenarsenal nicht weiter ausbauen und modernisieren. Das gilt für alle [neun Atomwaffenstaaten](#).

Derzeit rüsten diese Staaten alle auf. Russland und die USA beschaffen neue Trägersysteme, die ihre Atombomben sehr viel schneller und präziser ins Ziel bringen, so dass dem Gegner keine Abwehrmöglichkeiten bleiben – beispielsweise mit „[Hyperschallraketen](#)“. Damit hat ein neues atomares [Wettrüsten](#) begonnen. Der US-Thinktank [Atlantic Council](#) beschreibt die Notwendigkeit der zivilen Nutzung der Atomenergie für die nationale Sicherheitspolitik ganz offen: „Die zivile US-amerikanische Atomindustrie bildet ein strategisches Anlagengut von lebenswichtiger Bedeutung für die nationale Sicherheit der USA.“ Ähnliche Formulierungen finden sich auch in den Reden anderer Präsidenten von Atomwaffenstaaten. Der zivile Atomkomplex kostet die USA jährlich mindestens 42,4 Milliarden US-Dollar. Die [International Campaign to Abolish Nuclear Weapons \(ICAN\)](#) gibt an, dass alle Atomwaffenstaaten zusammen über 100 Milliarden US-Dollar jährlich in ihre Nuklearwaffenarsenale investieren.

<https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/gruene-atomwaffen-5645>

Auch Frankreich will an technischen Entwicklungen teilhaben, die in anderen Atomwaffenstaaten schon längst begonnen haben. Präsident [Macron](#) hat angekündigt, eine Milliarde Euro in die Forschung und den Bau von *Small Modular Reactors* (SMR) zu investieren. SMR-Reaktoren sind kleine Atomreaktoren, die vor allem als Antrieb von U-Booten und damit ihrer militärischen Nutzung an entlegenen Kriegsschauplätzen dienen sollen. Die neuen Jagd-Unterseeboote sollen Frankreichs [Weltmacht-Ambitionen](#) unterstreichen. Hintergrund ist unter anderem der geplatzte U-Boot-Deal mit Australien: Im vergangenen Jahr kündigte Australien den Auftrag für französische Diesel-U-Boote und kaufte stattdessen Atom-Technologie aus den USA und Großbritannien.

Die örtlich flexiblen, U-Boot-basierten atomaren Waffensysteme besitzen für alle Atomwaffenstaaten größte strategische Bedeutung. Sie haben die Fähigkeit, bis zu drei Monate ohne Auftauchen unter Wasser zu bleiben; sie können mit hoher Geschwindigkeit unerkannt weite Distanzen zurücklegen und an nahezu beliebigen Orten rund um den Globus auftauchen. Bis zu 20 Raketen mit jeweils einem Dutzend individuell lenkbarer Atomsprengköpfe können von dort abgefeuert werden. All das spielt in der Nuklearwaffendoktrin der fünf „offiziellen“ Atomwaffenstaaten USA, Russland, Großbritannien, Frankreich und China eine zentrale Rolle. Gleichzeitig untermauert der Besitz dieser Technologie den Weltmachtstatus dieser Länder. Frankreich – ebenso wie den übrigen Atomwaffenstaaten – ist daran gelegen, diesen weiter auszubauen.[...]

Dr. med. Angelika Claußen ist Co-Vorsitzende der deutschen Sektion der IPPNW (Internationalen Ärzt*innen für die Verhütung des Atomkrieges / Ärzt*innen in sozialer Verantwortung e.V.) sowie Präsidentin der IPPNW Europa.

European Network Against the Arms Trade (ENAAT) und Transnational Institute (TNI) Öl ins Feuer - Wie die Europäische Union ein neues Wettrüsten anheizt

„Wer sich auf den Krieg vorbereitet, bekommt Krieg.
Wer sich auf den Frieden vorbereitet, bekommt Frieden.“

Yurri Sheliazhenko, Ukrainischer Friedensaktivist

Während wir diesen Bericht im März 2022 fertigstellen, ist in Osteuropa nach dem illegalen Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine ein Krieg ausgebrochen.

www.TNI.org

www.stopwaphandel.org

Die EU hat schon vor Jahren einen militaristischen Kurs eingeschlagen

Gegen Ende des Jahres 2021 erreichten die Unruhen auf dem Balkan beinahe den Siedepunkt. Die Spannungen im Südchinesischen Meer köcheln nach wie vor und bedrohen die regionale und globale Stabilität.

Kriege und Gewalt dauern unter anderem in Afghanistan, Irak, der Sahelzone, Syrien und Jemen an. Die mächtigsten Nationen der Welt üben sich im Säbelrasseln, mobilisieren Truppen, legen Waffenlager an und bereiten sich aktiv auf den Krieg vor. Die Europäische Union (EU) ist dabei keine Ausnahme. Im kompletten Widerspruch zu ihrem Gründungsprinzip, den Frieden zu fördern, hat auch sie beschlossen, sich als globale Militärmacht zu etablieren. Doch die Vergangenheit hat gezeigt, dass Militarismus keineswegs zu Stabilität und Frieden beiträgt, sondern lediglich Spannungen, Instabilität, Zerstörung und Vernichtung anheizt.

In einem politischen Wendepunkt kündigte die EU als Reaktion auf den Krieg in der Ukraine an, dass sie im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität erstmalig tödliche Waffen für ein Land im Krieg finanzieren und an das Land liefern wird. Dieser Schritt ist beispiellos, kommt aber nicht unerwartet. Die EU hat schon vor Jahren einen militaristischen Kurs eingeschlagen. Dieser Trend lässt sich bis zum Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon im Jahr 2009 zurückverfolgen, der die rechtliche Grundlage für die gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik bildet.

Weniger als ein Jahrzehnt später richtete die EU Budgets speziell für militärische Projekte ein. Mit diesem Richtungswechsel hat die EU einen neuen und äußerst besorgniserregenden Kurs eingeschlagen, denn politische und soziale Probleme sollen nun nicht mehr durch Dialog und Diplomatie, sondern durch Kriegstreiberei und Militarismus gelöst werden.

Der Europäische Verteidigungsfonds (EVF 2021 - 2027)

verfügt über ein nie dagewesenes Budget von 8 Milliarden Euro für die Erforschung und Entwicklung von Militärgütern. Es ist zu früh, um die Folgen des EVF zu analysieren, da er sich noch in der Anfangsphase befindet.

Daher befasst sich die vorliegende Recherche mit seinen beiden Vorläuferprogrammen:

der **Preparatory Action for Defence Research (PADR 2017 - 2019)** mit einem Budget von 90 Millionen Euro zur Finanzierung der militärischen Forschung, und dem **European Defence Industrial Development Programme (EDIDP 2019 - 2020)** mit einem Budget von 500 Millionen Euro zur Finanzierung der Entwicklung von militärischer Ausrüstung und Technologie.

Im Rahmen dieser Budgetlinien wurden fast 600 Millionen Euro an öffentlichen europäischen Geldern an hochprofitable Privatunternehmen vergeben, die mit Waffen und Rüstungstechnologien handeln, sowie an private Forschungszentren und einige weitere Empfänger. Diese Pilotprojekte offenbaren zutiefst besorgniserregende Tendenzen in Bezug auf den von Europa forcierten Militarismus.

Das Budget des EVF ist 13,6 Mal so hoch wie das seiner Vorläuferprogramme, und kann daher katastrophale Folgen haben. Indem sie die Mittel für militärische Forschung und Entwicklung von einem Haushaltszyklus zum anderen um gewaltige 1250 % aufstockt, ist die EU nun zunehmend darauf bedacht, in den Krieg zu investieren, statt Frieden zu schaffen oder zu erhalten.

Ziel dieser Budgetposten ist es, neue Waffen zu entwickeln sowie die bestehende Waffentechnik zu verbessern, indem Spitzentechnologien wie künstliche Intelligenz, unbemannte oder autonome Systeme integriert werden. Mit den Geldern wird insbesondere die Entwicklung „disruptiver Technologien“ gefördert, die, wenn sie eines Tages eingesetzt werden, die traditionelle Kriegsführung radikal verändern dürften. Nach der Entwicklung von Schießpulver und Atomwaffen bezeichnen Konfliktanalytiker die jetzige Phase als eine dritte Evolution im Wettrüsten, in der automatisierte Waffen erprobt werden und trotz schwerwiegender ungelöster rechtlicher und ethischer Fragen schließlich normalisiert werden könnten. Indem sie Milliarden von Euro für die **Entwicklung neuer Rüstungstechnologien** zur Verfügung stellt, heizt die EU sie ein drittes, äußerst problematisches Wettrüsten an, durch das das Kriegsrecht möglicherweise obsolet wird.

Die Ausschreibungen der EU und die Rüstungskonzerne verwenden die gleiche Terminologie: kooperative Verteidigung, Interoperabilität, industrielle Wettbewerbsfähigkeit,

Unternehmertum und Innovation. Sie scheren sich dabei nicht um die Unsicherheit, den Tod und die Zerstörung, die dem Einsatz dieser von der EU finanzierten Waffen folgen werden. Kriege entstehen nicht einfach im luftleeren Raum, sondern sind das Ergebnis jahrelanger politischer Strategien und Entscheidungen. Mit der Entscheidung, in neuartige Waffen zu investieren, verfolgt die EU nicht nur eine defensive Strategie für den Fall, dass sie angegriffen wird - sie schürt den Militarismus, heizt aktiv ein sehr gefährliches Wettrüsten an und gießt Öl ins Feuer des Krieges.

Starker Einfluss der Rüstungslobby auf die Politikgestaltung

Dieser [Bericht](#) enthüllt Folgendes:

EU-Entscheidungsprozesse und -budgets wurden von hochprofitablen Unternehmen gekapert, die diese politischen Räume zu ihrem eigenen Vorteil missbrauchen. Der Bericht offenbart das Ausmaß des Einflusses, den die Rüstungslobby auf die Politikgestaltung in der EU hat.

• Wir belegen, dass **neun der 16 Mitglieder** in der 2015 von der Europäischen Kommission (EK) eingesetzten **Expertengruppe für Verteidigungsforschung (Group of Personalities on Defence Research) mit Rüstungsunternehmen, Waffenforschungsinstituten und einer Lobbyorganisation der Rüstungsindustrie assoziiert sind.**

Zu den neun Mitgliedern gehören sechs Rüstungsunternehmen, nämlich Airbus, BAE Systems, Indra, Leonardo, MBDA und Saab; zwei Mitglieder vertraten Forschungsinstitute, Fraunhofer und TNO; und ein Mitglied vertrat die Lobbyorganisation der Rüstungsindustrie, AeroSpace and Defence Industries Association of Europe.

• Der Kommissionsvorschlag, der schließlich zur Einrichtung des Europäischen Verteidigungsfonds führte, basierte auf einem von der Expertengruppe vorgelegten Bericht. Ganze Abschnitte wurden wortwörtlich aus dem Bericht der Expertengruppe kopiert und in den Kommissionsvorschlag für den Verteidigungsfonds eingefügt.

• Die Unternehmen und Organisationen, die von der Expertengruppe repräsentiert werden, profitierten massiv von den Budgets, die sie selbst mitgestalten konnten. Konkret erhielten die Mitglieder der Expertengruppe bisher über 86 Mio. EUR bzw. 30,7 % der zugewiesenen Gelder. Da die gesamte Verteilung aber noch nicht veröffentlicht wurde, ist es wahrscheinlich, dass diese Akteure sogar noch mehr Geld erhalten haben.

Die EU subventioniert wissentlich Rüstungsunternehmen, die in höchst fragwürdige Machenschaften verwickelt sind. Die Achtung von Menschenrechtsstandards und Rechtsstaatlichkeit - zwei der zentralen Werte der EU - werden von ihnen nicht gewährleistet.

Dass die EU wissentlich Unternehmen mit europäischen Steuergeldern finanziert, die in dubiose und höchst umstrittene Waffengeschäfte verwickelt sind, Atomwaffen herstellen oder wegen Korruption angeklagt sind, wirft ernste Fragen darüber auf, welche Standards die EU anwendet, bevor sie Hunderte von Millionen an Militärausgaben bewilligt.

• Die sieben größten Profiteure dieser EU-Mittel sind an höchst umstrittenen Waffenexporten in Länder beteiligt, die sich in bewaffneten Konflikten befinden oder in denen autoritäre Regime herrschen und Menschenrechtsverletzungen an der Tagesordnung sind.

• Durch die finanzielle Unterstützung dieser Unternehmen finanziert die EU indirekt die nukleare Aufrüstung, da viele der Empfänger dieser Gelder auch an der Entwicklung, Herstellung oder Wartung von Atomwaffen beteiligt sind.

• Gegen fünf der acht größten Begünstigten sind in den letzten Jahren erhebliche Korruptionsvorwürfe erhoben worden. Diese fünf sind Leonardo, Safran, Thales, Airbus und Saab.

Zwar liegen noch nicht alle Informationen über die im Rahmen von PADR und EDIDP bewilligten Mittel vor, jedoch wissen wir, dass die EU derzeit 62 militärische Forschungs- und Innovationsprojekte mit insgesamt 576,5 Mio. EUR finanziert (der Gesamtbetrag liegt eher bei 600 Mio. EUR, aber die für Verwaltungs- und interne Kosten aufgewendeten Mittel wurden hier nicht berücksichtigt).

• Die vorliegenden Zahlen zeigen, dass 68,4 % des Budgets an Frankreich, Deutschland, Italien und Spanien gehen.

• Dies sind die Länder, in denen Europas größte Rüstungsunternehmen ihren Sitz haben, und zudem die EU-Mitgliedstaaten mit dem größten Waffenexportvolumen.

• Unternehmen aus diesen vier Ländern koordinieren 42 der 62 Projekte (67,7 %).

• Frankreich ist der Hauptprofiteur mit einem Anteil von mehr als einem Viertel der bisher bereitgestellten Mittel (26,44 %).

• Der italienische Rüstungsriese **Leonardo**, das größte Rüstungsunternehmen der EU, ist mit 28,7 Millionen Euro der größte Einzelempfänger. Weitere Unternehmen in den Top 5 (einschließlich ihrer Tochtergesellschaften in der EU) sind das spanische Unternehmen **Indra** (22,78 Mio. EUR), die französische Unternehmen **Safran** (22,33 Mio. EUR) und **Thales** (18,64 Mio. EUR) und das transeuropäische Unternehmen **Airbus** (10,17 Mio. EUR).

• Im Kontrast dazu erhält fast die Hälfte der EU-Länder jeweils weniger als 1 % der Mittel.

• Die untersuchten Förderprogramme finanzieren nicht nur die Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten der Rüstungsindustrie, sondern rufen die EU-Länder aktiv dazu auf, die entsprechenden Waffen und Technologien zu kaufen, sie in ihr Verteidigungsarsenal aufzunehmen oder ihren Export in Länder außerhalb Europas zu fördern. Das Endergebnis sind hochmoderne Armeen innerhalb der EU und der Ausbau der EU zu einer globalen Militärmacht, sowie ebenso tödliche Armeen außerhalb der Union, deren militärische Kapazitäten durch europäische Waffenexporte aufgestockt wurden.

• Die gesamten Militärausgaben der acht größten Empfängerstaaten der hier analysierten EU-Budgets beliefen sich im Jahr 2020 auf über 42 Milliarden US-Dollar. Das bestätigt, dass der europäische Verteidigungsfonds in erster Linie dazu dient, die größten und profitabelsten europäischen Rüstungsunternehmen zu subventionieren.

Die Kontrollen, die zur Genehmigung der Finanzierung neuartiger tödlicher Waffen durchgeführt werden, entsprechen nicht einmal niedrigsten rechtlichen und ethischen Standards. Das bedeutet, dass die Waffen, wenn sie schließlich zum Einsatz kommen, die Kriegsführung dauerhaft verändern dürften.

Disruptive Waffen

Unser Bericht konzentriert sich auf vier spezifische Kategorien von Militärgütern: (1) disruptive Verteidigungs- und Sicherungsprojekte, (2) disruptive Verteidigungsgüter, (3) nicht-disruptive Verteidigungsgüter und (4) disruptive Gefechtssystemprojekte.

- Mindestens 22 der 34 untersuchten Projekte zielen auf die Entwicklung disruptiver Güter ab, die in Zukunft entweder in der Verteidigung oder im Kampf eingesetzt werden könnten. Die Entwicklung oder Nutzung unbemannter Systeme ist in mindestens 12 der 34 Projekte enthalten. Der Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) als disruptives Hilfsmittel ist Bestandteil von mindestens sechs Projekten. Während die Erforschung und Entwicklung völlig autonomer tödlicher Waffen im Rahmen der EU-Haushaltlinien noch nicht zulässig ist, werden andere automatisierte Waffen, autonome Systeme und umstrittene Technologien bereits entwickelt. Es ist zu befürchten, dass dies Teil einer unaufhaltsamen Entwicklung werden könnte, durch die letztendlich – wenn auch unwissentlich - die Entwicklung von Waffen wie „**Killerrobotern**“ finanziert werden könnte. Diese Veränderungen geschahen, ohne dass eine ernsthafte Debatte über die schwerwiegenden rechtlichen und ethischen Folgen des Einsatzes „intelligenter“ Waffen im Krieg geführt wurde.

- Das Verfahren der EU zur **Bewertung rechtlicher und ethischer Risiken** stützt sich hauptsächlich auf Selbsteinschätzungen der Antragsteller (überwiegend Privatunternehmen), die auf EU-Fördermittel hoffen. Diese Selbsteinschätzung ist letztendlich nur ein Pflichtthema, dass abgehakt werden muss. Die Verpflichtungen, die nach dem humanitären Völkerrecht staatlichen Akteuren obliegen, werden auf private Antragsteller abgewälzt, was de facto zu einer Deregulierung von Brüssels vielleicht gefährlichstem Finanztopf führt. Versuche der Zivilgesellschaft, Zugang zu weiteren Informationen über die ethischen und rechtlichen Verfahren zu erhalten, wurden unzureichend beantwortet, und Informationen wurden bewusst zurückgehalten, was ernsthafte Bedenken hinsichtlich Transparenz und demokratischer Kontrolle aufkommen lässt.

- **Die geförderten Technologien können zu Verstößen gegen EU- und internationales Recht führen, sobald sie in der Praxis eingesetzt werden.** Menschen, die technische Systeme programmieren oder bedienen, neigen selbst bei human-in-the-loop-Verfahren dazu, sich von automatisierten Lösungen und computergeneriertem Wissen beeinflussen zu lassen, anstatt sich um andere Kontrollmöglichkeiten zu bemühen. In der Vergangenheit hat dies dazu geführt, dass Streitkräfte beispielsweise ihre eigenen Kampfflugzeu-

ge oder die ihrer Verbündeten abgeschossen haben. Das Büro des Europäischen Bürgerbeauftragten fand es besorgniserregend, „dass es keine detaillierte Bewertung der Übereinstimmung der Projekte mit internationalem Recht gibt“.

- Besonders problematisch sind neuartige Waffen basierend auf Laser- und elektromagnetischen Systemen, KI-Systemen, elektronischen Geräten und Cyber-Response, unbemannten Systemen, Kampfdrohnen und Zielortungs-, Verfolgungs- und Kennzeichnungssystemen. Insbesondere ist nicht klar, auf welche Weise „intelligente“ Waffen in Kriegssituationen zwischen Zivilisten und bewaffneten Kämpfern unterscheiden können.

Profite von Rüstungsunternehmen statt Wohlergehen der Menschen

Der EVF und seine Vorläuferprogramme zielen ausdrücklich darauf ab, die „globale Wettbewerbsfähigkeit“ der europäischen verteidigungstechnologischen Industrie zu stärken. Es besteht eine absolute Diskrepanz zwischen den entwickelten Technologien und den Konsequenzen, die sie jenseits ihrer Profite haben können. Sie werden zwangsläufig europäische Waffenexporte ankurbeln und das globale Wettrennen anheizen, was wiederum zu mehr Kriegen, größerer Zerstörung, einem beträchtlichen Verlust an Menschenleben und verstärkten Fluchtbewegungen führen wird. Angesichts einer globalen Pandemie war es noch nie so klar wie jetzt, dass wir neu definieren müssen, was wir unter Sicherheit verstehen.

Wir müssen uns fragen, was wir brauchen, um uns sicher fühlen. Sind es Investitionen in Rüstung, militärische Infrastruktur und eine hochausgerüstete Armee? Oder ist es der garantierte Zugang zu einem funktionierenden öffentlichen Gesundheitssystem, Bildung und sozialen Diensten, die Bewältigung des Klimawandels und anderer Herausforderungen, vor denen wir stehen? Mit der Bewilligung von Milliarden von Euro für Rüstungsvorhaben hat die EU eine politische Entscheidung getroffen. Sie hat sich dafür entschieden, die Profite von Rüstungsunternehmen über das Wohlergehen ihrer Bürger zu stellen.

Dadurch schürt sie die Unsicherheit und die Gefahr eines Krieges, statt sie einzudämmen.

Das Transnational Institute (TNI) ist ein internationales Forschungs- und Advocacy-Institut, das sich für den Aufbau eines gerechten, demokratischen und nachhaltigen Planeten einsetzt. Es fungiert seit mehr als 40 Jahren als ein einzigartiges Bindeglied zwischen sozialen Bewegungen, engagierten WissenschaftlerInnen und politischen EntscheidungsträgerInnen. <https://www.tni.org/files/publication-downloads/ol-ins-feuer-execsum-de.pdf>

Özlem Alev Demirel und Jürgen Wagner: **Strategischer Kompass weist den Weg zur Militärmacht EU** – [heise.de](https://www.heise.de)

EU-Aufrüstung und Militarisierung, in **SiG-Biblio Nr.4** „Nein zum EU-Reformvertrag“ (2008)

EU-Beitritt der Ukraine wäre gleichbedeutend mit einer NATO-Mitgliedschaft

Russlands Invasion bringt einiges in Bewegung. Es handelt sich um einen militärischen Vorgang, doch sind im Verständnis solcher Ereignisse Öffentlichkeit und Medien weitgehend ungebüht. Der Mangel an Deutungskompetenz erinnert an die Frühphase der Corona-Pandemie. [...] Heute erleben wir einen analogen Mangel. Die Folge davon ist, dass politische Optionen von ihren militärischen Implikationen her nicht voll begriffen werden. Als Beispiel sei der Antrag „Sofort-Mitgliedschaft der Ukraine in der EU“ herausgegriffen. Dieser wird in der Öffentlichkeit überwiegend als Bitte um einen symbolischen Akt der Solidarität und Anteilnahme aufgefasst. Geht die Interpretation darüber hinaus, dann als Vorgang von weitreichender wirtschaftspolitischer Bedeutung. Dass es eine bündnispolitische Komponente gibt, wird ausgeblendet. Die EU-Mitgliedschaft ist jedoch inzwischen – seit Ende 2007, seit der Einigung über den Lissabon-Vertrag – in Wahrheit ein funktionales Äquivalent für eine NATO-Mitgliedschaft.

Wolodymyr Selenskyj fordert EU-Beitritt der Ukraine

Der Präsident der Ukraine, Wolodymyr Selenskyj, dürfte das gewusst haben. Und wenn nicht er, dann seine Berater. Er hat am 28. Februar, vier Tage nach Beginn des russischen Angriffskriegs, nicht nur prinzipiell die Aufnahme in die EU verlangt, sondern die sofortige Integration in einem extra dafür einzurichtenden Ausnahmeverfahren: „Wir fordern von der Europäischen Union den sofortigen Beitritt der Ukraine über ein neues Sonderverfahren.“ Im Erfolgsfall hätte das bewirkt, dass die EU-Staaten damit beistandspflichtig und Kriegsparteien geworden wären. Es wäre zu einer Ausweitung des Krieges gekommen, als hätte man in der NATO dem Verlangen aus Kiew nach einer Flugverbotszone über ukrainischem Territorium entsprochen.

Ziel solcher Forderungen für die ukrainische Regierung ist es, in der jetzigen Situation jenen militärischen Beistand zu erreichen, der 2008 auf dem NATO-Gipfel in Bukarest in Aussicht stand, aber bis auf Weiteres aufgeschoben wurde. Selenskyjs kommunikative Strategie besteht darin, dies nicht explizit zu artikulieren, sondern hinter unproblematisch und legitim erscheinenden Bitten zu verbergen. In den militärpolitisch unterbelichteten Öffentlichkeiten der EU wird das breit diskutiert, mit ethischer und moralischer Grundierung, ohne sich des bündnispolitischen Rattenschwanzes gewahr zu sein.

Nach Selenskyjs Einlassung am 28. Februar zeigte sich die EU zunächst gespalten. Noch am Abend des gleichen Tages signalisierten die Regierungschefs von acht mittelosteuropäischen Mitgliedern – Bulgarien, Tschechien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, die Slowakei und Slowenien (nicht Rumänien und Ungarn) – ihre Unterstützung für den Antrag. Diese Länder waren einst entweder Republiken der Sowjetunion oder Teil des Warschauer Pakts. Allerdings haben sie Selenskyjs Begehren die bündnispolitische Spitze genommen, indem sie sich lediglich für einen Kandidatenstatus des Antragstellers aussprachen. Das wiederum wurde geschickt kommuniziert. Man stellte nur das Positive heraus, die Zustimmung eben. Die Ablehnung des Eigentlichen hingegen fand nur implizit Erwäh-

nung, ohne gesondert ausgeführt zu werden. Folglich konnte die Ukraine nicht wie erhofft kurzfristig den Kollektivschutz aus der Bündnisverpflichtung von [Artikel 42 Absatz 7 des EU-Vertrages](#) erreichen.

Außenministerin Annalena Baerbock musste noch am gleichen Tag bei einer Pressekonferenz in Slowenien die undankbare Aufgabe schultern, das Bürokratische vorzuschieben, um zu begründen, dass die Aufnahme „ein Prozess“ bleiben müsse. Als ob das der Sinn des Vorstoßes von Selenskyj gewesen wäre. So blieb die tatsächliche Intention einer Expressaufnahme in die EU unausgesprochen – und zwar auf beiden Seiten. Die Medien hielten sich an die abgegebenen Erklärungen und glaubten, professionellen Grundsätzen gerecht zu werden. Eine informierte Öffentlichkeit zu Schicksalsfragen entsteht auf diese Weise nicht.

EU-Mitgliedschaft oder NATO-Mitgliedschaft für Ukraine gleichbedeutend

Jahrzehntlang beanspruchte die NATO eine vertraglich vereinbarte kollektive Sicherheit als Alleinstellungsmerkmal in Europa. Seit der Übereinkunft von Lissabon, getroffen am 13. Dezember 2007, ist es damit vorbei. Dieses Abkommen, das die zuvor gescheiterte EU-Verfassung ersetzt, enthält eine EU-weite Beistandsverpflichtung in dem bewussten Artikel 42. Mit dem Aachener Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit und Integration vom 22. Januar 2019 kam in diesem Dokument mit Artikel 4 eine bilaterale Beistandsklausel hinzu. Als Anlass, sie zu erfüllen, wird auf einen „bewaffneten Angriff“ („armed aggression“) im Sinne von [Artikel 51 der UN-Charta](#) verwiesen. Unterschiedlich streng ist die Auslegung der Beistandspflicht für den Ernstfall.

Doch ändert das grundsätzlich nichts daran, dass sich der Lissabon-, der Aachener und der NATO-Vertrag in diesem Punkt überlappen und ihr Zusammenwirken wenig durchdacht scheint. Fest steht: Ist die Ukraine EU-Mitglied, kann sie im Fall eines bewaffneten Konflikts mit Russland den militärischen Beistand der EU-Mitgliedstaaten verlangen. Da diese Länder bis auf wenige Ausnahmen zugleich der NATO angehören, heißt das: Gewährt auch nur ein EU-Staat, gegebenenfalls ohne Abstimmung im EU-Ministerrat, militärische Unterstützung und wird daraufhin auf dem eigenen Territorium oder anderswo in Kampfhandlungen verwickelt, kann dieser Staat allein die Beistandspflicht der NATO reklamieren.

Das heißt, militärisch beziehungsweise bündnispolitisch ist eine Mitgliedschaft in der EU somit ein fast vollständiges Substitut für eine explizite NATO-Mitgliedschaft. Insofern vergäbe sich die Ukraine bündnispolitisch so gut wie nichts, würde sie eine NATO-Zugehörigkeit gegen eine in der EU tauschen oder umgekehrt. Nur: Über eine NATO-Mitgliedschaft entscheiden Regierungen und Parlamente, über eine EU-Mitgliedschaft zunächst die Brüsseler Institutionen – das ist ein Unterschied.

Jochen Luhmann ist Senior Expert des [Wuppertal Instituts](#)

<https://www.freitag.de/autoren/der-freitag/eu-und-die-ukraine-ueberlappende-pflichten>

Bewegungen in Lateinamerika gegen den Ukraine-Krieg: "Für das Leben und den Frieden in der Welt"

San Cristóbal de Las Casas et al. Im mexikanischen Bundesstaat Chiapas haben mehr als 5.000 Mitglieder der Zapatistischen Armee der Nationalen Befreiung (EZLN) und der Sechsten Zapatistischen Kommission gegen den Ukraine-Krieg und "die weltweiten kapitalistischen Kriege" [protestiert](#).



Demonstration der EZLN in San Cristóbal de las Casas

"Russische Armee raus aus der Ukraine", "Weder Selenskyj noch Putin – Schluss mit dem Krieg", "Stoppt den kapitalistischen Krieg gegen die Völker der Ukraine und Russlands", "Leben und Frieden in der Welt", waren einige ihrer [Parolen](#) bei der Demonstration in San Cristóbal de Las Casas. Auf Spruchbändern und Plakaten [wiesen](#) die Protestierenden zudem darauf hin, dass Krieg nicht nur in der Ukraine, sondern auch in Palästina, Kurdistan, Syrien, in Chile gegen die Mapuche "und gegen die indigenen Völkern auf der ganzen Welt" herrsche. Dies sei der Beginn einer internationalen Kampagne "gegen die Kriege des Kapitals, unabhängig von der geografischen Lage", erklärte die EZLN. Sie werde Konzerte, Festivals und Versammlungen organisieren und lade "alle ehrlichen Menschen, Gruppen, Kollektive, Organisationen und Bewegungen in Mexiko und auf der ganzen Welt ein, sich an den Aktivitäten dieser Kampagne zu beteiligen, um ein Ende des Krieges zu fordern". Die EZLN hatte sich bereits Anfang März gegen den Einmarsch Russlands in der Ukraine, aber auch gegen den Nationalismus der ukrainischen Regierung positioniert und vor einer weiteren Eskalation gewarnt. Die Zapatistas riefen dazu auf, die mit ihnen verbundenen libertären Kreise in der Ukraine und in Russland zu unterstützen und weiter gegen den Krieg zu demonstrieren: "Der Krieg muss jetzt gestoppt werden. Wenn er anhält und, wie zu erwarten, eskaliert, wird es vielleicht niemanden geben, der von der Landschaft nach der Schlacht berichten wird".

"Wir sind gegen alle Kriege und verteidigen immer den Frieden und die Geschwisterlichkeit zwischen den Völkern", heißt es in einer [Stellungnahme](#) zahlreicher lateinamerikanischer politischer und sozialer Organisationen.

Darunter sind die Landlosenbewegung MST (Brasilien), der Congreso de Los Pueblos und Marcha Patriótica (Kolumbien), der größte Gewerkschaftsdachverband Brasiliens CUT, die Linkspartei Frente Amplio (Dominikanische Republik), Indigene und Afroamerikanische Verbände und die Left Alliance for National Democracy and Socialism (Jamaika). **"Wir kämpfen für das Ende der Nato, wegen ihrer Operationen in Afrika und im Nahen Osten, der Angriffe auf Libyen, Irak und Syrien.** Hier in Lateinamerika greift sie mit ihrer Militärbasis auf den Malwinen und der Unterstützung der kolumbianischen Regierung unsere Völker und unsere Souveränität an". Die US-Regierung müsse ihre "Kriegstreiberie beenden, die seit 1950 in 33 Länder militärisch interveniert und Millionen Menschen getötet hat."



Demonstration in Buenos Aires: "Gegen die Nato und US-europäischen Imperialismus – Frieden mit Würde und Selbstbestimmung" Quelle: [resumenlatinoamericano](#)

Kriege seien nur für das transnationale Kapital und den militärisch-industriellen Komplex der reichen und mächtigen Länder von Interesse, die sich der staatlichen Haushalte bemächtigten und vom Tod der Menschen profitierten. Die Gremien der Vereinten Nationen müssten so umstrukturiert werden, dass nicht nur die Regierungen, sondern auch die populären und gesellschaftlichen Organisationen daran beteiligt werden. Die Organisationen setzen sich für "den Aufbau einer multipolaren Welt, einer Welt ohne hegemoniale Imperien, ohne Machtkonzentration und ohne Atomwaffen" ein.

In Argentinien haben mehrere soziale Organisationen in der Hauptstadt gegen den Krieg [demonstriert](#) und dabei die Politik der USA und der Europäischen Union ins Zentrum ihrer Kritik gestellt: Der "kriegstreiberische Plan der Nato" habe die Feindseligkeiten in Gang gesetzt, "indem sie Russland eingekreist" und die rechte Regierung in der Ukraine mit Waffen und Geld unterstützt habe. Bei ihrer Kundgebung vor dem Außenministerium kritisierten die Demonstrierenden auch die Politik der argentinische Regierung, die "nicht nur alles verteidigt, was von den USA kommt, sondern auch mit dem IWF paktiert."

Zur weltweiten Kampagne "Die Menschheit gegen die Nato" haben sich Intellektuelle, Persönlichkeiten sowie Politikerinnen und Politiker aus mehreren lateinamerikanischen Ländern, aber auch aus Europa und den USA [zusammengeschlossen](#). Neben vielen anderen beteiligen sich der Befreiungstheologe Frei Betto (Brasilien), Senatorin Piedad Córdoba (Kolumbien), mehrere Mitglieder der Vereinten Sozialistischen Partei Venezuelas (PSUV), der Parlamentsabgeordnete Renán Cabeza (Bolivien) und aus Europa u.a. der Autor Ignacio Ramonet (Frankreich). Die militärische Konfrontation in der Ukraine sei "ein schmerzhaftes menschliches Drama", heißt es in der Erklärung. **Die Kampagne fordert die Einhaltung der Minsker Abkommen**, um eine friedliche und verhandelte Lösung des Konflikts zwischen der Nato und Russland zu erreichen und drückt ihre **Solidarität mit den Familien** aus, die bei den Kämpfen Angehörige verloren haben. **Sie kritisiert**

"den Expansionsdrang der Nato und die Ausweitung ihrer Militärstützpunkte in der Welt". Die Nato sei zu "einer Bedrohung für das Leben, die Souveränität der Völker und den Weltfrieden" geworden. "Diese Tatsache trägt zweifellos dazu bei, die ernste politisch-militärische Lage in der heutigen Welt zu erklären".

Kritisiert wird auch der Einsatz von Söldnern und die Lieferung von Kriegsmaterial an die Konfliktparteien.

Dies trage zur Eskalation und nicht zur Entschärfung des aktuellen Konflikts bei.

Die Kampagne **fordert zudem die sofortige Einstellung aller einseitigen Zwangsmaßnahmen**, die "die internationale Rechtsordnung verletzen und unterschiedslos die Bevölkerung treffen und die Menschenrechte untergraben."

<https://amerika21.de/2022/03/257232/bewegungen-lateinamerika-ukraine-krieg>

German Foreign Policy

Russlands Überfall und die westlichen Sanktionen führen zu Zunahme von Hunger und Unterernährung weltweit

Unterernährung in Ostafrika

Russlands Invasion in die Ukraine wird zu einer weltweiten Zunahme von Hunger und Unterernährung führen. Nachdem Russland Mitte März weitgehende Exportbeschränkungen für Weizen und weitere Getreidearten verhängt hat, die mindestens bis Ende Juni aufrechterhalten werden sollen, warnen nun Nichtregierungsorganisationen vor einer Hungerkrise in Teilen des globalen Südens.

Moskau erklärt, mit dem faktischen Exportstopp die Versorgung der eigenen Bevölkerung sicherstellen zu wollen, da die westlichen Sanktionen auch Nahrungsmittellieferungen nach Russland behindern.

Laut der Entwicklungsorganisation Oxfam droht vor allem in Ostafrika eine Hungersnot; von ihr könnten bis zu 28 Millionen Menschen betroffen sein, falls die Regenfälle in diesem Frühjahr ausbleiben. Konkret stünden „Gebiete in Äthiopien, Kenia, Somalia“ sowie im Südsudan vor einer „Katastrophe“, warnte kürzlich ein Oxfam-Sprecher.[1] Die Länder Ostafrikas beziehen demnach rund 90 Prozent ihrer Weizenimporte aus Russland und der Ukraine, weshalb der Krieg bereits zu einer Verdoppelung der Grundnahrungsmittelpreise in besonders armen Ländern wie Somalia geführt hat. Der Krieg zwischen der Ukraine und Russland, die zu den wichtigsten Weizenexporteuren weltweit zählen, werde sich global in steigenden Lebensmittelpreisen äußern, hieß es weiter bei Oxfam; doch seien „die ärmsten und schwächsten Menschen“ davon am „stärksten und schnellsten betroffen“. Der rasante Anstieg der Grundnahrungsmittel-, Energie- und Rohstoffpreise untergrabe die Möglichkeiten der „hoch verschuldeten afrikanischen Regierungen“, den Hunger in der Region zu bekämpfen, heißt es.[2]

Instabilität in der arabischen Welt

Nicht nur in Ostafrika, auch in den arabischen Ländern droht eine Nahrungsmittelkrise, die sehr schnell zu weiterer politischer Instabilität führen kann. Nahrungsmittelengpässe treten dabei laut aktuellen Berichten auch in kriegsverwüsteten oder krisengeschüttelten Ländern wie dem Jemen oder dem Libanon auf, die auf ukrainisches Getreide angewiesen sind.[3] Auch in Ägypten, Marokko, Tunesien, dem Irak und Jordanien sei die politische und soziale Lage angespannt; bei weiter steigenden Getreidepreisen drohten dort „Hungerrevolten“.

Besonderes Augenmerk wird aktuell auf Ägypten gelegt, wo eine frühere Preisexplosion bei Lebensmitteln den Aufstand Anfang 2011 und den Sturz der Regierung von Präsident Hosni Mubarak befeuerte. Dort mache sich Unruhe breit, heißt es, nachdem die Regierung von Staatschef Abd al Fattah al Sisi angekündigt habe, die stark subventionierte Brotration von fünf auf drei Brotfladen zu reduzieren. Ägypten mit seinen 100 Millionen Einwohnern, von denen rund 60 Prozent in Armut leben, bezog rund die Hälfte seiner Getreideimporte aus der Kriegsregion in Osteuropa; die Getreidepreise sind dort bereits um 65 Prozent in die Höhe geschossen. Im Libanon, der sich in einer schweren Schulden- und Wirtschaftskrise befindet, leben schon jetzt rund 70 Prozent der Bevölkerung in Armut; das Land importierte sogar 95 Prozent seines Getreides aus dem Schwarzmeergebiet. Besonders dramatisch gestaltet sich die Lage im Bürgerkriegsland Jemen, wo ohnehin bereits rund 20 der 32 Millionen Einwohner vom Hunger bedroht sind.

Entwicklungshilfe gekürzt

Bundesentwicklungsministerin Svenja Schulze warnt ausdrücklich vor Hungersnöten im globalen Süden, die zu „Brotaufständen“ führen könnten wie „vor elf Jahren im arabischen Raum“. Dies könne eine „neue Welle der Instabilität“ nach sich ziehen.[4] Schulze fordert deshalb mehr Geld für die deutsche Entwicklungshilfe, die laut den bisherigen Planungen in diesem Jahr um 12,6 Prozent gekürzt werden soll. Die „Herausforderungen“ würden nicht kleiner, sondern größer, klagt Schulze, da vor dem Krieg Russland und die Ukraine rund 30 Prozent aller Weizen- und 20 Prozent aller Maisexporte auf sich vereinigt hätten. Russlands Überfall hat bereits den Export von rund zehn Millionen Tonnen Weizen und acht Millionen Tonnen Mais blockiert, die in den Häfen der Ukraine lagern; es handelt sich um rund 25 Prozent der ukrainischen Jahresproduktion.

Überdies ist nicht klar, wie die Frühjahrssaat in der Kriegsregion bewerkstelligt werden soll, falls der Krieg nicht bald beendet wird. Damit würde die drohende Hungerkrise in weiten Teilen des globalen Südens zu einem längerfristigen Problem – dies umso mehr, als die aktuellen Hilfsmaßnahmen für die Ukraine dazu führen, dass die Spenden für Hungergebiete im globalen Süden rasch schrumpfen. Bei einer im März in Genf abgehaltenen UN-Geberkonferenz für den Jemen kamen beispielsweise nur 1,3 Milliarden Euro zusammen – nur 30 Prozent des tatsächlich vorhandenen Bedarfs. Die Nothilfe für die Ukraine könne auf „auf Kosten afrikanischer Länder gehen“, heißt es in Berichten, die etwa Mittelkürzungen von rund 70 Prozent für die Sahelzone vermelden.[5]

Auswirkungen auf die EU

In der Bundesrepublik droht zwar kein Brotmangel, da die deutschen Getreidemöhlen, wie berichtet wird, „zu 95 Prozent Getreide aus Deutschland“ verarbeiten.[6] Doch sei die Ukraine ein wichtiger Lieferant von Körnermais, der als Futtermittel in der Milch- und Fleischproduktion eine herausragende Rolle spiele. (...) Diese Importe fielen dieses Jahr aus, weshalb teurere Bezugsquellen etwa in Lateinamerika oder den USA erschlossen werden müssten. Dies werde letztendlich dazu führen, dass „auch die Fleischpreise steigen“, heißt es. Ähnlich stark ist die Abhängigkeit der EU vom Kriegsgebiet bei Speiseölen, vor allem bei Sonnenblumenöl: Dessen Export kam zuletzt zu mehr als drei Viertel von dort – 27 Prozent aus Russland, sogar 51 Prozent aus der Ukraine.[7] [...] [8]

Düngemittelknappheit

Zur weiteren Verschärfung der globalen Nahrungsmittelkrise droht die Düngemittelknappheit beizutragen, die sich rasch aufgrund sanktionsbedingter Lieferstörungen und eines entsprechenden Exportstopps der Russischen Föderation einstellt.[9] Russland ist mit Einnahmen von rund sieben Milliarden US-Dollar der weltweit größte Exporteur von

Düngemitteln, Belarus liegt bei einem Umsatz von 2,9 Milliarden US-Dollar auf Platz sechs. Der Preis für Stickstoffdünger hat sich infolge des Krieges bereits verdoppelt.[10] Viele Staaten Europas und Zentralasiens bezögen mehr als die Hälfte ihres Düngers aus Russland, heißt es; doch selbst die niedrigere Abhängigkeit der deutschen Landwirtschaft, die nur 30 Prozent ihres Düngers aus Russland und Belarus beziehe, sei zu hoch, um die Ausfälle durch Importe „aus anderen Quellen“ zu kompensieren. In Wechselwirkung mit „Risiken“ wie witterungsbedingten Missernten könne dies zu „Produktionsausfällen und Nahrungsmittelknappheit“ führen.

Besonders stark abhängig vom russischen Dünger ist mit Brasilien einer der weltweit wichtigsten Agrarproduzenten; das Land importierte im vergangenen Jahr neun Millionen Tonnen Dünger aus Russland. Die brasilianische Agrarindustrie klagt, die Vorräte reichten nur noch für drei Monate. Während Brasiliens Großgrundbesitzer nach neuen Importquellen in Kanada Ausschau halten, propagiert der ultrarechte Staatschef Jair Messias Bolsonaro bereits die weitere Abholzung des Regenwaldes zwecks Erschließung neuer Anbauflächen [11]. Parallel haben die vier Staaten des südamerikanischen Staatenbundes Mercosur (Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay), Chile und Bolivien eine Kampagne gestartet, Düngemittellieferungen wegen ihrer hohen Bedeutung für die globale Nahrungsmittelproduktion grundsätzlich von den Sanktionen auszunehmen (german-foreign-policy.com berichtete [12]).

- [1], [2] Oxfam warnt vor Hungerkrise in Ostafrika. zeit.de 22.03.2022.
- [3] Ägypten, Jemen und Libanon bekunden Nahrungsmittelengpässe: Diese Folgen hat der Krieg für die arabischen Länder. luzernerzeitung.ch 21.03.2022.
- [4] Entwicklungsministerin fordert mehr Geld und warnt vor Hungersnöten. finanztreff.de 23.03.2022.
- [5] Geberländer kürzen Afrika-Hilfen für Ukraine. migazin.de 14.03.2022.
- [6] Verlorenes Korn. zeit.de 08.03.2022.
- [7] Russland stoppt Getreideexport, Öl aus der Ukraine wird knapp. zeit.de 14.03.2022.
- [8] Warum Sonnenblumenöl derzeit knapp ist. tagesschau.de 18.03.2022.
- [9] Fehlender Dünger aus Russland treibt die Weltmarktpreise. dw.com 21.03.2022.
- [10] Weltweite Düngemittelkrise befürchtet. orf.at 20.03.2022.
- [11] (SiG-Red.) S. Krieg: Knappe Düngemittel befeuern den Raubbau am Amazonas, 6.4.2022 [pressensa.com](https://www.pressensa.com)
- [12] S. dazu „Russland isolieren“ (II). <https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/8882>

Oxfam: Extremer Hunger: Bis zu 28 Millionen Menschen in Ostafrika sind in Gefahr

Bereits jetzt haben in den Ländern Ostafrikas 21 Millionen Menschen mit schwerem Hunger zu kämpfen – inmitten von Konflikten, Überschwemmungen und der schlimmsten Dürre seit 40 Jahren. Gabriela Bucher appelliert: „**Ostafrika kann nicht warten.** Die durch Klimaveränderungen und COVID-19 verursachte Hungerkrise verschärft sich von Tag zu Tag. Oxfam appelliert an alle Geber, die Finanzierungslücke des humanitären Appells der Vereinten Nationen dringend zu schließen. Wir rufen die Regierungen insbesondere der Getreide exportierenden Länder auf, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um geeignete Alternativen zu den Lieferungen der Ukraine in einkommensschwache, von Nahrungsmittelimporten abhängige Länder zu finden.“

Navigation durch unsere Menschlichkeit: Die vier Lehren aus der Ukraine

Der israelische Autor und Wissenschaftler Ilan Pappé hat vielen seiner Leserinnen und Leser geholfen, den Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern besser zu verstehen, im Grunde genommen als einen hoffnungslosen Konflikt zu verstehen. Das ist zwar nicht angenehm, aber es ist ehrlich. Deshalb hatte für mich die Lektüre von einem nachhaltigen und wichtigen Erkenntniswert. Auch seine Aufzeichnung zum Krieg in der Ukraine ist lehrreich. Wir geben diesen Text aus [The Palestine Chronicle](#) mit Genehmigung des Autors auf den NachDenkSeiten wieder. Albrecht Müller.

– 4. März 2022 – Die USA Today berichtete, dass sich ein Foto, das viral ging, weil ein Hochhaus in der Ukraine von russischen Bomben getroffen wurde, als ein Hochhaus im Gazastreifen entpuppte, das im Mai 2021 von der israelischen Luftwaffe zerstört wurde. Einige Tage zuvor beschwerte sich der ukrainische Außenminister beim israelischen Botschafter in Kiew, dass “Sie uns wie Gaza behandeln”; er war wütend darüber, dass Israel die russische Invasion nicht verurteilte und nur daran interessiert war, israelische Bürger aus dem Land zu vertreiben (Haaretz, 17. Februar 2022). Dies war eine Mischung aus einer Anspielung auf die ukrainische Evakuierung ukrainischer Ehefrauen palästinensischer Männer aus dem Gazastreifen im Mai 2021 und einer Erinnerung an Israels uneingeschränkte Unterstützung des ukrainischen Präsidenten für Israels Angriff auf den Gazastreifen in jenem Monat (ich werde auf diese Unterstützung am Ende dieses Artikels zurückkommen).

Die Angriffe Israels auf den Gazastreifen sollten in der Tat erwähnt und berücksichtigt werden, wenn es um die Bewertung der gegenwärtigen Krise in der Ukraine geht.

Es ist kein Zufall, dass die Fotos verwechselt werden – in der Ukraine sind nicht viele Hochhäuser eingestürzt, aber im Gazastreifen gibt es eine Fülle von zerstörten Hochhäusern. Es ist jedoch nicht nur die Heuchelei in Bezug auf Palästina, die zum Vorschein kommt, wenn wir die Krise in der Ukraine in einem größeren Kontext betrachten; es ist die allgemeine westliche Doppelmoral, die hinterfragt werden sollte, ohne auch nur einen Moment lang gleichgültig gegenüber den Nachrichten und Bildern zu sein, die uns aus dem Kriegsgebiet in der Ukraine erreichen: traumatisierte Kinder, Flüchtlingsströme, Anblicke von durch Bombardierungen zerstörten Gebäuden und die drohende Gefahr, dass dies nur der Anfang einer menschlichen Katastrophe im Herzen Europas ist.

Gleichzeitig können wir, die wir die menschlichen Katastrophen in Palästina erleben, darüber berichten und sie verarbeiten, der Heuchelei des Westens nicht entgehen, und wir können darauf hinweisen, ohne auch nur einen Moment lang unsere menschliche Solidarität und Empathie mit den Opfern eines jeden Krieges zu schmälern. Wir müssen dies tun, denn die moralische Unehrlichkeit, die der betrügerischen Agenda der westlichen politischen Eliten und Medien zugrunde liegt, wird es ihnen einmal mehr ermöglichen,

ihren eigenen Rassismus und ihre Straflosigkeit zu verbergen, da sie Israel und seiner Unterdrückung der Palästinenser weiterhin Straffreiheit verschaffen. Ich habe vier falsche Annahmen ausgemacht, die den Kern des bisherigen Engagements der westlichen Elite in der Ukraine-Krise bilden, und habe sie als vier Lektionen formuliert.

Lektion eins: Weiße Flüchtlinge sind willkommen, andere weniger

Die beispiellose kollektive Entscheidung der EU, ihre Grenzen für die ukrainischen Flüchtlinge zu öffnen, gefolgt von einer zurückhaltenderen Politik Großbritanniens, kann nicht unbemerkt bleiben im Vergleich zu der Schließung der meisten europäischen Tore für die Flüchtlinge aus der arabischen Welt und Afrika seit 2015. Die eindeutig rassistische Prioritätensetzung, bei der zwischen Lebenssuchenden aufgrund ihrer Hautfarbe, Religion und ethnischen Zugehörigkeit unterschieden wird, ist verabscheuungswürdig, wird sich aber wahrscheinlich nicht so bald ändern. Einige europäische Staats- und Regierungschefs schämen sich nicht einmal, ihren Rassismus öffentlich kundzutun, wie der bulgarische Premierminister Kiril Petkov:

“Sie [die ukrainischen Flüchtlinge] sind nicht die Flüchtlinge, an die wir gewöhnt sind ... diese Menschen sind Europäer. Diese Menschen sind intelligent, sie sind gebildete Menschen. ... Dies ist nicht die Flüchtlingswelle, an die wir gewöhnt sind, Menschen, deren Identität wir nicht sicher waren, Menschen mit unklarer Vergangenheit, die sogar Terroristen gewesen sein könnten...”

Er ist nicht allein. Die westlichen Medien sprechen ständig von “unserer Art von Flüchtlingen”, und dieser Rassismus zeigt sich deutlich an den Grenzübergängen zwischen der Ukraine und ihren europäischen Nachbarn. Diese rassistische Haltung mit stark islamfeindlichen Untertönen wird sich nicht ändern, da die europäische Führung immer noch das multiethnische und multikulturelle Gefüge der Gesellschaften auf dem gesamten Kontinent leugnet. Eine menschliche Realität, die durch jahrelangen europäischen Kolonialismus und Imperialismus geschaffen wurde und die von den derzeitigen europäischen Regierungen gelehnt und ignoriert wird, während sie gleichzeitig eine Einwanderungspolitik verfolgen, die auf demselben Rassismus beruht, der den Kolonialismus und Imperialismus der Vergangenheit durchdrungen hat.

Lektion zwei: Man kann in den Irak einmarschieren, aber nicht in die Ukraine

Die mangelnde Bereitschaft der westlichen Medien, die russische Entscheidung zur Invasion in den Kontext einer umfassenderen – und offensichtlichen – Analyse der 2003 veränderten internationalen Spielregeln zu stellen, ist ziemlich verwirrend. Es ist schwierig, eine Analyse zu finden, die auf die Tatsache hinweist, dass die USA und Großbritannien das

internationale Recht auf die Souveränität eines Staates verletzt haben, als ihre Armeen mit einer Koalition westlicher Länder in Afghanistan und im Irak einmarschierten. Die Besetzung eines ganzen Landes zu politischen Zwecken wurde in diesem Jahrhundert nicht von Wladimir Putin erfunden; sie wurde vom Westen als gerechtfertigtes Mittel der Politik eingeführt.

Lektion drei: Manchmal kann Neonazismus toleriert werden

Die Analyse versäumt es auch, einige von Putins stichhaltigen Argumenten in Bezug auf die Ukraine hervorzuheben, die keineswegs die Invasion rechtfertigen, sondern bereits während der Invasion unsere Aufmerksamkeit erfordern. Bis zur gegenwärtigen Krise haben uns die progressiven westlichen Medien wie The Nation, The Guardian, Washington Post usw. vor der wachsenden Macht neonazistischer Gruppen in der Ukraine gewarnt, die sich auf die Zukunft Europas und darüber hinaus auswirken könnten. Dieselben Zeitungen tun heute die Bedeutung des Neonazismus in der Ukraine ab.

The Nation berichtete am 22. Februar 2019: "Heute widerlegen zunehmende Berichte über rechtsextreme Gewalt, Ultrationalismus und die Aushöhlung der Grundfreiheiten die anfängliche Euphorie des Westens. Es gibt Neonazi-Pogrome gegen die Roma, ungezügelter Angriffe auf Feministinnen und LGBT-Gruppen, Bücherverbote und staatlich geförderte Verherrlichung von Nazi-Kollaborateuren."

Zwei Jahre zuvor warnte die Washington Post (15. Juni 2017) sehr scharfsinnig davor, dass ein ukrainischer Zusammenstoß mit Russland uns nicht die Macht des Neonazismus in der Ukraine vergessen lassen sollte:

"Während der Kampf der Ukraine gegen die von Russland unterstützten Separatisten weitergeht, sieht sich Kiew mit einer weiteren Bedrohung für seine langfristige Souveränität konfrontiert: mächtige rechtsgerichtete ultrationalistische Gruppen. Diese Gruppen schrecken nicht davor zurück, Gewalt anzuwenden, um ihre Ziele zu erreichen, die sicherlich im Widerspruch zu der toleranten, westlich orientierten Demokratie stehen, die Kiew angeblich anstrebt."

Heute jedoch nimmt die Washington Post eine ablehnende Haltung ein und bezeichnet eine solche Beschreibung als "falsche Anschuldigung":

"In der Ukraine operieren mehrere nationalistische paramilitärische Gruppen, wie die Asow-Bewegung und der Rechte Sektor, die eine neonazistische Ideologie vertreten. Obwohl sie sehr bekannt sind, scheinen sie wenig öffentliche Unterstützung zu haben. Nur eine rechtsextreme Partei, Svoboda, ist im ukrainischen Parlament vertreten, und zwar mit nur einem Sitz."

Vergessen sind die früheren Warnungen eines Blattes wie The Hill (9. November 2017), der größten unabhängigen Nachrichtenseite in den USA:

"Es gibt in der Tat Neonazi-Formationen in der Ukraine. Dies wurde von fast allen großen westlichen Medien mit überwältigender Mehrheit bestätigt. Die Tatsache, dass Analysten in der Lage sind, dies als von Moskau verbreitete Propaganda abzutun, ist zutiefst beunruhigend. Besonders beunruhigend ist dies angesichts des derzeitigen Auf-

schwungs von Neonazis und weißen Rassisten auf der ganzen Welt."

Lektion vier: Angriffe auf Hochhäuser sind nur in Europa ein Kriegsverbrechen

Das ukrainische Establishment hat nicht nur Verbindungen zu diesen Neonazi-Gruppen und -Armeen, sondern ist auch auf beunruhigende und peinliche Weise pro-israelisch. Eine der ersten Amtshandlungen von Präsident Volodymyr Zelensky war der Austritt der Ukraine aus dem UN-Ausschuss für die Ausübung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes – dem einzigen internationalen Tribunal, das dafür sorgt, dass die Nakba nicht geleugnet oder vergessen wird.

Diese Entscheidung wurde vom ukrainischen Präsidenten initiiert, der kein Mitgefühl für die Notlage der palästinensischen Flüchtlinge hatte und sie auch nicht als Opfer eines Verbrechens betrachtete. In seinen Interviews nach dem letzten barbarischen israelischen Bombardement des Gazastreifens im Mai 2021 erklärte er, dass die einzige Tragödie im Gazastreifen diejenige der Israelis sei. Wenn das so ist, dann sind es nur die Russen, die in der Ukraine leiden.

Aber Zelensky ist nicht allein. Wenn es um Palästina geht, erreicht die Heuchelei ein neues Niveau. Ein Anschlag auf ein leerstehendes Hochhaus in der Ukraine beherrschte die Nachrichten und gab Anlass zu einer eingehenden Analyse über menschliche Brutalität, Putin und Unmenschlichkeit. Diese Bombardierungen sollten natürlich verurteilt werden, aber es scheint, dass diejenigen, die die Verurteilung unter den führenden Politikern der Welt anführen, geschwiegen haben, als Israel im Jahr 2000 die Stadt Jenin, 2006 das Viertel Al-Dahaya in Beirut und in den letzten fünfzehn Jahren die Stadt Gaza in einer brutalen Welle nach der anderen dem Erdboden gleichgemacht hat. Für die Kriegsverbrechen Israels im Jahr 1948 und seither wurden nicht einmal Sanktionen diskutiert, geschweige denn verhängt. In den meisten westlichen Ländern, die heute die Sanktionen gegen Russland anführen, ist sogar die Erwähnung der Möglichkeit, Sanktionen gegen Israel zu verhängen, illegal und wird als antisemitisch bezeichnet.

Selbst wenn im Westen echte menschliche Solidarität mit der Ukraine zum Ausdruck gebracht wird, können wir den rassistischen Kontext und die europazentrische Ausrichtung nicht übersehen. Die massive Solidarität des Westens ist demjenigen vorbehalten, der bereit ist, sich seinem Block und seiner Einflussosphäre anzuschließen. Diese offizielle Empathie ist nirgends zu finden, wenn sich ähnliche und noch schlimmere Gewalt gegen Nicht-Europäer im Allgemeinen und gegen die Palästinenser im Besonderen richtet. Wir können als gewissenhafte Menschen zwischen unseren Reaktionen auf Katastrophen und unserer Verantwortung, auf die Heuchelei hinzuweisen, die in vielerlei Hinsicht den Weg für solche Katastrophen geebnet hat, navigieren. Die internationale Legitimierung der Invasion souveräner Länder und die Genehmigung der fortgesetzten Kolonisierung und Unterdrückung anderer Länder, wie z. B. Palästina und seines Volkes, wird in Zukunft zu weiteren Tragödien wie der ukrainischen führen, und zwar überall auf unserem Planeten.

<https://www.nachdenkenseiten.de/?p=82512>

Attac Österreich: Offener Brief von 100 Organisationen gegen ein „Zwei-Klassen-Asylsystem“

Krieg ist Krieg. Mensch ist Mensch.

[...] Im Gegensatz zu ukrainischen Schutzsuchenden, wurden Studierende aus Nigeria, Ghana, Ägypten, dem Jemen, Indien und anderen Ländern an der Einreise in die EU gehindert, schikaniert und mit Gewalt bedroht. Tagelang mussten Menschen aus der Black Community und People of Color und Sinti:zze und Rom:nja in eisiger Kälte und ohne Essen im Freien ausharren und wurden dabei von Beamten und Soldat:innen rassistisch beschimpft. [2]

In Österreich befeuert man diesen strukturellen Rassismus, indem man Menschen in „gute“ und „schlechte“ Geflüchtete trennt und zwischen „Europäerinnen und Europäer, die nachbarschaftlichen Schutz brauchen“ und „klassischen Flüchtlingen“ unterscheidet. [3] In Deutschland wird mit antimuslimischem Unterton von Menschen „aus dem europäischen Kulturkreis“ im Gegensatz zu „ungebildeten“ Menschen, die 2015 nach Europa geflüchtet sind, gesprochen. [4] Wir begrüßen die Entscheidung der EU-Innenminister:innen, geflüchteten Menschen rasch und unkompliziert Schutz in der EU zu gewähren. Leider schließt der Beschluss jedoch Drittstaatsangehörige, die einen Daueraufenthaltstitel in der Ukraine hatten und die nicht in ihr Herkunftsland zurückkehren können, sowie Studierende aus Drittstaaten aus oder knüpft die Gewährung eines vorübergehenden Schutzes an unpraktikable und bürokratische Hürden. [5] Es darf nicht sein, dass wir rassistische Spaltung zwischen Geflüchteten verstärken und auf Dauer ein Zwei-Klassen-Asylsystem schaffen. Stattdessen müssen wir jetzt alles dafür tun, Menschenleben zu retten und diesen zumindest vorübergehend Sicherheit und eine Perspektive zu bieten, unabhängig davon, welchen Pass jemand bei sich trägt. [6]

Bomben machen keinen Unterschied zwischen Hautfarbe, Religion oder Staatszugehörigkeit. Wo ist der Unterschied zwischen einer Studierenden aus Kamerun, einer ukrainischen Mutter mit ihren Kindern oder einem Asylberechtigten aus Belarus, die alle aus Charkiw vor Putins Menschenrechtsverbrechen Schutz suchen? Geflüchtete und mit ihnen Solidarische verlangen zu Recht die Gleichbehandlung von allen Menschen auf der Flucht.

Wir fordern von der österreichischen Bundesregierung, den Gleichbehandlungsgrundsatz und das universelle Recht auf Asyl zu wahren. Alle Menschen müssen Zugang zu Krankenversicherung, psychologischer Betreuung, Arbeitsmarkt und Bildung haben. Die rassistische Unterscheidung zwischen Schutzsuchenden muss beendet werden. Alle Menschen haben das gleiche Recht auf Schutz vor Krieg, Verfolgung und aus existenzbedrohenden Gründen.

Unsere Forderungen:

Kein strukturelles Zwei-Klassen-Asylsystem.
Gleichbehandlung aller aus der Ukraine Geflüchteten:
Aufnahme von Schutzsuchenden unabhängig von Herkunft, Pass, Hautfarbe, sexueller Orientierung und Gender-Identität

Ausweitung des temporären Schutzes auf alle aus der Ukraine flüchtenden Drittstaatsangehörigen (inklusive Studierende), insbesondere Asylsuchende in der Ukraine, durch eine nationale Verordnung

Sicherstellung von medizinischer und psychologischer Versorgung für alle
Zugang zu Mindestsicherung, Arbeitsmarkt, Gesundheitswesen, Schulen und Universitäten
Über den temporären Schutz hinaus die Schaffung einer Bleibeperspektive
Krieg ist Krieg. Mensch ist Mensch.

Einzelpersonen können den Brief über eine [Petition auf #aufstehn](#) unterzeichnen:

[1] UNHCR, 1 million refugees have fled Ukraine in a week

[2] Siehe etwa: Der Standard, Diskriminiert auf der Flucht: „Wir werden wie Hunde behandelt“ (1. März 2022); Kurier, Krieg in der Ukraine: Flüchtlinge zweiter Klasse (2. März 2022); Deutsche Welle, „Lebst du noch?“ Roma organisieren Hilfe für die Ukraine (5. März 2022)

[3] Pressefoyer nach dem Ministerrat (2. März 2022)

[4] Augsburger Allgemein, Bayern will Ukrainern rasch und unbürokratisch helfen (2. März 2022)

[5] Border Monitoring, Zur Umsetzung der Massenzustrom-Richtlinie (3. März 2022)

[6] Wie etwa in Deutschland, siehe: Tagesschau, Flüchtlingsaufnahme unabhängig vom Pass (6. März 2022)

<https://www.attac.at/news/details/krieg-ist-krieg-mensch-ist-mensch>

Menschenrechte sind unteilbar und gelten universell!

Für internationale Helfer*innen und Journalist*innen gibt es immer noch keinen freien Zugang zu den Menschen, die von zwei Armeen in den Wäldern entlang der polnisch-belarussischen Grenze hin- und hergetrieben werden. Eine Gruppe von Geflüchteten wurde von polnischen Grenzsoldaten 15-mal nach Belarus zurückgetrieben. Andere, die nicht gleich zurückgetrieben wurden, sitzen wie Schwerverbrecher in Abschiebegefängnissen. Viele müssen auf der belarussischen Seite völlig unterversorgt in Zelten ausharren oder irren schutzlos in den Wäldern umher. Es fehlt ihnen an allem. Und sie berichten von Folter durch die belarussischen Behörden. Mindestens 15 Menschen sind laut UNHCR bisher erfroren oder auf andere Weise an der Grenze zu Tode gekommen.

Aber es gibt in Polen solidarische Menschen, die allen Flüchtenden zu helfen versuchen. Die Helfer*innen des polnischen Netzwerkes Grupa Granica sind an der polnisch-ukrainischen Grenze aktiv und leisten gleichzeitig Hilfe an der polnisch-belarussischen Grenze. Nachts - und immer in Gefahr von Grenzschutzbeamten bemerkt zu werden - gehen sie in die Wälder, suchen die Menschen auf und versorgen sie mit dem Nötigsten. Sie geben ihnen medizinischen und rechtlichen Beistand. Dafür werden sie von der polnischen Regierung kriminalisiert und durch gewalttätige Grenzsoldaten bedroht.

Grupa Granica ist ein Netzwerk von 14 migrationspolitischen Organisationen und Aktivist*innen. Ihr Ziel ist es, den institutionellen Rassismus in Polen zu bekämpfen, Menschenrechtsskandale anzuprangern und Migrant*innen zu helfen. Jetzt mit einer Spende helfen!

<https://www.medico.de/kampagnen/ukraine-krieg>

Connection e.V. und PRO ASYL

Breites Bündnis fordert Schutz und Asyl für Deserteure und Kriegsdienstverweigerer aus Russland, Belarus und der Ukraine

29.3.2022 - „Unser Ziel ist es, dass Kriegsdienstverweigerern und Deserteuren aus dem Ukraine-Krieg unkompliziert Schutz und Asyl gewährt wird“, heißt es in dem Brief an die Bundestagsabgeordneten, der von Connection e.V., der Menschenrechtsorganisation PRO ASYL und rund 40 weiteren Friedens-, Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen aus ganz Deutschland unterstützt wird. Das Bündnis bittet die Bundestagsabgeordneten eindringlich, mit einem entsprechenden Antrag – möglichst überfraktionell – die Bundesregierung mit diesem Schutz für Deserteure und Kriegsdienstverweigerer zu beauftragen. Leider ist dieser Schutz bisher nicht garantiert.

Nach derzeitigem Stand müssen geflüchtete Deserteure und Verweigerer aus der Russischen Föderation und Belarus ins Asylverfahren gehen – mit ungewissem Ausgang. Denn die Verfolgung wegen Kriegsdienstverweigerung und Desertion gilt in Deutschland nach der Praxis von BAMF und Gerichten nicht ohne weiteres als Asylgrund.

Der Angriff der Russischen Föderation auf die Ukraine ist ein völkerrechtswidriger Krieg, unterstützt durch Belarus. Und deshalb gilt für russische und belarussische Soldatinnen und Soldaten, die sich dem Einsatz im Militär und somit dem möglichen Kriegseinsatz in der Ukraine entzogen haben oder desertiert sind, Artikel 9 der

[Qualifikationsrichtlinie der Europäischen Union](#): Denjenigen Menschen wird flüchtlingsrechtlicher Schutz zugesagt, die sich völkerrechtswidrigen Handlungen oder Kriegen entziehen und deswegen Bestrafung fürchten müssen (Artikel 9 Abs. 2e).

Doch die [Erfahrung sieht anders](#) aus: Bisherige Asylverfahren, die sich auf Artikel 9 Absatz 2 der Richtlinie bezogen, haben gezeigt, dass deutsche Behörden und Gerichte sehr hohe Beweisanforderungen stellen, die viele der Betroffenen nicht erfüllen können. Dann droht ihnen Ablehnung und Auslieferung an die Kriegsherren.

So fordern deutsche Behörden und Gerichte von den betroffenen Männern zum Beispiel Einsatzbefehle, die anstehende völkerrechtswidrige Handlungen belegen – was in der Praxis aber schier unmöglich ist. Und auch das Recht, den Kriegsdienst zu verweigern, ist in [beiden Ländern](#) eingeschränkt.

Europäische Asylpolitik: Pushbacks als "systematisches Problem"

Der Europarat hat die Zunahme widerrechtlicher Zurückweisungen von Asylsuchenden an den europäischen Außengrenzen angeprangert. Diese Pushbacks passierten systematisch und europaweit. Die Länder sollten sich klar dagegen aussprechen. "Die freundliche und offene Reaktion auf die Ukrainer steht im krassen Gegensatz zu weit verbreiteten Menschenrechtsverletzungen gegenüber Flüchtlingen, Asylsuchenden und Migranten aus allen Teilen der Welt", schrieb Mijatović, insbesondere durch

Pushbacks. Menschenrechte sollten aber alle gleichermaßen schützen. Es dürfe auch keine doppelten Standards beim Asylrecht geben. [Tagesschau](#)

Untergang im Mittelmeer:

Laut UNHCR ertranken fast 100 Migranten, nachdem ihr völlig überfülltes Boot gekentert war. Die Menschen wollten von Libyen nach Europa. [Tagesschau](#)

Freiheit für Mimmo - die Festung Europa überwinden - DiEM25

Globale Koalition von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und Parlamenta-

Auch in der Ukraine wird nur ein kleiner Teil der Kriegsdienstverweigerer anerkannt – zu ihnen zählen Mitglieder von kleinen Religionsgemeinschaften wie beispielsweise den Zeugen Jehovas. Wer nicht einer solchen Religionsgemeinschaft angehört, dem wird eine Anerkennung versagt. Auch Reservisten und Soldaten haben keine Möglichkeit der Antragstellung. Zudem widerspricht das derzeit geltende Ausreiseverbot für Männer zwischen 18 und 60 Jahren dem [4. Zusatzprotokoll](#) der Europäischen Menschenrechtskonvention, wonach es jeder Person "freisteht, jedes Land einschließlich seines eigenen zu verlassen".

Kriegsdienstverweigerung ist ein Menschenrecht, wie der [Europäische Gerichtshof für Menschenrechte](#) 2011 feststellte. Diesem Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung muss in allen Ländern, auch in denen, die sich im Krieg befinden, Geltung verschafft werden. Wer aus Gewissensgründen den Dienst mit der Waffe ablehnt und dafür verfolgt wird, muss geschützt werden.

Zwar genießen Menschen aus der Ukraine durch den EU-Ratsbeschluss zum vorübergehenden Schutz für zunächst ein Jahr einen sicheren Aufenthalt. „Bezüglich der Kriegsdienstverweigerer ist jedoch zu bedenken, dass mit Auslaufen dieser Regelung die Frage relevant sein wird, ob und wie Kriegsdienstverweigerer in der Ukraine verfolgt werden“, heißt es in dem gemeinsamen Appell der Organisationen.

Denn auch hier zeigt die Erfahrung: In den vergangenen Jahren waren bereits mehrere Hundert Verweigerer aus allen Teilen der Ukraine nach Deutschland gekommen, um hier Schutz zu finden. Die meisten wurden aber in den Asylverfahren abgelehnt.

Weitere Hintergrundinformationen und Appell an den Deutschen Bundestag:

<https://de.Connection-eV.org/legal.advice.asylum>

Informationen zur Rechtslage für Kriegsdienstverweigerung und Desertion in Belarus, Russische Föderation und Ukraine steht [hier](#). Informationen zu Schutz und Asyl für Kriegsdienstverweigerer und Deserteure finden Sie [hier](#).

Der Appell an den Bundestag kann [hier](#) heruntergeladen werden.

<https://de.connection-ev.org/article-3523>

riern fordert von der italienischen Regierung, die Anklage gegen den ehemaligen Bürgermeister von Riace, [Domenico „Mimmo“ Lucano](#), wegen seiner Unterstützung von Flüchtlingen unverzüglich fallen zu lassen.



Mehr Infos:

<http://www.elisabeth-voss.de/>

EU-Türkei-Erklärung: Sechs Jahre Untergrabung des Flüchtlingsschutzes



8 Nichtregierungsorganisationen bemängeln, dass die griechische Politik Vertriebenen den Zugang zu Asylverfahren verwehrt, obwohl sie eindeutig schutzbedürftig sind

Im März 2022 ist es sechs Jahre her seit der Vereinbarung der [EU-Türkei-Erklärung](#), die festlegt, dass Menschen, die irregulär aus der Türkei auf die griechischen Inseln gelangen, dorthin zurückgebracht werden müssen.

Sechs Jahre später ist diese „vorübergehende und außergewöhnliche Maßnahme“ zu einem Markenzeichen dafür geworden, dass sich [die EU vor ihrer Verantwortung für den Schutz von Flüchtlingen drückt](#).

Über [2.100 Menschen](#), die die schwierige und oft sehr gefährliche Reise zu den griechischen Inseln unternommen haben, wurden in die Türkei zurückgeschickt. Tausende, deren Anträge als unzulässig abgelehnt wurden, befinden sich derzeit in einer Warteschleife, einem Schwebestand, da die Türkei seit März 2020 keine Rückkehrenden mehr aufnimmt.

Zugang zu Asyl noch mehr eingeschränkt

Besorgniserregend ist, dass die Auswirkungen der EU-Türkei-Erklärung durch einen griechischen Gemeinsamen Ministerbeschluss (JMD) vom Juni 2021 noch verstärkt wurden, der [die Türkei als „sicheres Drittland“ für Menschen aus Afghanistan, Bangladesch, Pakistan, Somalia und Syrien einstuft](#).

Während sich der „Deal“ zwischen der EU und der Türkei auf Menschen auswirkte, die auf den Inseln Schutz suchten, gilt der JMD für Asylsuchende in ganz Griechenland. Aufgrund dieser neuen Politik werden die Asylanträge von Menschen mit diesen fünf Nationalitäten nicht mehr auf der Grundlage ihrer individuellen Umstände und der Risiken, denen sie in ihrem Herkunftsland ausgesetzt sind, geprüft. Stattdessen wird davon ausgegangen, dass sie in der Türkei sicher sind. Nur wenn sich herausstellt, dass die Türkei nicht sicher ist, werden diese Anträge als „zulässig“ betrachtet und von Griechenland geprüft. Auf die fünf im JMD genannten Nationalitäten entfielen im vergangenen Jahr [60 % aller Asylanträge in Griechenland](#). **Speziell anvisierte Flüchtlinge**

Drei der fünf im JMD genannten Nationalitäten sind diejenigen, die in Griechenland am häufigsten als Flüchtlinge anerkannt werden. Im Jahr 2020, vor dem JMD, erhielten [92% der syrischen, 66% der afghanischen und 94% der somalischen Menschen](#) [\(durchschnittliche Annahmequote 84%\) den Flüchtlings- oder subsidiären Status](#).

Seit dem JMD ist die Zahl der Ablehnungen jedoch stark gestiegen. [...] **Asylbewerbende in der Schwebestand**

Im März 2022 ist es zwei Jahre her, dass die Türkei aufgehört hat, Rückführungen aus Griechenland zu akzeptieren. Das bedeutet, dass Menschen, die als „unzulässig“ eingestuft wurden, seit zwei Jahren in Griechenland in einer rechtlichen Warteschleife festsitzen: Sie haben keinen Zugang zu Asyl oder zu Dokumenten, die ihren rechtlichen Status belegen, und sie haben keinen Anspruch auf Unterkunft, Bargeld, Arbeit [oder Verpflegung in den Lagern, in denen sie untergebracht sind](#).

Darüber hinaus hat Griechenland im Dezember 2021 [Albanien und Nordmazedonien auf die Liste der sicheren Drittstaaten gesetzt](#) und damit seine Verpflichtungen aufgrund der Flüchtlingskonvention von 1951 noch weiter nach außen ausgedehnt.

Mit der [jüngsten Gesetzgebung](#) wurde eine Gebühr von 100 € pro Person für Asylsuchende eingeführt, die erneut einen Asylantrag stellen wollen – auch für diejenigen, die als „unzulässig“ eingestuft sind. Ein Ehepaar mit drei Kindern müsste 500 € zahlen, um einen neuen Antrag zu stellen. Für Einzelpersonen und Familien, die keine finanzielle Unterstützung und nur ein begrenztes oder gar kein Recht auf Arbeit haben, ist [diese Gebühr ein weiteres – und unüberwindbares – Hindernis auf dem Weg zu ihrem Recht, Asyl zu beantragen](#).

Statt Verantwortung zu teilen, ist Abschreckung zur obersten Priorität geworden.

Die beeindruckende Mobilisierung der EU und ihrer Mitgliedsstaaten als Reaktion auf die Ankunft von über 3 Millionen Flüchtlingen aus der Ukraine im letzten Monat zeigt, dass Europa in der Lage ist, Flüchtlinge auf koordinierte, faire und humane Weise aufzunehmen, wenn es den Willen dazu hat. In krassem Gegensatz dazu war der EU-Türkei-Deal eine panische Reaktion angesichts der tiefen Spaltung der Mitgliedsstaaten. In Ermangelung eines umfassenden Systems zur Aufteilung der Verantwortung bestand das Hauptziel des Deals und seiner Folgemaßnahmen darin, die Ankunft von Flüchtlingen zu verhindern. Der Deal markierte den Beginn einer Reihe von flüchtlingsfeindlichen Maßnahmen, einer Auslagerung von Verantwortung und einer Abhängigkeit von Drittstaaten, die aufgegeben werden müssen.

[...] Aus diesen Gründen empfehlen die mitunterzeichnenden NGOs Folgendes:

1. Griechenland und die EU sollten das Konzept der sicheren Drittstaaten aufgeben und die EU-Türkei-Erklärung zurückziehen.
2. Griechenland sollte den Gemeinsamen Ministerbeschluss, mit dem die Türkei zum sicheren Drittstaat erklärt wurde, zurücknehmen.
3. Griechenland sollte sich dazu verpflichten, sicherzustellen, dass alle Asylanträge nach dem Grundsatz der Einzelfallprüfung behandelt werden.
4. Griechenland sollte die Gebühr von 100 € für Personen, die einen weiteren Asylantrag stellen wollen, unverzüglich zurücknehmen.
5. Griechenland sollte den rechtlichen Schwebestand der von der JMD betroffenen Personen unverzüglich angehen, indem es ihnen das Recht einräumt, sich legal im Land aufzuhalten, zu arbeiten und sich frei zu bewegen, bis ihre Asylanträge sachbezogen geprüft werden.

<https://www.pressenza.com/de/2022/04/eu-tuerkei-erklaerung-sechs-jahre-untergrabung-des-fluechtlingssschutzes/>